

Titel – Ideen sind herzlich willkommen

Einführung

S. 3

I Solidarität neu erfinden: Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit

S. 8

Gute Arbeit statt niedrigen Löhnen, Stress und unsicheren Jobs

S. 9

Soziale Grundrechte garantieren statt Schikane und Armut durch Hartz IV

S. 12

Gute Rente muss den Lebensstandard sichern und Altersarmut verhindert

S. 15

Solidarität und Qualität in der Gesundheitsversorgung stärken –

Schluss mit der Zwei-Klassen-Medizin

S. 17

Gute Pflege: Würde für Pflegebedürftige, Angehörige und Beschäftigte

S. 19

Mit Steuern umsteuern: Reichtum ist teilbar

S. 21

Enteignung der Bevölkerung stoppen: Das Öffentliche stärken

S. 25

Für bezahlbare Mieten: Spekulation mit Wohnraum stoppen

S. 29

Gemeinsam lernen: Bildung ist keine Ware

S. 31

Demokratische Wissenschaften: Forschung für die Welt von morgen

S. 33

Damit wir leben können, wie wir wollen

S. 34

Politik für die Mehrheit: Geschlechtergerechtigkeit

S. 35

Bunt und verlässlich: Für eine Familienpolitik, in der die Menschen im
Mittelpunkt stehen

S. 37

Vielfalt stärken: unterschiedliche Lebensweisen respektieren

S. 40

**II Unser Rettungsschirm heißt Solidarität. Für ein demokratisches
Europa, gegen Kürzungsdictate und Sozialabbau**

S. 42

Für einen gerechten Weg aus der Krise: Die Gesellschaft ist nicht für
die Banken da, sondern die Banken haben der Gesellschaft zu dienen

S. 43

Neustart für Europa: demokratisch und sozial

S. 46

III Friedlich und gerecht in der Welt

S. 49

Das Internationale Recht stärken und Menschenrechte friedlich durchsetzen

S. 50

Soziale Gerechtigkeit global

S. 51

Konflikte friedlich lösen – Auslandseinsätze beenden

S. 52

Frieden schaffen ohne Waffen: Rüstungsexporte verbieten, Abrüstung vorantreiben

S. 54

1	IV Gesellschaft sozial und ökologisch umbauen und die	
2	Wirtschaft demokratisieren	S. 56
3	Profitlogik in die Schranken weisen	S. 56
4	Industriepolitik für die Zukunft: Ändern, was wir wie produzieren	S. 58
5	Wirtschaft demokratisieren: Von der Mitbestimmung zur Selbstbestimmung	S. 60
6	Die Macht der Monopole brechen: Energieversorgung in die Hände der Bevölkerung	S. 61
7	Mobilität für alle: flexibel, ökologisch, bezahlbar	S. 63
8	Regionale Entwicklung und gleiche Lebensverhältnisse	S. 66
9	Gerechtigkeit für die Menschen in Ostdeutschland: Löhne und Renten angleichen	S. 67
10	Den ländlichen Raum lebenswert machen. Natur und Tiere schützen	S. 69
11	Tourismus: ökologisch verträglich und sozial gerecht	S. 71
12		
13	V Demokratische Teilhabe: Für eine Demokratie,	
14	in der es was zu entscheiden gibt	S. 72
15	Freiheit und Sicherheit: Bürgerrechte ausbauen	S. 74
16	Kein Fußbreit den Nazis: Antifaschismus ist gelebte Demokratie	S. 75
17	Demokratie für alle, die hier leben	S. 76
18	Asylrecht ausbauen, europäischen Flüchtlingsschutz solidarisch gestalten	S. 77
19	Selbstbestimmt und mittendrin: Eine Gesellschaft ohne Hindernisse	S. 78
20	Für eine moderne Drogenpolitik: Kriminalisierung und	
21	Ausgrenzung entgegenwirken	S. 80
22	Freie Zeit genießen: Vielfalt und ein gutes Leben	S. 81
23	Kultur für alle statt prekär kreativ	S. 83
24	Demokratisierung der Medien: besser über sich selbst bestimmen	S. 83
25	Für ein offenes und freies Internet: Digitale Spaltungen bekämpfen	S. 85
26		
27	Gemeinsam das Land verändern	S. 87
28		

1 Einführung

2 „Uns geht es gut!“ – behauptet die Bundesregierung und viele Medien wiederholen es: „wir“
3 seien gut durch die Krise gekommen. Sie malen das Schreckgespenst der Eurokrise an die
4 Wand: Den Menschen in vielen anderen Ländern gehe es viel schlechter als denen in
5 Deutschland. Das zeige, es sei richtig und notwendig, Löhne, Gehälter, soziale Sicherheit und
6 Lebensstandards zu kürzen und zu senken. Doch viele Menschen spüren in ihrem Alltag, dass
7 sie mit diesem „wir“ nicht gemeint sind. Gut durch die Krise gekommen sind die Banken, die
8 Reichen – hier, in Europa und weltweit. Die Gesellschaft jedoch treibt auseinander. Die
9 Arbeitslosigkeit ist geringer als in anderen Ländern. Doch was sind das für
10 Arbeitsverhältnisse? Viele Beschäftigte leiden unter den zunehmenden Belastungen an ihrem
11 Arbeitsplatz. Sie machen sich Sorgen, weil Mieten und Strompreise steigen, ob sie genug Zeit
12 für ihre Kinder finden. Viele müssen länger arbeiten, um trotz schlechter Bezahlung über die
13 Runden zu kommen. Andere müssen in weniger Zeit noch mehr leisten. Viele können nicht so
14 lang arbeiten, wie sie wollen, andere werden vom Jobcenter in schlecht bezahlte Tätigkeiten,
15 unentgeltliche Praktika oder Ein-Euro-Jobs gezwungen. So gehören Stress und Erschöpfung
16 bei vielen zum Alltag: bei denen, die niedrige Löhne erhalten, bei den Selbständigen, die um
17 jeden Auftrag kämpfen müssen, bei denen, die in Produktion oder im Krankenhaus arbeiten.
18 Die Ursachen sind die gleichen: vor der Drohkulisse Hartz-IV und ohne gesetzlichen
19 Mindestlohn können die Unternehmer ungestraft Löhne drücken und Arbeitsbedingungen
20 verschlechtern. Der finanzgetriebene Kapitalismus ist auf kurzfristigen Profit an den
21 Finanzmärkten ausgerichtet, statt daran, was die Menschen brauchen und wollen. Die
22 Belegschaften sind zunehmend gespalten: beispielsweise in Leiharbeiterinnen und
23 Leiharbeitern sowie fest angestellte Beschäftigte. Auch öffentliche Güter werden privatisiert
24 und auf die Erwirtschaftung von Gewinn getrimmt: Wohnen, Wasser- und Energieversorgung,
25 Gesundheit.

26 Wohlstand und Arbeit müssen anders verteilt werden. Dafür steht DIE LINKE. Sie will den
27 Wert der sozialen Gerechtigkeit und die Idee der Solidarität wiederbeleben und stark machen.

28 Die weltweite Krise zeigt: Eine Gesellschaft, die vorrangig auf Profit und Markt ausgerichtet
29 ist, kann und will die Bedürfnisse und Interessen von immer mehr Menschen nicht
30 befriedigen. Trotzdem macht die Bundesregierung einfach weiter so. Diese Politik, die vorgibt,
31 die Krise zu bekämpfen, wird die Krise bald auch nach Deutschland bringen: Wenn die
32 Menschen in Europa arm werden, wenn Löhne und Gehälter überall sinken, droht auch in

Deutschland die Rezession. Die Regierung will die Konkurrenz zwischen den Beschäftigten in Europa verschärfen. Sie will den Druck auf die Löhne und Gehälter in Deutschland erhöhen. Sie setzt auf einen schlanken, sprich ausgemergelten Staat und damit auf eine marode arme öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Sie will in der Folge die Demokratie Markt und Profit unterordnen. Die Bundesregierung stellt die Menschen und ihre Ansprüche an ein gutes Leben als Ursache der Krise dar, statt zu sehen, dass die Aufgabe demokratischer Politik ist, dieses gute Leben für möglichst viele Menschen zu ermöglichen. Ihre Loyalitäten liegen anderswo. Sie ordnet Demokratie und soziale Gerechtigkeit den Interessen der Unternehmen und der Finanzmärkte unter. Die soziale Ungleichheit nimmt zu. Es gibt mehr Arme - und mehr Reichtum. Das ist die alltägliche Krise.

Eine Politik, die die Krise auf Kosten der Menschen lösen will, verschärft die Krise. Für uns stehen die Menschen dagegen an der ersten Stelle. Dafür kämpfen wir im Parlament, in den Betrieben, auf den Straßen, in den Genossenschaften, in den Bürgerinitiativen. Gemeinsam drängen wir Markt und Privatisierung zurück, um Raum und Luft für solidarische Alternativen zu schaffen.

Unser Programm ist machbar, bezahlbar und ein Einstieg in eine bessere, menschlichere Gesellschaft.

- Die Politik der Regierung stellt die Interessen des Kapitals über die der Mehrheit der Bevölkerung und über die Demokratie. Ihre Politik belastet die Beschäftigten und zwingt sie, unter diesen schlechteren Bedingungen auch noch länger, bis 67 Jahre zu arbeiten. Zeitgleich werden die Renten gesenkt. – Wir wollen Arbeit und Lohn so gestalten, dass die Konkurrenz zwischen Niedriglöhnern und regulär Beschäftigten möglichst schnell abnimmt und niemand im Alter arm ist.

- Die Politik der rot-grünen Regierungen, der Großen Koalition und der noch amtierenden Regierung von Union und FDP haben mindestens eines gemeinsam: Sie haben die Steuern für Reiche und vor allem Groß-Unternehmen sehr stark gesenkt. Und sie haben wie selbstverständlich auf Kosten der Steuerzahler große Summen bereitgestellt, um Banken zu retten und deren Schulden zu bedienen. Nur deshalb stiegen die Staatsschulden so stark an. Die Konsequenz der Bundesregierung: sie erhöhen die Gebühren und kürzen kommunale Dienstleistungen, um die so entstandenen Haushaltslöcher zu stopfen.

- Die Politik der rot-grünen Regierungen, der Großen Koalition und der noch amtierenden Regierung von Union und FDP haben mindestens eines gemeinsam: Sie haben die Steuern

für Reiche und vor allem Groß-Unternehmen sehr stark gesenkt und damit die Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge fast unmöglich gemacht. Und sie haben wie selbstverständlich auf Kosten der Steuerzahler große Summen bereitgestellt, um Banken zu retten und deren Schulden zu bedienen. Nur deshalb stiegen die Staatsschulden so stark an. Die Konsequenz der Bundesregierung: sie erhöhen die Gebühren und kürzen kommunale Dienstleistungen, um die so entstandenen Haushaltslöcher zu stopfen. – Wir stehen dafür, dass die Reichen und Unternehmen an der Finanzierung des Gemeinwesens gerecht beteiligt werden und privater Reichtum nicht zu öffentlicher Armut führt. Wir wollen alle Menschen vor Armut schützen und ihnen ein Leben in Würde und ohne Demütigung garantieren. Sie sollen teilhaben am gesellschaftlichen Reichtum, Kultur und Bildung – und mitbestimmen, wie die Gesellschaft sich weiter entwickelt.

- Die Regierung betreibt eine Politik der Verarmung – die Folgen sind so gravierend, dass sie sich gezwungen sah, ihren eigenen Armutsbericht zu fälschen. Mehrfach musste das Verfassungsgericht die Regierung erinnern, dass der Sozialstaat im Grundgesetz festgeschrieben ist. Vor allem Kinder sind von dieser Politik der Verarmung betroffen, ihnen wird von Anfang an die gleiche Teilhabe an der Gesellschaft verwehrt. – DIE LINKE verteidigt die sozialen Grundrechte der Menschen als Grundlage von Demokratie und Gerechtigkeit.
- Die Merkel-Regierung zwingt den Krisenstaaten und letztlich ganz Europa eine Politik der Lohnkürzungen und des rabiaten Sozialabbaus auf. Die Eliten in Europa nutzen die Krise für einen hemmungslosen Klassenkampf von oben. Demokratie und Sozialstaat bleiben auf der Strecke. Gegen dieses Europa wehren wir uns. – Wir stehen für ein friedliches, weltoffenes und solidarisches Europa, in dem gemeinsam Sozialstandards ausgehandelt werden und die Reichen über Vermögensabgaben an der Finanzierung beteiligt werden. Ein demokratisches Europa hat eine entscheidende Voraussetzung: Die Verhältnisse im wirtschaftlich stärksten Land müssen sozial und gerecht sein. Die Finanzmärkte und Banken müssen wirksam kontrolliert und in den Dienst der Gesellschaft gestellt werden.
- In der Energiepolitik der Regierung steht der Schutz der großen Konzerne an erster Stelle. Die Lasten tragen die Natur, Umwelt und die privaten Verbraucherinnen und Verbraucher, die immer höhere Preise zahlen müssen; die Erhöhung der Strompreise ist ein Beispiel dafür. – Wir stehen für eine Energiewende, die demokratisch und sozial ist und für die die Versorgung mit Strom und Wasser ein Grundrecht ist. In der die Produktion öffentlich und

1 kommunal organisiert und die Preise sozial gestaffelt sind. Mittelfristig stellt sie den
2 Nahverkehr allen kostenfrei zur Verfügung und baut das Angebot aus. Eine dezentrale
3 Produktion von Energie macht neue Formen von Demokratie und gesellschaftlicher
4 Planung möglich und notwendig. Die Energie-Versorgung muss in die Hände der
5 Bevölkerung! DIE LINKE will die privatisierten Betriebe wieder in kommunale und
6 genossenschaftliche Verantwortung legen und die Bevölkerung stärker als bisher an
7 Entscheidungen beteiligen.

- 8 • Viele Menschen haben das Gefühl, dass ihnen die wichtigen Sachen im Leben entgleiten,
9 dass sie in dieser Demokratie kaum noch etwas zu entscheiden haben. Die
10 Profitorientierung des Finanzkapitalismus ist unvereinbar mit Demokratie – Wir stehen
11 dafür, die Entwicklung umzudrehen: öffentliches Eigentum muss gestärkt und die
12 Beteiligung der Menschen sichergestellt werden. Es gibt viele Möglichkeiten: Private
13 Unternehmen, die öffentliche Güter herstellen und anbieten, werden rekommunalisiert.
14 Genossenschaften im Wohnungsbau werden gestärkt. Die Mitbestimmung in den
15 Unternehmen wird ausgebaut. Die Möglichkeiten werden verbessert, dass Belegschaften
16 ihre Betriebe übernehmen oder Genossenschaften gründen.

- 17 • Die Regierung hat mit ihrer Politik die Gesundheitsversorgung sozial gespalten: Gebühren
18 und Zuzahlungen für die Beschäftigten und Pflichtversicherten, Beitragsentlastungen für
19 die Unternehmen. Im Zwei-Klassen-System von privaten und gesetzlichen
20 Krankenversicherungen werden die Reichen gut bis hervorragend, Millionen jedoch
21 unzureichend oder gar schlecht versorgt. – Wir wollen eine solidarische Bürgerinnen- und
22 Bürgerversicherung für alle. Sie ist transparent organisiert: Alle zahlen ein, alle werden
23 gleichermaßen gut versorgt. Alle Zuzahlungen werden abgeschafft und die paritätische
24 Finanzierung wird wieder hergestellt.

- 25 • Die Regierung erlaubt den Unternehmen, Geschäfte mit dem Krieg zu machen. – Wir
26 stehen für einen sofortigen Stopp von Waffenexporten und Auslandseinsätzen. Die
27 Produktion von Waffen muss – unter Beteiligung der Belegschaften – beendet und in eine
28 Produktion von zivilen Gütern überführt werden.

29 Wer will, kann schnell in eine machbare andere Politik einsteigen: Einführung des
30 Mindestlohns, Erhöhung der Renten, Rücknahme des Renten-Einstieges erst mit 67 Jahren
31 und Rentengerechtigkeit in Ostdeutschland, solidarische Bürgerinnen- und
32 Bürgerversicherung, Vermögenssteuer, Abschaffung der Hartz-IV-Sanktionen und Anhebung

1 der Hartz-IV-Sätze auf 500 Euro, Verbot von Waffenexporten – das sind Entscheidungen, die
2 eine neue Regierung sofort treffen könnte, das sind unsere Sofortforderungen für einen
3 Politikwechsel. Auch in anderen Parteien, bei Gewerkschaften, Sozialverbänden und sozialen
4 Bewegungen gibt es für solche Maßnahmen Unterstützung. Nur eine starke LINKE sorgt
5 dafür, dass es soziale Gerechtigkeit für alle gibt. DIE LINKE ist der Motor für gesellschaftliche
6 Veränderungen: Wir wollen, dass alle beteiligt sind, dass alle sich einbringen. Dann schaffen
7 wir zusammen eine solidarische Gesellschaft.

8 Für uns sind diese Maßnahmen nur ein Anfang. Sie können Einstiege in ein neues Modell von
9 Gesellschaft sein, eine Alternative zum Finanzkapitalismus. Ein Modell des Miteinanders, der
10 praktischen Solidarität: Solidarität ist nicht ein Aufruf zum persönlichen Verzicht. Die Idee der
11 Solidarität drückt sich darin aus, wie wir unsere Gesellschaft organisieren: in der
12 gemeinsamen Gestaltung des öffentlichen Lebens und der öffentlichen Infrastruktur; in einem
13 verantwortlichen und zukunftsfähigen Modell des Wirtschaftens, das Soziales und
14 Ökologisches verbindet, das Klassen überwindet und das der Demokratie dient und ihr nicht
15 schadet. Wir wollen einen demokratischen – freiheitlichen, grünen, lustvollen – Sozialismus
16 gestalten. Auf dem Weg dahin gilt es viele Schritte zu gehen. Sie beginnen bei den Nöten und
17 Sorgen, Wünschen und Träumen der Menschen.

18 Wir haben ein Programm machbarer Alternativen, das wir zusammen mit möglichst vielen
19 anderen weiterentwickeln und umsetzen wollen. Jeder und Jede, die in dieselbe Richtung
20 wollen, sind eingeladen. Veränderungen gelingen nur mit den Menschen. Deshalb bedarf es
21 auch eines neuen demokratischen Alltags: in den Parlamenten ebenso wie in den Betrieben,
22 im öffentlichen Leben. In diesem Sinne mischen wir uns in soziale Kämpfe ein, unterstützen
23 Initiativen und Gewerkschaften, setzen uns für die Stärkung des Öffentlichen und für mehr
24 Selbstbestimmung ein, machen Druck auf andere Parteien, damit sie eine andere Politik
25 einschlagen.

26 Große Veränderungen gibt es nicht von heute auf morgen. Aber sie beginnen alle mit ersten,
27 entschlossenen Schritten. Unser Programm für die Bundestagswahl ist eine Einladung, den
28 Weg mit uns zu gehen.

29
30 *****
31

I Solidarität neu erfinden: Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Der Einstieg in eine gerechte Gesellschaft bedarf mehrerer Entscheidungen gleichzeitig: Armut und Reichtum begrenzen, also mit Steuern und Abgaben für die Reichen die Gelder einnehmen, mit denen öffentliche Dienstleistungen finanziert werden können; die ungleichen Einkommen regulieren und verhindern, dass die Menschen sich arm arbeiten; die Erwerbslosen vor Entwürdigung schützen und verhindern, dass die Angst vor Hartz-IV die Menschen in schlechte Arbeitsverhältnisse zwingt; verhindern, dass die Arbeit das ganze Leben beherrscht, sondern Zeit bleibt für Erholung, Familie, Spaß, um sich politisch einzumischen; ein Leben im Alter in Gesundheit und mit gesichertem Lebensstandard garantieren. Es muss sicher sein, dass für Bildung und Kindererziehung eine ausreichende und gute öffentliche Infrastruktur bereitgestellt wird. Auch wer wenig Geld hat, muss die Möglichkeit haben, seine Gesundheit gut zu erhalten. Wer beispielsweise als Pflegerin oder als Erzieher im Sozial- und Gesundheitswesen tätig ist, muss einen guten Lohn erhalten und unter Bedingungen arbeiten können, die sie oder ihn nicht krank machen. Wie viel Geld müssen Menschen für Miete und Mobilität ausgeben? Werden Menschen aus ihren Wohnvierteln verdrängt, weil die Mieten zu hoch werden, um sie noch bezahlen zu können?

Eine solidarische Gesellschaft ist unvereinbar mit niedrigen Löhnen, entwürdigenden Konkurrenz- und Arbeitsverhältnissen, mit sozialer Ungleichheit und Arbeitszwang. Jeder und jede müssen eine Arbeit und einen Lohn haben, die ihnen ermöglichen, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten. Menschen dürfen mit der Androhung von Schikanen und einem Leben in Armut und ohne Arbeit nie wieder so eingeschüchtert werden, dass sie bereit sind, auch unzumutbare Jobs anzunehmen.

Eine solidarische Gesellschaft muss Neues schaffen: vor allem eine leistungsfähige öffentliche Daseinsvorsorge – Bildung, Gesundheit, Kultur, Verkehr, Energieversorgung etc. – aus- und umbauen. Dabei geht es um große Investitionen ebenso wie um die kleinen praktischen Schritte für einen besseren Alltag: beispielsweise ein unentgeltliches warmes gutes Mittagessen in allen Kitas und Schulen. Es ist nur gerecht, zur Finanzierung dieser Maßnahmen diejenigen sehr viel stärker heranzuziehen, die wohlhabend und reich sind. Insofern sind gute Arbeit, ein guter Lohn und eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur einerseits und höhere öffentliche Einnahmen aufgrund von Reichen-, Millionärs- und höheren

1 Unternehmenssteuern andererseits zwei Seiten einer Medaille. Beides zusammen bildet die
2 Grundlage einer gerechten und solidarischen Gesellschaft. DIE LINKE steht für einen solchen
3 Einstieg in eine neue Gerechtigkeit.

4

5 **Gute Arbeit statt niedrigen Löhnen, Stress und unsicheren Jobs**

“Ich arbeite als Krankenschwester bis zur Erschöpfung und es reicht doch nicht für die Familie. Für die Patienten ist kaum Zeit, die müssen immer schnell abgefertigt werden, seit der Privatisierung geht es nur noch um Zeit einsparen und Profit. Oft arbeite ich länger, um mich mehr mit Patienten befassen zu können. Dann fehlt mir zu Hause oft die Zeit für die Kinder und ich habe ein schlechtes Gewissen. Die Kinder stehen in der Schule enorm unter Druck. Und ich weiß nicht, wie ich ihnen noch was bieten kann, mal in den Urlaub, das Haus abbezahlen. Und wenn das mit der Rente so entschieden wird, komme ich gerade mal auf 730 Euro, wenn ich bis 67 durchhalte. Und das schaffe ich nicht, jeden Tag die Patienten heben, und so. Wann gibt’s für uns einen Rettungsschirm?” Katrin, 42, Krankenschwester aus Zwickau.

6 Gute Arbeit bedeutet, dass wir von unserer Arbeit leben, unser Leben eigenständig gestalten
7 und uns weiter entwickeln können. Der Anspruch, dass die Arbeit gut sein muss, bezieht sich
8 auf die Höhe von Lohn und Gehalt, den Inhalt, die Arbeitsabläufe und die Gestaltung des
9 Arbeitsplatzes und der Arbeitszeiten. Viele Menschen arbeiten zu lang, weil sie zu wenig
10 verdienen oder weil die Arbeit so organisiert ist, dass sie sie buchstäblich mit nach Hause
11 nehmen und nicht mehr aus dem Kopf bekommen. Viele leiden unter Stress und Erschöpfung.
12 Zusätzlicher materieller und psychischer Druck entstehen aufgrund unsicherer
13 Arbeitsverhältnisse. Befristete Stellen, Leiharbeit, Werkverträge und Minijobs sind heute
14 Alltag. Arbeitsformen, die Tarifverträge aushöhlen und die bewusst eingesetzt werden, um die
15 festangestellten Beschäftigten mit ihren meist höheren Löhnen unter Druck zu setzen. Die
16 Krise hat die Unsicherheit verstärkt: Hinter den Erfolgsmeldungen von Regierung und SPD,
17 dass „wir“ gut durch die Krise gekommen wären, soll die Wirklichkeit für die Betroffenen
18 unsichtbar werden.

19 Der Arbeitsmarkt und die Arbeit selbst sind mit der Agenda 2010 ent-regelt worden. DIE
20 LINKE will die Arbeit, ihre Verteilung, ihre Bezahlung, ihre Organisation neu und besser regeln:
21 die Löhne müssen steigen, Tarifverträge müssen allgemein verbindlich sein, befristete
22 Arbeitsverhältnisse dürfen nicht die Normalität, sondern müssen Ausnahme sein.

23 Alle müssen von ihrer Arbeit leben können, Zeit und Ruhe haben, sich zu erholen, das Leben
24 mit der Familie zu pflegen, Hobbys und Interessen nachzugehen und politisch aktiv zu sein.

-
- 1 • DIE LINKE fordert ein Verbot der Leiharbeit. Bis zu dessen Umsetzung sind mit sofortiger
2 Wirkung gleiche Bezahlung für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und die Anpassung an
3 die Tariflöhne durchzusetzen; sie haben Anspruch auf eine Flexibilitätszulage.
 - 4 • Kein Lohndumping über Werkverträge! Der Missbrauch von Werkverträgen als
5 Scheinselbständigkeit - etwa in der Fleischwarenindustrie - muss wirksam unterbunden
6 werden. Ohne Zustimmung des Betriebsrates dürfen keine Werkverträge vergeben werden.
 - 7 • Umwandlung von Minijobs in vollwertige Arbeitsverhältnisse mit
8 Sozialversicherungspflicht. Befristungen der Arbeitsverhältnisse wollen zurückdrängen.
 - 9 Nie zuvor haben die Beschäftigten so unterschiedlich verdient – und so wenig. Viele spüren
10 das in ihrem Alltag: Das Geld reicht hinten und vorne nicht. Die Löhne sind in den letzten
11 zehn Jahren in Deutschland stärker gefallen, als in fast allen anderen Ländern. Der
12 Niedriglohnbereich ist größer als in jedem anderen westlichen Industrieland. Damit wurde
13 nicht der Wirtschaftskrise vorgebaut, wie die Regierung behauptet, sondern die
14 Abwärtsspirale der Löhne in Gang gehalten. Dafür müssen die Rechte der Beschäftigten und
15 der Gewerkschaften gestärkt werden. Und die Politik kann dafür sorgen, dass vor allem im
16 Bereich der sozialen Dienstleistungen die Löhne und Gehälter angehoben werden.
 - 17 Mittelfristig geht es darum, den Niedriglohnbereich zurückzudrängen und möglichst viele
18 dieser schlechten Arbeitsverhältnisse in gute umzuwandeln.
 - 19 • Lohndumping muss verhindert werden: mit einem flächendeckenden gesetzlichen
20 Mindestlohn von zehn Euro und mit branchenspezifischen höheren Mindestlöhnen, die von
21 Gewerkschaften ausgehandelt werden.
 - 22 • Ein-Euro-Jobs und andere fragwürdige Beschäftigungsmaßnahmen aus dem Hartz-IV-
23 Katalog sollen ersetzt werden durch soziale Arbeitsmarktmaßnahmen, die
24 sozialversicherungspflichtig und freiwillig sind und nicht unter Mindestlohn bezahlt
25 werden. Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I muss verlängert werden.
 - 26 • Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit: die strukturelle Unterbezahlung von Frauen muss
27 beendet werden. Ungleiche Bezahlung darf nicht durch unterschiedliche
28 Beschäftigungsverhältnisse ermöglicht werden. Die Tarife in Ost und West müssen
29 angeglichen werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und der gesetzliche Mindestlohn
30 stehen auch Menschen mit Behinderung zu.
-

1 Dass wir immer mehr Güter und materiellen Reichtum schaffen können mit immer weniger
2 Arbeit, ist eigentlich eine gute Nachricht. So könnte deshalb die Arbeitszeit verkürzt werden,
3 damit die Menschen mehr freie Zeit zur eigenen Verfügung haben. Jedoch kommen die
4 Vorteile dieser Entwicklung nur den Unternehmen zu Gute. Nicht den Beschäftigten: Die
5 einen müssen viele Überstunden machen, andere müssen sich mit Werkverträgen im Umfang
6 von wenigen Stunden zufrieden geben. So ist Flexibilität, die den Beschäftigten auch mehr
7 Selbstbestimmung bringen könnte, zu einem Drohwort geworden. Damit die Arbeit sich
8 besser verbinden lässt beispielsweise mit Familienleben und der Erziehung von Kindern,
9 brauchen wir neue Arbeitszeit-Modelle und vor allem kürzere Arbeitszeiten. Dann können
10 Eltern die Arbeiten im Haushalt und die Erziehung der Kinder gerechter als bisher
11 untereinander aufteilen. Das Konzept von Flexibilität muss sich im Arbeitsleben endlich an
12 den Bedürfnissen der Beschäftigten orientieren. Beispiel: So soll jeder und jede Beschäftigte
13 zwei Mal in seinem Berufsleben die Möglichkeit haben, für ein Jahr auszusteigen. Neben dem
14 Abbau von Überstunden und einem neuen Arbeitszeitregime ist das Teil eines Modells von
15 Arbeitszeitverkürzung und der Vereinbarkeit von Arbeit und Leben für alle.

16 Die Beschäftigten müssen stärker in die Gestaltung ihrer Arbeit einbezogen werden, auch um
17 Überlastungen zu beseitigen oder wenigstens abzubauen und um zu einer realistischen
18 Personalplanung zu kommen. Überstunden müssen effektiv begrenzt werden. Der Druck des
19 Marktes wird heute ungefiltert an jeden einzelnen Beschäftigten weitergegeben. Das
20 Unternehmen will nicht nur die Arbeitskraft, es will den ganzen Menschen: seine Motivation,
21 seine Kreativität, sein Wissen, um Kosten zu sparen und die Leistung noch zu steigern. Es ist
22 Zeit, diese Tendenz wieder umzudrehen: Arbeit und Arbeitsplätze müssen nach den
23 Bedürfnissen der Beschäftigten gestaltet werden.

- 24 • Ausbau der kollektiven Mitbestimmung der Beschäftigten in den Betrieben, Unternehmen,
25 im Büro, in Behindertenwerkstätten und im Geschäft. Sie soll die Rechte der Beschäftigten
26 und ihre Mitsprache bei der Gestaltung ihrer individuellen Tätigkeiten und bei der
27 Ausgestaltung von kollektiven Arbeitsabläufen und der Personalausstattung sichern.
- 28 • Sofort umsetzbar ist die Einführung einer Anti-Stress-Verordnung, wie sie auch von der IG
29 Metall gefordert wird, und eines individuellen Veto-Rechtes bei der Umgestaltung von
30 Arbeitsaufgaben.

31 Die reguläre Arbeitszeit muss für alle gesenkt werden, bei gleicher Entlohnung. Die
32 Vorstellung, dass „Vollzeit“ ein 8-Stunden-Arbeitstag ist, stammt aus den Kämpfen des 19.

Jahrhunderts, wurde 1918 gesetzlich vorgeschrieben. Im 21. Jahrhundert brauchen wir dringend eine neue Festlegung: Sechs Stunden sind genug. Die Lebensarbeitszeit zu verlängern ist der falsche Schritt: sie beschädigt die Gesundheit der Menschen und verkürzt ihr Leben. Rente für alle spätestens ab 65 Jahre.

Kapital und Arbeit stehen sich in unserer Gesellschaft immer gegenüber. Die Vorstellungen, was gerecht und angemessen ist, werden in politischen und sozialen Kämpfen ausgehandelt. Die Kräfteverhältnisse sind im Neoliberalismus zu Gunsten des Kapitals verschoben worden.

- Mitbestimmungsrechte am Arbeitsplatz müssen ausgebaut und auf die Gestaltung der Tätigkeiten und der Arbeitsbedingungen ausgeweitet werden: DIE LINKE unterstützt Belegschaften, die ihre in die Krise geratenen Betriebe in Eigenregie weiterführen wollen. Genossenschaften und Belegschaftsbetriebe bauen auf den Planungsfähigkeiten der Beschäftigten auf und geben ihnen mehr Möglichkeiten über Art und Inhalt der Produktion mitzubestimmen. Tariftreue und Flächentarife müssen wieder hergestellt werden. Dafür gilt es, das Streikrecht der Gewerkschaften zu verbessern.

Soziale Grundrechte garantieren statt Schikane und Armut durch Hartz IV

Jörg (51) und Anja (43) sind arbeitslos, seit der Automobilzulieferer vor drei Jahren Insolvenz anmeldete. Das Jobcenter schickt Jörg und Anja regelmäßig Einladungen. Jedesmal wollten sie mit ihnen über ihre berufliche Situation sprechen, können aber nichts anbieten. Jörg war KFZ-Mechaniker-Meister. Schließlich wollte ihm der Fallmanager einen Job als Wachmann aufzwingen, bei dem er gerade 5 EUR die Stunde erhalten hätte. Er wollte eine Arbeit, die seiner Qualifikation als entsprach. Aber der Hauptgrund war, dass sie den Lohn als entwürdigend empfanden.

Die soziale Sicherheit schafft das Fundament für das Leben der Menschen in Würde. So kann an ihr abgelesen werden, wie wichtig Gerechtigkeit für eine Gesellschaft ist: wer arm ist, darf nicht am Rand stehen, Armut zu bekämpfen gehört ins Zentrum der Politik. Es sollte selbstverständlich sein, dass alle am Leben der Gesellschaft teilhaben können. Weil die sozialen Sicherungen systematisch geschwächt wurden, sind immer mehr Menschen gezwungen, schlechte Arbeit mit schlechten Löhnen anzunehmen: das sei „zumutbar“ und gehöre zu einer „neuen Freiwilligkeit“. In Wahrheit werden auf diese Weise die strukturellen Probleme der Gesellschaft den einzelnen Menschen aufgebürdet. Im schlimmsten Fall treiben Armut und der Druck von Sanktionen sie in die Isolation, sie werden von der Teilhabe an der

1 Gesellschaft, ihrem Reichtum, ihren Kulturgütern und den vielen kleinen und doch so
2 wichtigen Begegnungen und Ereignissen im Alltag ausgeschlossen.

3 Wir brauchen einen Kurswechsel in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik:

4 1 | eine Versicherung gegen Erwerbslosigkeit, die den Lebensstandard sichert und einen
5 Absturz in Armut verhindert;

- 6 • Auch bei Erwerbslosigkeit müssen die sozialen Leistungen den vorher erreichten
7 Lebensstandard annähernd sicherstellen. DIE LINKE fordert ein Erwerbslosengeld, das
8 leichter zugänglich ist und länger gezahlt wird. Die Sperrzeiten müssen abgeschafft
9 werden, weil sie Ansprüche verwerfen, die regulär erworben und erarbeitet worden sind.
10 Arbeitsangebote an Erwerbslose müssen deren berufliche Qualifikation berücksichtigen
11 und deren ethische Überzeugungen; niemand darf gezwungen sein, gegen seine oder ihre
12 Überzeugung eine Arbeit anzunehmen.

13 2 | eine soziale Arbeitsmarktpolitik, die mit öffentlichen Mitteln mehr gute Arbeitsangebote
14 schafft.

- 15 • Öffentlich geförderte Beschäftigung muss zusätzliche, sinnvolle und tariflich abgesicherte
16 Arbeitsplätze schaffen, die nicht unter dem Mindestlohn liegen dürfen. Diese sollten
17 besonders dort geschaffen werden, wo der Markt Bedürfnisse in sozialen, kulturellen und
18 ökologischen Bereichen nicht abdeckt. Öffentlich geförderte Beschäftigung muss sich an
19 den Bedürfnissen der Erwerbslosen und an den regionalen Gegebenheiten ausrichten. Die
20 Eingliederung beruht auf dem Prinzip der Freiwilligkeit.

- 21 • Es müssen sofort mehr Mittel für Bildung und Qualifizierung von Erwerbslosen zur
22 Verfügung gestellt werden.

- 23 • Die Krise kehrt zurück: Wir brauchen eine neue Initiative, um Arbeitsplätze zu schützen.
24 Der Kündigungsschutz muss gestärkt und profitablen Unternehmen muss
25 Massenentlassungen verboten werden.

26 3 | Schließlich brauchen wir eine sanktionsfreie Mindestsicherung, die Betroffene gegen
27 Armut absichert und gesellschaftliche Teilhabe garantiert. Zusätzlich werden die öffentliche
28 Infrastruktur und öffentliche soziale Dienstleistungen ausgebaut: öffentlicher entgeltfreier
29 und ökologischer Nahverkehr, eine Gesundheitsversorgung ohne Zuzahlung, freier Zutritt zu
30 allen Kultur- und Kunstangeboten, eine öffentlich organisierte Stromversorgung mit sozialer
31 Preisgestaltung, kostenfreie und qualitativ hochwertige Essen in Schule und Kita,

1 Sozialtickets bei der Bahn. Diese öffentlichen Angebote kommen einer Grundsicherung für
2 alle Bürgerinnen und Bürger gleich.

3 • Kurzfristig müssen die Regelsätze auf 500 Euro erhöht werden und die Sanktionen
4 abgeschafft werden. Zwangsumzüge müssen gestoppt werden. Es darf keine
5 Mindestsicherung mehr geben, welche die Armutsrisikogrenze unterschreitet.

6 • Um das Grundrecht auf Existenzsicherung zu schützen, müssen die Sanktionen sowie
7 Sonderregelungen für junge Menschen bis zum 25. Lebensjahr abgeschafft werden.
8 Anstelle der Bedarfs- und Einsatzgemeinschaften drängt DIE LINKE darauf, das
9 Individualprinzip unter Berücksichtigung der gesetzlichen Unterhaltsverpflichtungen
10 einzuführen.

11 Wir wollen ein Konzept einbringen, in dem keine Mindestsicherung mehr unterhalb der
12 Armutsrisikogrenze liegt. Das sind zurzeit 1 050 Euro. Teile der LINKEN vertreten das Konzept
13 des bedingungslosen Grundeinkommens, um das Recht auf eine gesicherte Existenz und
14 gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen von der Erwerbsarbeit zu entkoppeln. Dieses
15 Konzept wird in der Partei kontrovers diskutiert. Die Diskussion wollen wir weiterführen.

16 • Gemeinsam mit Sozialticket-Initiativen aus der gesamten Bundesrepublik werden wir in
17 den Ländern und Kommunen für ein Sozialticket im öffentlichen Nahverkehr Druck
18 machen. Auf längere Sicht ist der öffentliche Nahverkehr entgeltfrei zu organisieren.

19 Wir stehen an der Seite der Menschen, die aus ihren Wohnungen und Wohnvierteln vertrieben
20 werden sollen und sich dagegen zur Wehr setzen.

21 • Zwangsumzüge müssen ausgesetzt werden. Mietobergrenzen müssen verbindlich
22 festgelegt werden, so dass vor allem Erwerbslose und Geringverdiener aufgrund höherer
23 Mieten ihre Wohnungen aufgeben müssen.

24 DIE LINKE wird sich an keiner Regierung beteiligen, die Personal- und Sozialabbau vornimmt.
25 Wir unterstützen die Selbstorganisation von Erwerbslosen und Geringverdienenden und
26 werden gemeinsam mit Erwerbsloseninitiativen im Parlament und auf der Straße für eine
27 sanktionsfreie Mindestsicherung aktiv werden.

Gute Rente muss den Lebensstandard sichern und Altersarmut verhindern

„Ich habe mein Leben lang als Verkäuferin gearbeitet, als Rente bekomme ich 846 Euro. Wenn das mit den Rentenplänen so weiter geht, kriegt meine jüngere Kollegin 2030 gerade noch 677 Euro, obwohl sie bis 67 schuften muss. Wenn sie das überhaupt durchhält.“ Emily, Berlin

Wer neu Rente bezieht, stellt fest, dass ihre Höhe ständig gesunken ist. Immer mehr Menschen müssen im Alter Grundsicherung beantragen oder trotz ihres verdienten Ruhestandes weiter arbeiten. In den letzten Jahren sind die gesetzlichen Rentenbezüge immer mehr gekürzt worden; das Rentenalter wurde angehoben; 2030 sollen nur noch 43 Prozent des Nettoeinkommens gezahlt werden – nach 45 Beitragsjahren. Die Lücken sollen die Beschäftigten selbst schließen, indem sie mit ihrem Geld privat vorsorgen. Diese Rechnung geht nicht auf: Viele Menschen brauchen ihr ganzes Einkommen, um den Alltag zu finanzieren und können sich eine zusätzliche Altersvorsorge buchstäblich nicht leisten. Zudem sind die Versicherungs-Angebote oft schlecht: Bei vielen Riester-Verträgen sind die Verwaltungskosten so hoch und die Renditen so schwach, dass das Geld genauso gut unter die Matratze gelegt werden könnte. Die milliardenschwere Förderung der Privatvorsorge durch den Steuerzahler nutzt vor allem der Versicherungsindustrie und erhöht gravierend das nach Rendite suchende Privatkapital auf den Finanzmärkten. So werden vorhandene Krisen geschürt und neue geschaffen.

- Das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rentenansprüche muss wieder auf 53 Prozent erhöht werden.

Alle wissen, dass die Rente erst ab 67 für die meisten Menschen nicht machbar ist. Sie können gar nicht so lange arbeiten, weil sie nach einem langen Arbeitsleben nicht mehr gesund sind oder in diesem Alter gar keine Arbeit mehr haben und auch keine mehr bekommen. So kommt die Rente erst ab 67 meist einer erheblichen Rentenkürzung gleich. Der materiell halbwegs abgesicherte Lebensabend gerät so in Gefahr oder wird von vornherein zur Illusion.

- Die Rente erst ab 67 muss abgeschafft werden – ohne Wenn und Aber. Jede und jeder müssen wieder spätestens mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen dürfen. Die Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten müssen gestrichen und der Zugang zu ihnen erleichtert werden.

1 Um die drohende Altersarmut zu verhindern, müssen die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt
2 erheblich verbessert werden. Die Menschen können nur dann ausreichende eigene
3 Rentenansprüche erwerben, wenn sie die realistische Chance auf eine gute Arbeit mit einem
4 guten Lohn oder Gehalt haben. Es muss genügend öffentliche Angebote zur Kindererziehung
5 und zur Pflege von Familienangehörigen geben, so dass möglichst viele Menschen auch einer
6 Erwerbsarbeit nachgehen können. Die Rente muss den Lebensstandard im Alter sichern und
7 Armut zuverlässig verhindern. Das Rentenniveau muss gesichert werden. Eine solche
8 Rentenpolitik ist machbar und bezahlbar, wenn das gesetzliche System gestärkt wird und die
9 Unternehmen wieder gleichmäßig an den Kosten der Alterssicherung beteiligt werden.

10 • DIE LINKE setzt sich für die Idee einer Rentenverfassung ein. Wir wollen, dass die
11 zentralen Eckpunkte der gesetzlichen Rentenversicherung im Grundgesetz verankert
12 werden, damit die Rentenversicherung vor kurzsichtigen politischen Interventionen in
13 besonderer Weise geschützt ist. Eine solche Rentenverfassung schafft auf einem zentralen
14 Feld der sozialen Sicherung Verlässlichkeit und Vertrauen.

15 • Die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung werden für alle Erwerbstätigen
16 paritätisch von den Beschäftigten selbst und den Unternehmen bzw. Auftraggeberinnen
17 und Auftraggeber aufgebracht. Sie richten sich an der Höhe des definierten
18 Sicherungsziels aus. Eine Deckelung des Beitragssatzes ist nicht mit dem Grundgesetz
19 vereinbar.

20 • Für einen Lebensabend in Würde und für soziale Teilhabe im Alter für jede und jeden
21 brauchen wir einen Mindeststandard in der gesetzlichen Rente. Deshalb will DIE LINKE
22 eine Solidarische Mindestrente einführen. Diese soll aus Steuern finanziert werden und
23 sicher stellen, dass kein Mensch im Alter ein Einkommen unterhalb der
24 Armutsrisikogrenze hat. In der kommenden Wahlperiode werden wir eine Solidarische
25 Mindestrente von 1 050 Euro netto in die politische Diskussion einbringen. Höhere
26 Mietkosten werden wie bei der Mindestsicherung mit dem Wohngeld aufgefangen.

27 DIE LINKE streitet für eine Politik, die die öffentlichen Systeme stärkt und die Privatisierung
28 von Risiken bekämpft. Sie steht für eine Politik, die ein selbstbestimmtes Leben in Würde und
29 sozialer Sicherheit im Alter ermöglicht. LINKE Rentenpolitik bedeutet mehr als bloße
30 Mindestabsicherung. Ein gutes Leben im Alter heißt, den Lebensstandard aus der
31 Erwerbsphase ohne allzu große Abstriche halten zu können. Deshalb gehören für uns
32 Lebensstandardsicherung und Mindestabsicherung zusammen.

- Wir vergessen nicht, dass die Regierung Merkel ihr Versprechen gebrochen hat: DIE LINKE fordert, den Rentenwert Ost an den Rentenwert West anzugleichen. Wir haben unseren Vorschlag einer Angleichung bis 2016 vorgelegt. Die Lebensleistung in Ost und West muss endlich in gleicher Weise anerkannt werden. Die Angleichung darf nicht zum Nachteil der heute Versicherten führen. Deshalb muss die Hochwertung der ostdeutschen Löhne und Gehälter erhalten bleiben, solange es noch Lohndifferenzen gibt.
- Um die Solidarität in der Rentenversicherung zu stärken und Privilegien abzubauen, wollen wir eine solidarische Rentenversicherung schaffen, in die alle Erwerbstätigen – auch Selbständige, Beamtinnen und Beamte, Politikerinnen und Politiker – einbezogen werden, ebenso wie die Menschen, die Kinder erziehen und Angehörige pflegen.

Solidarität und Qualität in der Gesundheitsversorgung stärken - Schluss mit der Zwei-Klassen-Medizin

Arme sterben im Durchschnitt früher als Reiche, und sie sind häufiger krank. Und ausgerechnet für sie kann die Gesundheitsversorgung sehr teuer werden. Für fast alle Gesundheitsleistungen werden Zuzahlungen fällig – egal ob für Arzneimittel, Krankenhausaufenthalte oder Heil- und Hilfsmittel.

- Das Finanzierungsgesetz für die Gesetzlichen Krankenversicherungen und jegliche Zuzahlungen, Zusatzbeiträge und Beschränkung medizinisch notwendiger Leistungen gehören abgeschafft.
- Alle medizinisch notwendigen Leistungen müssen wieder von der Krankenkasse bezahlt werden. Wir wenden uns gegen jegliche Bestrebungen, die medizinischen Angebote zu rationieren.
- Wir treten für eine effektive gesetzliche Begrenzung der Arzneimittelpreise ein. Die verantwortlichen Behörden sollen diese Preise festsetzen.

In den letzten Jahren wurde das Gesundheitswesen noch stärker an Markt- und Gewinninteressen ausgerichtet. Profit und Wettbewerb führen beispielsweise dazu, dass notwendige Behandlungen abgelehnt und vermehrt teure Leistungen angeboten werden. Die Arbeitsanforderungen an die Beschäftigten werden ständig intensiver, so dass sie für die einzelnen Patienten immer weniger Zeit haben.

1 Hunderttausende Arbeitsplätze wurden in Krankenhäusern abgebaut: das sollte sie billiger,
2 besser und effektiver für Beschäftigte und Patienten machen, hieß es. Das Gegenteil trat ein:
3 Für die Beschäftigten folgte aus diesem Abbau Arbeitsverdichtung, Zeitdruck, Belastung und
4 Stress. Um die gesundheitliche Versorgung flächendeckend und für jeden und jede zu
5 sichern, muss sektorenübergreifend geplant und versorgt werden. Alle Gesundheitsberufe
6 müssen in die Bedarfsplanung einbezogen werden- Ein Vergleich: In Deutschland betreut ein
7 Beschäftigter im Durchschnitt 21 Patienten, in Dänemark zehn, in Norwegen neun und in den
8 USA acht.

- 9 • Krankenhäuser müssen bedarfsgerecht und solide finanziert werden. Bund und Länder
10 müssen ausreichend Mittel für eine flächendeckende Infrastruktur bereitstellen.
11 Krankenkassen sollen den Betrieb angemessen sichern. Es darf keine weitere
12 Privatisierung geben, bereits privatisierte Krankenhäuser werden in öffentliche nicht-
13 marktförmige Trägerschaften überführt. Die Beschäftigten müssen auch bei der
14 Organisation und Planung der Arbeit stärker mitbestimmen können.
- 15 • Der Mangel an Personal in Krankenhäusern, Pflegeheimen, in der ambulanten Versorgung
16 und der häuslichen Pflege muss beseitigt werden. Deshalb streiten wir dafür, eine
17 verbindliche und bundesweit einheitliche Personalbemessung einzuführen.
- 18 • Die Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung muss aufgehoben werden. Den
19 Krankenhäusern muss erlaubt werden, Ambulatorien zu führen.
- 20 • Die soziale Selbstverwaltung wollen wir stärken. Wir unterstützen die demokratische
21 Mitbestimmung der Versicherten, der unabhängigen Patientenvertretungen und der
22 Beschäftigten.
- 23 • Damit Gesundheitsförderung und Prävention sollen dazu beitragen, die soziale Ursachen
24 für ungleiche Chancen auf ein gesundes Leben zu verringern. Wir fordern hierfür ein
25 Präventionsgesetz und eine Koordinierungs- und Entscheidungsstelle auf Bundesebene.

26 Die Gesundheitsausgaben liegen seit 20 Jahren konstant bei zehn bis elf Prozent des
27 Bruttoinlandsprodukts – es gibt also keine Kostenexplosion. Die Beiträge der Gesetzlichen
28 Krankenversicherung steigen nur aus einem Grund: Sie werden allein aus den Lohn- und
29 Gehaltsanteilen gezahlt und diese sinken. Die am schnellsten wachsenden Einkommen –
30 Gewinne und Kapitalerträge – werden nicht herangezogen. Gut verdienende und gesündere
31 Versicherte wandern in die private Krankenversicherung ab.

DIE LINKE will eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung. Damit kann der Beitragssatz zur Krankenversicherung auf Jahre hinaus konstant niedrig bei etwas über zehn Prozent des Einkommens gehalten werden. Auf Löhne und Gehälter sowie Renten müssten die Versicherten nur noch einen Anteil von 5,25 Prozent statt derzeit 8,2 Prozent zahlen. Selbst die Arbeitgeber würden einen Anteil von 5,25 Prozent statt bisher 7,3 Prozent zahlen. Dieser niedrigere Beitragssatz führte bis zu einem Einkommen von 5 800 Euro im Monat zu deutlichen Einsparungen. Versicherte mit einem Einkommen oberhalb der bisherigen Beitragsbemessungsgrenze würden künftig gerecht in die solidarische Finanzierung einbezogen.

- Die private Krankenversicherung wird auf Zusatzleistungen beschränkt und den Beschäftigten der Versicherungsunternehmen ein sozial verträglicher Übergang in die gesetzlichen Krankenkassen ermöglicht.
- Bei Einkommen aus Löhnen und Gehältern zahlt der Arbeitgeber die Hälfte der Beiträge.

Gute Pflege: Würde für Pflegebedürftige, Angehörige und Beschäftigte

„Als meine Mutter operiert wurde, musste ich sie zuhause pflegen, weil sie gleich wieder aus dem Krankenhaus raus musste. Ich muss mir extra frei nehmen und riskiere meinen Job. Alles geht schnell, schnell, auch bei mir auf der Arbeit in der Pflegestation. Für alles ist Geld da, nur für die wichtigsten Dinge nicht.“ Johanna, 42, Pflegehelferin in Kassel

Der Regierung ist es nicht gelungen, eine Pflegeversicherung zu schaffen, die den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird. Die Pflegeversicherung ist eine „Teilkaskoversicherung“: Sie gewährt pflegebedürftigen Menschen nur einen Zuschuss zu den Kosten der Pflege, welche die familiäre, nachbarschaftliche oder ehrenamtliche Pflege ergänzen soll. Die Betroffenen und ihre Angehörigen müssen auf ihr Einkommen und Vermögen zurückgreifen. Doch Vielen ist das nicht möglich. Viele pflegebedürftige Menschen werden von der Sozialhilfe oder von der Unterstützung ihrer Angehörigen abhängig. Diese wiederum sind oft überfordert und stark belastet. Der Pflegebegriff der Pflegeversicherung ist so eng gefasst, dass viele Bedarfe gar nicht erst berücksichtigt werden.

1 • Ein neuer Pflegebegriff und das neue Begutachtungsverfahren müssen von dem
2 Gesetzgeber umgesetzt werden: kognitive und/oder psychische Einschränkungen müssen
3 ebenso wie körperliche erfasst werden. Die Leistungen der Pflegeabsicherung müssen so
4 gestaltet werden, dass allen Menschen ermöglicht wird, selbstbestimmt zu leben und im
5 Alltag kompetent zu sein. Das neue Begutachtungsverfahren muss auch eine Methode
6 beinhalten, nach der die Pflegebedürftigkeit von Kindern und Jugendlichen bestimmt
7 werden kann. Menschen mit Demenzerkrankungen sind endlich angemessen in die
8 Pflegeversicherung einzubeziehen.

9 DIE LINKE versteht Pflege als eine Aufgabe der Gesellschaft. Sie ist auch Teil der öffentlichen
10 Daseinsvorsorge. Eine Politik, die gerecht und solidarisch ist, kann eine effektivere Pflege
11 organisieren und finanzieren.

12 Vor allem Frauen – Ehe- und Lebenspartnerinnen, Töchter oder Schwiegertöchter –
13 übernehmen Pflegearbeit. Doch die Familienstrukturen, das Familienbild, die
14 Erwerbsbiographien von Frauen ändern sich – und das ist gut so. Auch wollen
15 pflegebedürftige Menschen nicht automatisch von ihren Angehörigen gepflegt werden. Eine
16 selbstbestimmte Entscheidung über diese Frage, wer pflegt mich, ist in vielen Fällen nicht
17 möglich: es fehlt am Geld.

18 • DIE LINKE fordert, die Leistungen so zu gestalten, dass allen Menschen möglich ist,
19 selbstbestimmt zu entscheiden, ob sie ambulante, teilstationäre oder stationäre Pflege-
20 oder Assistenzleistungen in Anspruch nehmen wollen. Ein Ausbau des bezahlbaren,
21 barrierefreien Wohnraums ist dafür unerlässlich. Gute Pflege darf nicht von den eigenen
22 finanziellen Möglichkeiten abhängig sein. Damit eine solche neue Pflege-Politik gelingt,
23 muss das Leistungsniveau der Pflegeversicherung deutlich angehoben werden. Das bietet
24 den Betroffenen die Möglichkeit, sich fachgerecht zuhause pflegen zu lassen.

25 • Wir fordern, die mit fünf Euro im Monat geförderte private Pflegezusatzversicherung
26 („Pflege-Riester“) zu stoppen. Der Einstieg in die Privatisierung der Pflegevorsorge ist
27 unsozial, volkswirtschaftlich unsinnig und benachteiligt Geringverdienende und Menschen
28 mit Behinderungen. Während Geringverdienende und Menschen mit einem potenziellen
29 Pflegerisiko sich den Pflege-Riester nicht leisten können, ist es Besserverdienenden und
30 Gesunden möglich, auf günstigere, nicht geförderte Produkte zurückzugreifen. Diese
31 bleiben sowohl älteren als auch kranken Menschen verwehrt und sind somit für die

1 Versicherungsindustrie profitabler zu kalkulieren. Das führt am Ende zu einer Zwei-
2 Klassen-Pflege, gegen die wir uns entschieden wenden.

3 Der Alltag von Pflegekräften ist von Arbeitsverdichtung, starren Zeitvorgaben und schlechter
4 Bezahlung geprägt. Darunter leiden alle Beteiligten: das Pflegepersonal und die zu pflegenden
5 Menschen sowie deren Angehörige. Pflege ist eine schwere und anspruchsvolle Arbeit, die
6 gesellschaftlich anerkannt werden muss.

- 7 • Die Anhebung des Leistungsniveaus der Pflegeabsicherung eröffnet den finanziellen
8 Spielraum, Pflegekräfte besser zu bezahlen. Mini- und Midijobs in der Pflege müssen in
9 reguläre Arbeitsplätze umgewandelt werden, die nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- 10 • Um die Qualität der Pflege zu sichern, fordert DIE LINKE bundesweite Standards über eine
11 qualitätsbezogene Personalbemessung. Bis dahin müssen Bund und Länder gemeinsam
12 sich das Ziel setzen, mindestens die Hälfte der Personalstellen mit Fachkräften zu
13 besetzen. Die Pflegeausbildung ist zeitgemäß weiterzuentwickeln, um den Ansprüchen an
14 eine qualitativ hochwertige Versorgung gerecht zu werden und die Pflegeberufe attraktiver
15 zu machen.

17 **Mit Steuern umsteuern: Reichtum ist teilbar**

18 Wenn in einer demokratischen Gesellschaft die finanzielle Hauptlast auf denen liegt, die am
19 wenigsten Einfluss haben, wenn Demokratie nicht bedeutet, dass alle zum Gemeinwesen
20 beitragen – dann ist etwas aus dem Gleichgewicht. Um das Gleichgewicht wieder
21 herzustellen, brauchen wir ein neues Modell: die Wohlhabenden und die Unternehmen
22 müssen wieder ihren Anteil zur Finanzierung des Gemeinwesens, der öffentlichen
23 Daseinsvorsorge und der sozialen Dienste leisten. Oft wird behauptet, dass die LINKE vor
24 allem Geld ausgeben – oder neu drucken – wolle. Tatsächlich ist die LINKE die einzige Partei,
25 die ein durchgerechnetes Modell der Steuerreform hat, das machbar, inflationssicher und
26 gerecht ist. Wir setzen auf Umverteilung von oben nach unten, von privat zu öffentlich und auf
27 Umverteilung zu Gunsten eines zukunftsfähigen Wirtschafts- und Gesellschafts-Modells, das
28 sich an sozialen und ökologischen Bedürfnissen und Interessen ausrichtet.

29 Armut und Reichtum liegen in Deutschland nah beieinander. Beides wird in kapitalistischen
30 Gesellschaften jeden Tag aufs Neue geschaffen – und doch gibt es Unterschiede in den
31 Formen ihrer politischen und sozialen Regulierung. Seit sich die neoliberale Politik,

beschleunigt durch die Krise, durchgesetzt hat, verschärft sich die soziale Ungleichheit. Die Vorstellung dass von dem zunehmenden Reichtum oben auch unten mehr ankommt, taugt gerade noch als Anlass für Witze in Medien und in sozialen Netzwerken. Die Regierung Merkel hält dagegen an dieser gescheiterten Annahme ungebrochen fest. „Die Märkte“ und die Finanztransaktionen sollen gestützt und in deren ‚Vertrauen‘ viel Geld investiert werden. Während in der Krise die Reichsten der Gesellschaft ihr Vermögen deutlich vermehren konnten, trägt der Großteil der Bevölkerung die Lasten der Krise. Die Ursachen der Krise werden nicht beseitigt, sie werden nicht einmal benannt: Es gibt viel zuviel privates Kapital, für das Investmentbanker händeringend profitträchtige Anlagen suchen – auf den Finanzmärkten und in der Spekulation.

Wenn wir diese inzwischen enormen Finanzmittel umverteilen, können wir den Einstieg in eine bessere Gesellschaft gut finanzieren: eine Industrie-Produktion, die sich an den Bedürfnissen von Menschen und der Gesellschaft ausrichtet, und den Aufbau einer leistungsfähigen öffentlichen Infrastruktur. Mit einer Finanztransaktionssteuer wollen wir die Spekulationen auf den Finanzmärkten eindämmen und die Verursacher der Krise wenigstens ein bisschen an deren Kosten beteiligen.

- Bei jeder Finanztransaktion soll ein Steuersatz von 0,1 Prozent fällig werden.
Mehreinnahmen in Deutschland: 27 Milliarden Euro
- In Deutschland und in allen EU-Staaten soll eine einmalige Vermögensabgabe in Höhe von xx Prozent ab einem persönlichen Freibetrag von einer Million Euro (bei Betriebsvermögen fünf Millionen Euro) erhoben werden. Die prognostizierten Mehreinnahmen: 300 Milliarden Euro

Der private Reichtum nimmt zu, auch weil die Steuern für Reiche und für Unternehmen drastisch gesenkt wurden. Demgegenüber stehen zwangsläufig: öffentliche Armut, überschuldete Kommunen und ein überschuldeter Staat, und deshalb fehlen die dringend benötigten Gelder, um unser Gemeinwesen sozial und gerecht zu gestalten. Das ist Ausdruck eines Wirtschaftssystems, in dem die Interessen einer gesellschaftlichen Minderheit aus Finanz- und Wirtschaftseliten dominieren. Wer viel hat, erhält zahlreiche Möglichkeiten, das Vermögen weiter zu vermehren und sich der Finanzierung des Gemeinwohls zu entziehen. Wer wenig hat, muss viel und mehrfach bezahlen: beispielsweise aufgrund der Privatisierung öffentlichen Eigentums und des Rückbaus sozialer Sicherungssysteme. Vermögen,

-
- 1 Spitzeneinkommen, Kapitalgewinne, Finanztransaktionen und große Erbschaften müssen
2 stärker besteuert beziehungsweise überhaupt erst einmal besteuert werden.
- 3 • Wir fordern, eine Vermögenssteuer für Millionäre einzuführen. Dabei bleibt die erste Million
4 des Vermögens steuerfrei. Danach wird ein Steuersatz in Höhe von fünf Prozent auf
5 Privatvermögen erhoben. Beispiel: Für ein privates Geld- bzw. Immobilienvermögen von
6 zwei Millionen Euro müssen 50 000 Euro Steuern im Jahr bezahlt werden. Mehreinnahmen:
7 80 Milliarden Euro
- 8 • Große Erbschaften werden in Deutschland im Vergleich zu anderen EU-Staaten viel zu
9 gering besteuert. Mit einer Reform der Steuersätze und der Steuerbefreiungen wollen wir
10 die Einnahmen aus der Erbschaftssteuer deutlich erhöhen. Dabei gilt ein Freibetrag in
11 Höhe von 150 000 Euro. Für Erbinnen und Erben, die das 60. Lebensjahr vollendet haben,
12 Kinder, Ehegatten oder für eine vom Vererbenden benannte Person verdoppelt sich der
13 Freibetrag auf 300 000 Euro. Kleine und mittlere Immobilien (z.B. das Haus der Großeltern)
14 und selbstgenutztes Wohneigentum bleiben von unserer Reform verschont.
15 Mehreinnahmen: 7 Milliarden Euro
- 16 • Die Unternehmenssteuern wurden massiv gesenkt. Die Körperschaftssteuer muss wieder
17 auf 25 Prozent erhöht und die Bemessungsgrundlage verbreitert und europaweit
18 vereinheitlicht werden. Die Befreiung von Veräußerungsgewinnen wollen wir
19 zurücknehmen. Mehreinnahmen: 35 Milliarden Euro
- 20 • Nicht nur die Vermögen und der private Reichtum haben sich ungleich entwickelt, auch die
21 Schere der Einkommen hat sich weiter geöffnet. Diese Entwicklung wollen wir mit einer
22 Reform der Einkommenssteuer wenigstens stoppen, nach Möglichkeit umkehren.
- 23 • Geringe und mittlere Einkommen sollen entlastet werden, indem der Grundfreibetrag auf
24 9 300 Euro erhöht wird. Monatliche Bruttoeinkommen bis 6 000 Euro werden entlastet,
25 indem die „kalte Progression“ im Tarifverlauf der Einkommenssteuer geglättet wird. Der
26 Spitzensteuersatz soll ab einem Einkommen von 65 000 Euro pro Jahr wieder auf 53
27 Prozent erhöht werden. Jeder Euro Einkommen über einer Million jährlich wollen wir mit
28 einer Reichensteuer von 75 Prozent besteuert.
- 29 • Das Ehegattensplitting soll abgeschafft werden. Stattdessen wollen wir eine individuelle
30 Besteuerung einführen. Damit Lebensgemeinschaften mit Kindern nicht schlechter gestellt
-

werden, wollen wir mit den Einsparungen in Höhe von bis zu 20 Mrd. Euro nutzen, um die Kindergrundsicherung einzuführen und das Zusammenleben mit Kindern fördern.

- Der ermäßigte Steuersatz für Beherbergungsleistungen muss zurückgenommen werden. Mehreinnahmen: 1 Milliarde Euro
- DIE LINKE will die Abgeltungssteuer abschaffen und Einkünfte aus Kapitalvermögen wieder gemäß dem individuellen Einkommenssteuersatzes besteuern.

- Der Steuervollzug auf Länderebene muss verbessert werden; insbesondere muss mehr Fach-Personal eingestellt werden. Um Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Subventionsbetrug wirksam bekämpfen zu können, tritt DIE LINKE für den Aufbau einer Bundesfinanzpolizei ein. Es ist realistisch, mit einem konsequenteren Steuervollzug und der Bekämpfung von Steuerhinterziehung jährlich etwa 15 Milliarden Euro mehr einzunehmen.

Die derzeitige soziale Ungleichheit ist so gravierend, dass sie die gesamte Gesellschaft blockiert und eine positive Entwicklung bremst. Zukunftsinvestitionen beispielsweise in eine sozial-ökologische Energiewende, in eine gute Gesundheits- und Pflegeversorgung für alle oder in ein gerechtes Bildungssystem können nicht finanziert werden. Eine gerechte Gesellschaft ist für alle besser. Die Kommunen benötigen endlich wieder ausreichend Finanzmittel. Wir wollen Städte und Gemeinden mit – und nicht ohne – Bibliotheken, Kitas, Schwimmbädern, Theatern und Kulturzentren.

- DIE LINKE will die bisherige Gewerbesteuer auf eine breitere Basis stellen und in eine Gemeindewirtschaftssteuer umwandeln. Dabei wird die Bemessungsgrundlage ausgeweitet (Einbeziehung von Pachten und Mieten) und der Kreis der Steuerzahlenden vergrößert (Einbeziehung der Selbstständigen und Freiberufler). Für kleine Unternehmen und Existenzgründer wird der Freibetrag auf 30 000 Euro angehoben und die festgesetzte Steuer wird mit der zu bezahlenden Einkommensteuer verrechnet. In diese Reform inbegriffen ist die Abschaffung der Gewerbesteuerumlage, die Städte und Gemeinden finanziell entlastet. Mehreinnahmen für die Kommunen: 15 Milliarden Euro

Unsere Forderung nach Mindestlöhnen stellen wir die nach einer Obergrenze von Einkommen zur Seite: Es ist nicht gerecht, wenn der (meist männliche) Vorstand eines DAX-Unternehmens im Durchschnitt das 54-fache dessen erhält, was seine Angestellten verdienen. Wir schlagen vor, dass niemand mehr als 40 Mal so viel verdienen sollte, wie das

gesellschaftliche Minimum – bei der derzeitigen Verteilung wären das immer noch 40 000 Euro im Monat.

Enteignung der Bevölkerung stoppen: Das Öffentliche stärken

Zum „Wohl der Allgemeinheit“ zu handeln, gilt als Aufgabe von Politik und Staat. Was aber als Allgemeinwohl verstanden wird und wie ihm am besten zu dienen ist, ist Gegenstand und Ergebnis der demokratischen Diskussionen, von sozialen Konflikten und Kämpfen. Wer verfügt über den gesellschaftlichen Reichtum? Wer bestimmt, was, wann, wie, wo und in welchem Umfang produziert wird? Und wem steht es zur Verfügung? Diese Fragen betreffen den Kern der Demokratie.

Der Ausbau des öffentlichen Eigentums, der Infrastruktur und Daseinsvorsorge, muss von Anstrengungen begleitet sein, den Staat zu demokratisieren: Es muss mehr Partizipation und Transparenz geben. Partizipation heißt nicht, mitreden zu dürfen, sondern Entscheidungen wirksam beeinflussen zu können. Auf allen politischen Ebenen, insbesondere in der Kommune, sollten Menschen auch in Fragen der Finanzen, des Wirtschaftens, der Entwicklung des kulturellen Lebens und der Bildung, sowie der Gestaltung der Verwaltung unmittelbar mitwirken und mitentscheiden können: durch partizipative Haushalte und Planungsprozesse bis hin zu regionalen Räten für eine sozial-ökologische Strukturpolitik, die Industrie und Dienstleistungen gleichermaßen umfasst. Der Reichtum einer Gesellschaft muss sich nach unserer Auffassung in einem öffentlichen Reichtum und in den Lebenschancen aller niederschlagen: nur diese Art von Reichtum kommt allen zu Gute und bildet die Grundlage für ein demokratisches Miteinander. Ohne ein leistungsfähiges öffentliches Eigentum – also kommunales, regionales, genossenschaftliches, gemeinwirtschaftliches oder staatliches Eigentum – kann eine Demokratie nicht funktionieren.

- DIE LINKE streitet dafür, dass Bürgerinnen und Bürger den Zweck öffentlicher Unternehmen mitbestimmen und öffentliche Unternehmen und Einrichtungen kontrollieren können; sie müssen an Entscheidungen und der Gestaltung ihres Lebensumfeldes beteiligt sein.
- Wir wollen, dass öffentliche Unternehmen und Einrichtungen transparent arbeiten und Verträge, die die öffentliche Verwaltung abschließt, offen gelegt werden. Die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten müssen ausgeweitet werden. Leiharbeit,

1 Privatisierungen oder Dienst- und Werkverträgen untergraben grundlegende Rechte der
2 Beschäftigten und deren Mitbestimmung. Um diese Beschäftigten zu schützen, müssen
3 nicht nur solche Arbeitsformen bekämpft werden: DIE LINKE tritt auch dafür ein, dass das
4 Personalvertretungsrecht uneingeschränkt für alle Menschen gilt, die für eine Dienststelle
5 tätig sind.

6 In den vergangenen 20 Jahren wurde öffentliches Eigentum in großem Umfang verkauft:
7 Wohnungen, Krankenhäuser, Stromerzeuger, Verkehrs- und Wasserbetriebe, Rathäuser,
8 Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen. Es wurde versprochen: Die Privatisierung macht
9 alles besser. Nachweisbar ist das Gegenteil eingetreten. Bürgerinnen und Bürger und
10 Kommunen müssen oft für schlechtere Leistungen mehr und teuer bezahlen. Privatisierung
11 bedeutet, dass die Menschen mehr zahlen müssen: für private Vorsorge, Arztbesuche,
12 Zahnersatz, Schwimmbad, Musikschule. Diese Regel ist ebenso primitiv wie unbarmherzig:
13 Wer zahlen kann, kann teilhaben. Wer zu wenig Geld hat, ist außen vor. Die Reichen grenzen
14 sich ab und haben schon längst ihre eigene Welt gegründet.

15 Die Regierung verweist auf die Staatsschulden: das Öffentliche scheint etwas zu sein, was
16 „wir“ uns nicht mehr leisten können, sonst würden wir unseren Kindern und Enkeln nur noch
17 Schulden hinterlassen. Wir stellen dagegen fest: Gerade im Interesse unserer Kinder und
18 Enkel dürfen wir das Gemeinwesen nicht dem Markt überantworten. Denn: Wo
19 Daseinsvorsorge in privater Hand betrieben wird, steht nicht mehr die Leistung für die
20 Menschen im Vordergrund, sondern Gewinnerzielung und Marktinteressen. Die Grundlagen
21 für eine gerechte Gesellschaft werden mit der Privatisierung von Wasser über Energie,
22 Nahverkehr bis zur Bildung zerstört.

- 23 • Wir stehen für ein neues Modell einer leistungsfähigen, demokratischen, öffentlichen
24 Daseinsvorsorge und Infrastruktur.
- 25 • Alle sollen öffentliche Dienste und Einrichtungen nutzen können, unabhängig davon wo sie
26 wohnen.
- 27 • Öffentliche Dienstleistungen müssen für jeden erschwinglich, diskriminierungs- und
28 barrierefrei sein.
- 29 • Öffentliche Dienstleistungen müssen einem hohen Umweltstandard gerecht werden.

30 Privatisierungen werden von der Bevölkerung mehrheitlich abgelehnt. Bürgerentscheide wie
31 beispielsweise in Leipzig, Düsseldorf oder in Freiburg zeigen, dass der Widerstand gegen

1 Privatisierungen wächst. Auch die Kommunen selbst haben mit den nicht bedachten Folgen
2 der Privatisierung zu kämpfen. Die Finanzkrise offenbart schonungslos, wie risikoreich
3 grenzüberschreitende Leasingverträge (Cross Border Leasing) oder undurchsichtige
4 Zinsgeschäfte sind. Diese finanziellen Bruchlandungen werden ebenso wie die teurer
5 werdenden Kredite die Kommunalhaushalte auf Jahre hinaus erheblich belasten. Etliche
6 Privatisierungen sind rückgängig gemacht und Einrichtungen der Öffentlichen
7 Daseinsvorsorge erfolgreich wieder kommunalisiert worden. Nicht selten haben dabei
8 Bürgerinitiativen und Bürgerentscheide eine entscheidende Rolle gespielt.

9 DIE LINKE setzt auf Privatisierungsbremse statt Schuldenbremse. Wir werden uns an keine
10 Regierung beteiligen oder sie tolerieren, die öffentliche Infrastruktur privatisiert.

11 • Wir wollen, dass die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen ebenso gestoppt wird
12 wie alle PPP-Projekte (Public Private Partnership). Es muss wieder Regel werden:
13 Öffentliche Einrichtungen werden in öffentlicher Verantwortung betrieben.

14 • Einwohnerinnen und Einwohner in allen Bundesländer sollen Privatisierungen mit
15 Volksentscheiden verhindern können.

16 • Wir wollen die elementare Daseinsvorsorge wie Gesundheitsdienste, Wohnungen, Bildung,
17 Jugendhilfe, Kultur, Energie, Wasser, Öffentlichen Personennahverkehr, Fernverkehr und
18 Abfallentsorgung in öffentlicher Hand organisieren.

19 • Der öffentliche Dienst und die öffentlichen Unternehmen sollen sich am gesellschaftlichen
20 Bedarf orientieren. Unter anderem heißt das: Es wird kein Personal mehr abgebaut.
21 Verwaltungen werden entsprechend dort umgebaut, wo der Bedarf sich geändert hat.

22 • Der öffentliche Dienst ist Vorbild in Sachen Ausbildung. Der Anteil von Beschäftigten mit
23 Migrationshintergrund soll erhöht werden, auch um dort, wo es den Bedarf gibt, die
24 Mehrsprachigkeit in der Verwaltung zu gewährleisten.

25 • Privatisierte Bereiche der Daseinsvorsorge sollen rekommunalisiert werden. Auf Bundes-
26 und Landesebene sowie in den Kommunen wird sich DIE LINKE für eine
27 Privatisierungsbremse einsetzen. Wir wollen in den jeweiligen Verfassungen verankern,
28 dass öffentliches Eigentum nur privatisiert werden kann, wenn die Bürgerinnen und Bürger
29 zuvor dem Vorhaben in einem Volksentscheid zugestimmt haben.

30 • Privatisierte Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sollen in nicht-kommerzielle
31 Trägerschaften überführt werden.

-
- Die Beschäftigten in der Verwaltung, öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen müssen Einfluss auf deren Entwicklung nehmen können, also an Entscheidungen in den Einrichtungen und Unternehmen direkt beteiligt werden.

Öffentliches Eigentum zu privatisieren bedeutet den Verlust an Transparenz, öffentlicher Einflussnahme und Mitentscheidung an der Entwicklung kommunaler Dienstleistungen sowie an öffentlicher Kontrolle. Nur öffentliche Unternehmen und öffentliches Eigentum bieten die Chance einer demokratischen Kontrolle und Mitbestimmung durch Bürgerinnen und Bürger sowie Beschäftigte. Öffentliches Eigentum und Bürgerbeteiligung gehören zusammen. Bürgerinnen und Bürger sind von Anfang an in kommunale Entscheidungen einzubeziehen. Es muss öffentlich diskutiert werden, welche Aufgaben und Angebote in öffentlicher Verantwortung erledigt und hergestellt werden.

Eine Demokratie funktioniert nur, wenn sie die Ziele demokratischer Mehrheiten auch gegenüber wirtschaftlicher Macht durchsetzen kann. Die gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten des Volkes müssen den Unternehmen die Ziele des Wirtschaftens und einen klar definierten Handlungs-Rahmen vorgeben. Deshalb treten wir für eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung ein. Der Finanzsektor muss demokratisch kontrolliert werden. In Zukunft sollen alle Banken dem Gemeinwohl dienen. Deshalb ist es geboten, die privaten Großbanken zu vergesellschaften. Denn gerade sie sind es, die mit ihrer Macht Staaten erpressen und gegeneinander ausspielen. Das Thema Wirtschaftsdemokratie gehört ebenso auf die Tagesordnung. Wer den Unternehmen und den Finanzfonds freie Hand lässt, verhindert Demokratie. Genau dies erleben wir jetzt täglich. Jedes einzelne Unternehmen muss bei seinen Entscheidungen der Sozialpflichtigkeit des Eigentums gerecht werden.

Wir wollen private Banken vergesellschaften, den Finanzsektor öffentlicher Kontrolle unterwerfen und strikt regulieren: den privaten Bankensektor in die öffentliche Hand überführen und, entsprechend den Sparkassen, auf das Gemeinwohl verpflichten (vgl. Kapitel II).

Die Wirtschaft wollen wir demokratisieren: Belegschaften sollen sich an den großen Unternehmen beteiligen können; staatliche Hilfen werden nur im Tausch gegen entsprechende Eigentumsanteile der öffentlichen Hand und der Belegschaften vergeben; Verstaatlichungen oder Teilverstaatlichungen sind mit demokratischer Kontrolle und mehr Mitbestimmung zu verbinden. Um solidarische Ökonomie zu unterstützen müssen

1 Genossenschaften stärker gefördert werden, auch mit dem Instrument der
2 Arbeitsmarktpolitik.

4 **Für bezahlbare Mieten: Spekulation mit Wohnraum stoppen**

5 Dass alle Menschen ein Zuhause haben, sollte selbstverständlich sein. Aber die Versorgung
6 mit Wohnungen wird schlechter, Wohnen wird ein Vorrecht für Bessergestellte: Es fehlen vier
7 Millionen Sozialwohnungen und 70 000 Wohnungen für Studierende. Die Mieten sind
8 bundesweit im letzten Jahr um über acht Prozent gestiegen. Jede/r vierte Mieterin oder
9 Mieter sucht eine billigere Wohnung. Der Wohnungsmarkt ist fest im Griff der
10 Finanzspekulanten.

11 In den Metropolen kämpfen Initiativen gegen die „Gentrifizierung“, gegen die Verdrängung
12 einkommensschwacher Anwohner. Mieterinnen und Mieter werden aus ihren Wohnungen
13 vertrieben, um diese nach Sanierung mit hoher Rendite zu vermarkten. Die Bevölkerung
14 ganzer Kieze wird ausgewechselt. Maklerfirmen suchen sich mit halb legalen und illegalen
15 Methoden die lukrativsten Bewerber unter den Wohnungssuchenden. Der Deutsche
16 Mieterbund spricht von einer Zwei-Klassen-Gesellschaft in Ballungsräumen, der soziale
17 Wohnungsbau ist faktisch zum Erliegen gekommen: „reich baut für reich“. Die Wohnungsfrage
18 steht inzwischen im Mittelpunkt der sozialen Auseinandersetzungen.

19 Der Bund hat sich aus dem Sozialen Wohnungsbau zurückgezogen, er verwaltet in der
20 Wohnungspolitik nur noch den Mangel. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung wurde das
21 Thema Wohnungsbau in zwei Zeilen abgehandelt. Die Preisbindung im Wohnungsmarkt wird
22 marginal – auf Kosten vor allem der Haushalte, die wenig Geld haben. Der Wohnungsneubau
23 ist innerhalb der vergangenen 20 Jahre auf ein Drittel geschrumpft. Kommunale
24 Wohnungsbestände werden privatisiert. Die massenhafte Umwandlung in
25 Eigentumswohnungen geht zu Lasten der Mietwohnungen, in Großstädten liegt die
26 Umwandlungsquote teilweise bei 50 Prozent. Da die Mietrechte ständig verschlechtert
27 wurden, können die Mieten von den Eigentümern nach oben getrieben werden.

28 Die Finanzkrise verschärft diese Entwicklung. Nachdem die Blasen auf den Weltfinanzmärkten
29 geplatzt sind, werden sichere Anlagen gesucht. Finanzinvestoren kaufen in großem Stil
30 Sozialwohnungen auf, um sie dann mit dem Ziel einer maximalen Rendite zu betreiben. Sie

1 suchen unsanierte Wohnungen im unteren Preissegment, die nach Sanierung teuer vermietet
2 oder verkauft werden.

3 Es ist höchste Zeit, dem entfesselten Treiben auf den Wohnungsmärkten den Riegel
4 vorzuschieben. Das Grundrecht Wohnen darf nicht den Marktgesetzen und Finanzrenditen
5 geopfert werden.

6 • Wir wollen das Mietrecht umbauen: Der Mietspiegel muss sich an allen Bestandsmieten
7 orientieren. Die Ausrichtung an den teuren Neu-Abschlüssen (Bestandsmieten der letzten
8 vier Jahre) muss gestoppt werden. Neu-Verträge sind zu deckeln: mit einer Obergrenze von
9 zehn Prozent über dem Mietspiegel. Grundsätzlich darf die Miete nur erhöht werden, wenn
10 der Wohnstandard verbessert worden ist.

11 • Wir wollen die Spekulation bekämpfen mit einer Zehn-Jahres-Haltefrist beim Erwerb von
12 Wohneigentum. Die Steuerfreiheit bei Verkauf nach zehn Jahren ist abzuschaffen.

13 • Wir wollen den Sozialen Wohnungsbau in neuer Form als Soziale Wohnraum-Förderung
14 wiederbeleben: als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen (mind. 50
15 000 Wohnungen im Jahr).

16 Der gemeinnützige und Genossenschaftliche Wohnungsbau soll ausgebaut werden, um so
17 den Einfluss der Marktkräfte zurückzudrängen. Es bedarf einer Offensive: Auf Basis einer
18 Investitionszulage des Bundes muss der Neubau auf jährlich 130 000 Wohnungen erhöht
19 werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass genügend alten- und behindertengerechte
20 Wohnungen gebaut werden.

21 • Wir wollen Modernisierungen mieterfreundlich gestalten: Die Umlage für Sanierung und
22 energetische Modernisierung ist deshalb von elf auf fünf Prozent zu reduzieren. Die
23 unbegrenzte Laufzeit der Umlage muss auf den Zeitraum der Amortisierung, verkürzt
24 werden. Die Kosten der energetischen Modernisierung dürfen nicht auf die Mieter
25 abgewälzt werden, die Warmmiete darf nicht steigen. Das Gebäudesanierungsprogramm
26 des Bundes muss von 1,5 auf fünf Milliarden aufgestockt werden.

27 • Wir wollen Makler in die Schranken weisen: Die Maklercourtage ist künftig vom
28 Auftraggeberinnen und Auftraggeber zu zahlen, ihre Höhe ist gesetzlich zu deckeln.

29 • Menschen, die Transferleistungen erhalten oder geringe Einkommen erzielen, dürfen aus
30 ihren Wohnungen nicht verdrängt werden: Zwangsumzüge sind grundsätzlich
31 auszuschließen. Die Übernahme von Kosten der Unterkunft muss den Mieten entsprechen,

die in einfachen und mittleren Wohnlagen verlangt werden. Das Wohngeld muss individualisiert und auf die Bruttowarmmiete bezogen werden, die regionalen Wohngeldtabellen sollen überprüft und angepasst werden.

Gemeinsam lernen: Bildung ist keine Ware

Bildung dient der Emanzipation des Menschen. Sie trägt dazu bei, dass Menschen Ausbeutung und Unterdrückung überwinden können. Dafür muss Bildung demokratisch gestaltet werden. Wir lehnen die Privatisierung und Kommerzialisierung von unterschiedlichen Bildungsbereichen ab. Wir sind gegen die Einflussnahme der Wirtschaft auf Forschungs- und Wissenschaftsentwicklung, gegen Studiengebühren und private Hochschulen. Bildung ist keine Ware!

Oft wird angenommen, mittels mehr Bildung könnten soziale Missstände bekämpft werden. Doch langjährige Beobachtungen zeigen, dass das Bildungssystem die Klassenstrukturen der Gesellschaft aufrechterhält, statt sie aufzubrechen. Die jüngsten internationalen Vergleichsstudien (Pisa) haben dies erneut bestätigt. Damit Bildungspolitik soziale Ungleichheiten nicht verstärkt, sondern dazu beiträgt, sie zu überwinden, sind Veränderungen notwendig: Wir wollen ein inklusives Bildungssystem, das darauf ausgerichtet ist, allen Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihren sozialen und persönlichen Voraussetzungen den bestmöglichen Lernfortschritt zu ermöglichen.

- Wir wollen, dass die Gemeinschaftsschule zur Regelschule wird, in der alle Kinder und Jugendlichen individuell gefördert werden. Mehr Ganztagschulen, kleinere Klassen und mehr Lehrerinnen und Lehrer.
- Chancengleichheit für Migrantinnen und Migranten bedeutet auch besondere Förderung.
- Wir treten ein für ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies Bafög, das sich an der durchschnittlichen Studienzeit orientiert, wie es etwa in skandinavischen Ländern üblich ist.
- Wir wollen Lehr- und Lernmittelfreiheit sichern, Schul- bzw. Prüfungsgebühren in der beruflichen Bildung abschaffen.
- Schulen dürfen keine Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr schließen. Das Gleiche gilt für die direkte Einflussnahme von privaten Unternehmen und Stiftungen.

1 • Wir wollen die religiöse Unterweisung in Schulen als Domäne der Glaubensgemeinschaften
2 abschaffen. Freiwillige Angebote sind an die Randstunden zu verlegen. Wir unterstützen
3 stattdessen einen für alle Schüler und Schülerinnen verpflichtenden gemeinsamen
4 Ethikunterricht.

5 Unsere Ausbildungspolitik orientiert sich am Konzept einer „Guten Ausbildung“ als
6 biografisch betrachtetem Vorläufer „Guter Arbeit“. Sie will das Recht aller jungen Menschen
7 auf ein selbstbestimmtes Leben und auf berufliche Teilhabe an der Gesellschaft sowie das
8 Interesse der Gesamtgesellschaft an qualifizierten, selbstbewussten und selbstbestimmten
9 Menschen gegen die Dominanz der Verwertungsinteressen des Kapitals durchsetzen.

10 • Die berufliche Erstausbildung soll gebührenfrei sein. Alle Auszubildenden in betrieblicher
11 wie in staatlicher Ausbildung haben das Recht auf eine Ausbildungsvergütung.

12 • Unternehmen, die nicht ausbilden, wollen wir mit einer Umlage belegen, mit der wir die
13 Unternehmen unterstützen, die ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung zur Ausbildung
14 nachkommen. Damit soll ein Angebot aus betrieblichen Ausbildungsplätzen zur Verfügung
15 gestellt werden.

16 • Berufliche Bildung ist zunehmend eine Lebensaufgabe. Die Möglichkeit zur regelmäßigen
17 beruflichen Weiterbildung ist daher elementar - für die persönliche Entwicklung des
18 Einzelnen ebenso wie die nachhaltige die Möglichkeit zur Teilhabe am Erwerbsleben.

19 • DIE LINKE setzt sich dafür ein, Unternehmen für die Weiterbildung ihrer Beschäftigten in
20 die Pflicht zu nehmen. Zur Finanzierung können Branchenfonds eingerichtet werden, in die
21 die Betriebe je nach ihrer Leistungsfähigkeit einzahlen. Wir setzen uns für ein
22 Bundesweiterbildungsgesetz ein, das Weiterbildung als öffentliche Aufgabe definiert und
23 einen Rechtsanspruch sichert.

24 • Bildungsberufe wollen wir aufwerten: Die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher soll
25 auf Hochschulniveau stattfinden.

Demokratische Wissenschaften: Forschung für die Welt von morgen

Innovationen und Zukunftstechnologien bestimmen unsere Lebens- und Arbeitswelt von morgen mit. Deswegen sind die Bedingung ihrer Erforschung und Entwicklung keine Angelegenheit von Expertinnen und Experten, sondern eine gesellschaftspolitische Frage. Neue Forschungsergebnisse und Innovationen sollen allen zu Gute kommen und die sozial-ökologische Erneuerung unserer Gesellschaft fördern. Dazu müssen einerseits die Freiheit von Forschung und Lehre vor einseitigen Einflüssen der Wirtschaft geschützt, andererseits die Forschungsförderung auf das Ziel sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit orientiert werden.

- Wir wollen das von der großen Koalition eingeführte Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern aufheben, dass dem Bund untersagt die Bildungseinrichtungen finanziell zu unterstützen, die in Länderhoheit liegen.
- Kommunen und andere öffentliche Verwaltungen, auch Krankenhaus-, Sozial- oder Nahverkehrsträger sollen zu Nachfragern von Forschungsdienstleistungen werden können
- Die Beratungsgremien und Förderstrukturen der Bundesregierung wollen wir um Nichtregierungsorganisationen, Beschäftigtenvertretungen und Gewerkschaften sowie weitere zivilgesellschaftliche Akteure erweitern.
- Wir wollen eine Demokratisierung der Hochschulgremien und stärkere Mitspracherechte für alle Beschäftigten und Studierende.

Gute Wissenschaft braucht gute Arbeitsbedingungen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Daueraufgaben sollten auf Dauerstellen geleistet werden. Die Promotion sehen wir als Einstieg in die wissenschaftliche Berufslaufbahn. Sie sollte in der Regel auf einer tariflichen Stelle absolviert werden, die die Arbeit an der eigenen Qualifikation in der Arbeitszeit ermöglicht.

- Die befristeten Arbeitsverhältnisse müssen in unbefristete überführt werden.
- DIE LINKE fordert eine verbindlich sanktionierte Quotierung in Wissenschaftseinrichtungen, die den Frauenanteil jeder Karrierestufe mindestens sichert.
- Die Zulassung zu Hochschulen muss bundesweit geregelt sein - ohne individuelle Auswahlverfahren. Es darf keine Zugangshürden zum Masterstudium geben und eine

1 reduzierte Prüfungsdichte im Bachelor muss wieder ein selbstbestimmtes Studium möglich
2 machen.

- 3 • Wir wollen die finanzielle Ausstattung pro Studienplatz erhöhen. Die Mittelzuweisung muss
4 sich an den realen Kosten orientieren, um eine bessere Betreuung im Studium zu
5 ermöglichen.

7 **Damit wir leben können, wie wir wollen**

8 Wie wir unseren Alltag gestalten, wen wir lieben, mit wem wir leben, ob wir uns für oder
9 gegen Kinder entscheiden: dies sind private Entscheidungen, die frei gefällt werden sollen –
10 frei von wirtschaftlichen Zwängen und Sorgen und von Vorstellungen über das, was ‚normal‘
11 ist. Die Vorstellungen von Familien von gestern stimmen mit dem Leben vieler Menschen
12 nicht mehr überein. Diese Vorstellungen von gestern stehen auch im Widerspruch zu
13 neoliberalen Modellen, in denen Flexibilität im Vordergrund steht. Selbst in der
14 Regierungspolitik werden sie – zwar nach und nach und halbherzig – aufgegeben.

15 Aber die Politik der Regierung hat neue Spaltungen geschaffen und jene vertieft, die mit der
16 Agenda 2010 entstanden sind: Damit unter anderem mehr Frauen in Erwerbsarbeit kommen,
17 wurde ein Niedriglohnsektor aufgebaut, in dem (meist) schlecht bezahlte Frauen die Arbeit in
18 Haushalt und Pflege und die Kindererziehung erledigen – statt die Erwerbsarbeit zu kürzen,
19 statt die Arbeit zwischen Frauen und Männern gerechter zu verteilen, statt die sozialen und
20 öffentlichen Dienste so auszuweiten, dass mehr Frauen und Männern Familie und Beruf, gute
21 Arbeit und ein gutes Leben vereinbaren können.

22 Statt sozialen Ausgleich zu schaffen und die Bildung für alle Kinder zu verbessern, versucht
23 die Regierung, besonders besser Verdienende zum Kinderkriegen zu animieren. Die
24 Maßnahmen zielen darauf, Leistungsfähigkeit und Erwerbstätigkeit zu steigern, die „stille
25 Reserve“ zu mobilisieren – die Kriegsmetaphern sind kein Zufall. Wir stellen die Menschen mit
26 ihren unterschiedlichen Lebensentwürfen in den Mittelpunkt. Soziale Gleichheit bedeutet
27 keine Gleichmacherei. Damit wir langfristig in einer Gesellschaft leben, in der wir „ohne Angst
28 verschieden sein können“, müssen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen vom Staat
29 gesichert werden und die Menschen gleichen Zugang zum gesellschaftlichen Reichtum
30 haben.

1 Politik für die Mehrheit: Geschlechtergerechtigkeit

Eine Großhandelskauffrau erhält circa 564 Euro weniger Monatsgehalt als ein Mann. In 40 Jahren ergibt das eine Summe von knapp 271 000 Euro. Bei einer Köchin beträgt die monatliche Differenz 210 Euro. Das sind nach 40 Jahren 100 000 Euro. Einer Ärztin entgehen in 35 Jahren 441 000 Euro, nur weil sie eine Frau ist. Wenn wir gleichwertige Arbeiten vergleichen, nämlich die einer Erzieherin und die eines Maschinenschlossers, muss die Kollegin, die sich um den Nachwuchs kümmert, für 231 000 Euro weniger Gehalt arbeiten als der Mann. Das sind stattliche Summen, die entgangene Rentenversicherung und die geringere Lebensqualität noch nicht einmal mit eingerechnet.

Frauen und Männer müssen gleichermaßen an allen gesellschaftlichen Bereichen und Ressourcen teilhaben und vor Diskriminierung und Gewalt geschützt sein – ebenso wie die Menschen, die jenseits der Norm der Zweigeschlechtlichkeit leben. Dazu gehört es, die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern zu verändern und die Strukturen zu beseitigen, die Frauen diskriminieren.

- Die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern kann verändert und gerechter werden, indem wir die Erwerbsarbeitszeit radikal verkürzen und die gesellschaftlich notwendige Arbeit neu verteilen. Im Leben von Männern und Frauen soll genügend Zeit für Erwerbsarbeit, für Familie, die Sorge für Kinder, Partnerinnen und Partner, Freundinnen und Freunde, für politisches Engagement, für individuelle Weiterbildung, Muße und Kultur sein. DIE LINKE tritt dafür ein, dass alle Menschen mehr Entscheidungsspielraum darüber bekommen, wie sie ihre Lebenszeit verbringen.

Berufssparten, in denen überwiegend Frauen tätig sind, sind in der Regel schlechter bezahlt. Im europäischen Vergleich gehört Deutschland zu den Schlusslichtern bei der Gleichstellung der Geschlechter: Obwohl Frauen besser ausgebildet sind als Männer, sind sie im Berufs- und Familienleben in vielerlei Hinsicht benachteiligt. Frauen arbeiten stärker im Bereich der sorgenden, pflegenden und häuslichen Dienstleistungen – bezahlt und unbezahlt, immer zu wenig anerkannt. Dabei sind es gerade diese Arbeiten, welche die Gesellschaft zusammenhalten. Sie sichern und schaffen Wohlstand.

- Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Frauen werden in Deutschland im Durchschnitt 22 Prozent schlechter bezahlt (Gender Pay Gap). Dass Tätigkeiten, die gleichwertig sind, immer noch ungleich bezahlt werden, dieser Tatbestand müsste endlich abgestellt und auf den Müllhaufen der Geschichte gekippt werden.
- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit: Die Eingruppierungskriterien der Tarifverträge müssen nach geschlechtergerechten Kriterien überarbeitet werden.

1 Jede fünfte erwerbstätige Frau und jeder zehnte erwerbstätige Mann arbeiten ausschließlich
2 in Minijobs. Das „Mini“ bezieht sich dabei nicht auf die eingesetzte Arbeitszeit, die oft
3 ausufert. Mini sind die Bezahlung und die Rente im Alter. Wer seine Kinder betreut oder
4 Angehörige pflegt und deshalb länger nicht erwerbstätig sein kann oder nur in Teilzeit, wird
5 im Alter von Armut bedroht sein. Davon sind überwiegend Frauen betroffen.

6 Minijobs als zentrale Stützpfeiler des Niedriglohnssektors sollen mit
7 sozialversicherungspflichtiger Arbeit gleichgestellt werden. Da zwei von drei Minijobs von
8 einer Frau ausgeübt werden, verfestigen sie die geschlechtsspezifische Spaltung des
9 Arbeitsmarktes. Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro soll helfen,
10 den Niedriglohnsektor unterhalb der Armutsrisikogrenze abzuschaffen.

11 DIE LINKE will die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern in allen Bereichen von Wirtschaft
12 und Gesellschaft. Frauen wie Männer brauchen gute Arbeit, die so bezahlt wird, dass sie gut
13 davon leben können. Frauen wie Männer sollen sich gleichermaßen um Kinder, Freunde,
14 Familie, ihre eigene Entwicklung und das menschliche Miteinander kümmern können. Frauen
15 wie Männer sollen in der Politik mitmischen und ihre Erfahrungen einbringen können.

16 Im Gegensatz zur Bundesregierung beschränkt sich DIE LINKE nicht auf Frauenquoten in
17 Vorstandsetagen – LINKE Gleichstellungspolitik richtet sich an alle Frauen, egal ob an die
18 allein erziehende Mutter, Ärztin, Verkäuferin, Abteilungsleiterin oder Auszubildende.

19 Alle Politikbereiche müssen überprüft werden, ob sie die Gleichstellung der Geschlechter
20 befördern oder ihr gar schaden. Das bedeutet unter anderem: Die Frauenerwerbsquote in gut
21 entlohten, unbefristeten und sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen
22 muss gesteigert und die partnerabhängige Leistungsberechnung bei Erwerbslosigkeit beendet
23 werden.

- 24 • DIE LINKE fordert eine Mindestquotierung von allen politischen Mandaten und öffentlichen
25 Ämtern von 50 Prozent sowie ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft.
26 Unternehmen, in welchen Frauen oder Männer in Bezahlung, Aufstieg und Verantwortung
27 benachteiligt sind, müssen verbindlich Gleichstellungsmaßnahmen einführen.
- 28 • Keine staatliche Subventionierung des überholten Familienmodells mit dem Mann als
29 Ernährer und der Frau als Zuverdienerin! Renten-, Steuer-, Sozial- und Familienrecht
30 müssen reformiert werden. Es muss diskutiert werden, wie die Arbeit in Familie und
31 Gesellschaft neu verteilt werden soll. Sorge-Arbeit und personenbezogene

Dienstleistungen (Kinderbetreuung, Pflege) müssen mit besserer Bezahlung und besseren Arbeitsbedingungen aufgewertet werden.

- Wir stehen für eine aktive Anti-Diskriminierungspolitik. Niemand soll in Belastungssituationen alleine für seine oder ihre Rechte kämpfen müssen. Deshalb muss das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz mit einem echten Klagerecht für Verbände verbessert werden.

Bunt und verlässlich: Für eine Familienpolitik, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen

Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen, egal, ob als Lebensgemeinschaft, als Klein- oder Großfamilie, als Ehepaar, als Mehrgenerationenhaushalt oder in anderen Formen der Gemeinschaft. Familie ist, wo Menschen, egal welcher sexuellen Orientierung, füreinander da sind.

- Die tatsächlichen Betreuungs- und Pflegeleistungen, das Zusammenleben mit Kindern sollen steuerlich gefördert bzw. entsprechende Unterhaltszahlungen berücksichtigt werden. Das Ehegatten-Splitting soll abgeschafft werden. Die steuerliche Benachteiligung von Lesben und Schwulen ist zu beenden.

DIE LINKE steht für eine emanzipatorische und zukunftsweisende Familienpolitik. Familienpolitik muss allen Menschen, insbesondere aus einkommensschwachen und mittleren Gesellschaftsschichten, ein gutes, planbares Leben ohne Zukunftsangst ermöglichen. Dafür müssen öffentliche Infrastruktur und soziale Sicherheit wirksam ausgebaut werden. Private Dienstleistungen nutzen nur besser verdienenden Familien - wer sie nicht bezahlen kann, hat Pech gehabt. Öffentliche Dienstleistungen dagegen stehen Allen zur Verfügung und sichern, dass sich Menschen aus unterschiedlichen Teilen der Gesellschaft begegnen; so werden Räume für gemeinsame Erfahrungen geschaffen.

Der notwendige Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung stockt. Die öffentliche und soziale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche wurde weitgehend gestrichen, weil die Kommunen kein Geld haben. Familienleben kann aber nur innerhalb eines leistungsfähigen Sozialsystems funktionieren. Familien müssen von der Gesellschaft unterstützt werden und brauchen soziale Sicherheit. Die Politik der letzten Jahre hat das Gegenteil bewirkt. Wegen des ständigen Sozialabbaus stiegen die finanziellen Belastungen der Familien. Für Kinder blieb und bleibt

1 kaum Zeit. Und für die Kindheit bleibt kaum Zeit: Immer früher beginnt in den Kindergärten
2 und Schulen der Wettlauf, in dem die Kinder fit gemacht werden sollen für den „Ernst des
3 Lebens“. Das bedeutet gleichzeitig, dass ungleiche Ausgangsbedingungen nicht ausgeglichen,
4 sondern verstärkt werden.

5 • DIE LINKE fordert eine bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Ganztagesbetreuung
6 für Kinder, die ihren unterschiedlichen und altersspezifischen Bedürfnissen gerecht wird.
7 Alle Kinder von einem Jahr an haben einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer
8 Kindertagesstätte. Bei der Bereitstellung von Plätzen in Kindertagesstätten gilt der
9 tatsächliche Bedarf und nicht eine beliebig gemittelte Quote. Zudem ist die rechtliche und
10 finanzielle Grundlage für ein flächen- und bedarfsgerechtes ganztägiges Schulangebot zu
11 schaffen.

12 • Kostenlose und hochwertige Essenversorgung für alle Kinder in der gebührenfreien
13 öffentlichen Kinderbetreuung.

14 • Die Betreuungseinrichtungen müssen flexible Öffnungszeiten haben, um die Eltern bei der
15 Herausforderung zu unterstützen, ihren Beruf und ihr Familienleben zu vereinbaren.
16 Gleichzeitig müssen in diesen Einrichtungen die Standards guter Arbeit realisiert werden.
17 Werden die Dienstleistungen ausgebaut, dann muss auch das Fachpersonal aufgestockt
18 werden.

19 DIE LINKE unterstützt Arbeitszeitmodelle, die es Müttern und Vätern ermöglichen, ihren Beruf
20 mit der Familie zu vereinbaren. Statt einer Flexibilisierung von Arbeitszeit, die sich lediglich an
21 den betrieblichen Erfordernissen orientiert, brauchen die Beschäftigten mehr Zeitautonomie.
22 Die Arbeitszeit ist so zu gestalten, dass Mütter und Väter die Möglichkeit haben, ihren Beruf
23 mit Familie, Privatleben und Engagement zu vereinbaren. Um diesem Ziel im Rahmen einer
24 kürzeren Vollzeit für Alle näher zu kommen, ist die Umverteilung der vorhandenen Arbeit über
25 den Weg der kollektiven Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich notwendig.

26 • Eltern brauchen als Beschäftigte mehr Rechte, um trotz Arbeit genug Zeit für ihre Familie
27 zu haben. Das individuelle Recht auf Teilzeitarbeit muss uneingeschränkt gelten und ein
28 Rückkehrrecht auf Vollzeitarbeit eingeführt werden. Für Eltern wird ein besonderer
29 Kündigungsschutz eingeführt, der bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres des Kindes gilt.

30 • DIE LINKE fordert einen flexiblen Elterngeldanspruch von 12 Monaten pro Elternteil (bzw.
31 24 Monate für Alleinerziehende) anstatt Herdprämien wie das Betreuungsgeld. Das

1 Elterngeld soll zu einem sozial ausgestalteten Elterngeldkonto weiterentwickelt werden.
2 Elterngeld soll auch in Teilabschnitten von mindestens zwei Monaten bis zur Vollendung
3 des siebten Lebensjahres des Kindes genommen werden können, und gleichzeitig von
4 beiden Elternteilen. So wird eine möglichst gleiche Aufteilung der Erwerbs- als auch der
5 Erziehungsarbeit zwischen den Eltern begünstigt. Junge Väter sind dabei zu unterstützen,
6 sich mehr um ihre Kinder zu kümmern.

7 • Elterngeld steht allen Eltern zu und darf nicht auf andere Transferleistungen wie Hartz-IV
8 angerechnet werden.

9 • Alleinerziehende benötigen mehr Unterstützung, um ins Berufsleben zurückzukehren sowie
10 gegebenenfalls eine Ausbildung absolvieren zu können. Die Förderung muss ausgebaut
11 werden.

12 Mit geringen finanziellen Mitteln Kinder aufzuziehen, ist in Deutschland schwierig.
13 Kinderarmut nimmt zu; sie ist für eine so reiche Gesellschaft wie unsere eine Schande und für
14 jedes betroffene Kind eine Katastrophe. DIE LINKE will Kindern und Jugendlichen
15 ermöglichen, frei von Armut und Ausgrenzung aufzuwachsen. Es bedarf einer Politik, die
16 Kinder und Jugendliche als eigenständige Bevölkerungsgruppe mit eigenen Rechten und
17 eigenem Anspruch auf Teilhabe an den gesellschaftlichen Ressourcen behandelt. Die Rechte
18 der Kinder sollen gesondert ins Grundgesetz aufgenommen werden.

19 • Mit zahlreichen Wohlfahrtsverbänden setzt sich die LINKE für eine individuelle
20 Grundsicherung für alle Kinder und Jugendliche ein. Sie muss sich am tatsächlichen,
21 verfassungsrechtlichen Existenzminimum der Kinder orientieren. Dieses liegt derzeit bei
22 536 Euro. Als Sofortmaßnahme muss das Kindergeld auf 200 Euro und der
23 bedarfsorientierte Kinderzuschlag auf 220 Euro für unter Sechsjährige, 260 Euro für sechs-
24 bis unter 14-jährige und 300 Euro für 14-jährige und ältere Kinder erhöht werden. Die
25 Hartz-IV-Sätze müssen verfassungsgerecht berechnet und dementsprechend erhöht
26 werden. Das Konstrukt der Bedarfsgemeinschaft muss abgeschafft werden.

27 • Kindern und Jugendlichen muss ein gebührenfreier Zugang zu öffentlichen kulturellen
28 Einrichtungen wie Museen, Bibliotheken, Theatern und Musikschulen ermöglicht werden.
29 Sie benötigen eigene Räume, in denen sie sich abseits von Kosten- und Konsumzwängen
30 treffen und betätigen, kulturelle Vorlieben entwickeln können sowie Unterstützung
31 erfahren. Dabei sind die Partizipation der Kinder und Jugendlichen sowie eine
32 angemessene pädagogische und kulturelle hauptamtliche Begleitung sicherzustellen.

- Wir wollen das Bildungsprogramm gegen Rassismus und für die Akzeptanz von unterschiedlichen Lebensentwürfen stärken.
- Die seit Jahren anhaltenden Kürzungen in der Kinder- und Jugendhilfe müssen von Bund und Ländern rückgängig gemacht werden. Die örtlichen Träger sind in die Lage zu versetzen, ihren gesetzlichen Aufgaben nachkommen zu können und einen wirklichen Schutz und eine Förderung der Kinder und Jugendlichen im Rahmen des Achten Buches Sozialgesetzbuch zu gewähren. In diesem Zusammenhang muss die Kinder- und Jugendhilfe durch einen öffentlichen und fachlichen Diskurs gestärkt und weiterentwickelt werden. Standards für die Ausstattung und Qualität der Angebote müssen entwickelt und umgesetzt werden.

Vielfalt stärken: unterschiedliche Lebensweisen respektieren

- Soziale Rechte und Bürgerrechte gehören untrennbar zusammen. Bürgerrechte müssen für alle Menschen gelten – unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität, Herkunft, Behinderung, Religion und den einzelnen sozialen Verhältnissen.
- Zur rechtlichen Gleichstellung und gesellschaftlichen Akzeptanz der Vielfalt der Lebensweisen gehört die Überwindung der Ungleichbehandlung von heterosexuellen Ehegatten und homosexuellen eingetragenen Lebenspartnerinnen und Lebenspartner. Bisher sind Ehe und Lebenspartnerschaft in den Pflichten (z.B. gegenseitige Unterhaltungspflichten) gleichgestellt, die eingetragenen Lebenspartnerinnen und Lebenspartner werden aber in vielen Bereichen der Rechte, etwa im Steuerrecht, im Adoptionsrecht und der Sozialversicherung weiter benachteiligt. Für DIE LINKE ist die Anerkennung der Vielfältigkeit aller Familienformen und Lebensweisen leitendes Prinzip: Einelternfamilien, Singles, zusammenlebende Freunde, Verwandte, Patchwork-Familien, Wahlverwandtschaften oder auch Paare, die sich gegen Ehe und Lebenspartnerschaft entschieden haben.
- DIE LINKE fordert, alle Lebensweisen rechtlich gleichzustellen. Menschen, die anders als die gesellschaftliche Norm aussehen, leben oder lieben, müssen vor Diskriminierung geschützt werden. Der Staat ist verpflichtet, ein gleichberechtigtes Leben in der Gesellschaft für sie zu sichern.
 - DIE LINKE fordert die Aufnahme des Schutzes vor Diskriminierungen auf Grund der Identität, sexuellen Orientierung und Lebensweise in Artikel 3 Grundgesetz. Um dieses

erweiterte Grundrecht zu garantieren, fordern wir die Einrichtung von Antidiskriminierungsstellen, ein Verbandsklagerecht, die Beweislastumkehr in Verfahren sowie Maßnahmen, die auf einen Wandel des gesellschaftlichen Bewusstseins zielen.

- DIE LINKE unterstützt Transsexuelle in ihrem Kampf um Anerkennung ihrer Lebensformen und Lebensweisen sowie für das Recht zum Geschlechtsübertritt und setzt sich für diejenigen ein, die die Norm der Zweigeschlechtlichkeit und Heteronormativität durchbrechen möchten. Deshalb streitet DIE LINKE für rechtliche Regelungen, die im Interesse der Betroffenen und im fachlichen Austausch mit ihnen entwickelt werden.

- DIE LINKE fordert eine Aufhebung des seit 30 Jahren nahezu unveränderten Transsexuellengesetzes. Durch eine Veränderung des Vornamens- und Personenstandsrechts sollen Rechte für Transsexuelle, Intersexuelle und Transgender geschaffen werden. Zudem dürfen Operationen an Intersexuellen nicht schon im Kindesalter stattfinden, sondern erst dann, wenn sie selbst einwilligungsfähig sind und dem zustimmen.

II Unser Rettungsschirm heißt Solidarität. Für ein demokratisches Europa, gegen Kürzungsdiktate und Sozialabbau

Seit 2007 ist die Weltwirtschaft in der größten Krise seit 80 Jahren. Für alle ist sichtbar: Das Modell des neoliberalen, finanzgetriebenen Kapitalismus ist gescheitert. Der Finanzkapitalismus setzt auf Verschärfung von sozialer Ungleichheit. Er setzt darauf, Löhne und Gehälter zu drücken und die Reichen aus der Finanzierung des Gemeinwesens weitgehend zu entlassen. Die Suche nach kurzfristigen Anlage- und Profitmöglichkeiten ist zum treibenden Moment der wirtschaftlichen Entwicklung geworden. Demokratie gerät als vermeintliches Hindernis für Profitstreben unter Druck.

Maßgebliche Ursache dieser Krise sind Ungleichgewichte in der Außenwirtschaft in Europa: die übermäßigen Exporte der einen führen zur Verschuldung der anderen, die importieren müssen. Am Anfang jeder Krisenlösung steht: Abbau der Ungleichgewichte, steigende Löhne und sozial-ökologische Investitionsprogramme, die Nachfrage steigern, Finanzmärkte regulieren und Vermögende besteuern.

Die Politik der Regierung Merkel hat die Finanzmarktkrise zur Staatsschuldenkrise umgedeutet. Das verkehrt Ursache und Wirkung: Nicht überhöhte Ausgaben und Ansprüche haben die Krise in Europa verursacht. Vielmehr ist der Dreiklang von Umverteilung nach oben, Deregulierung und Privatisierung wesentlich für die Finanz- und Wirtschaftskrise verantwortlich. In Deutschland ist er mit der Agenda 2010 und der Liberalisierung der Finanzmärkte unter rot-grüner Regierung zum Durchbruch gekommen. Große Unternehmen, Banken und Vermögende zahlten immer weniger Steuern. Eine Krisenpolitik, die der Bankenrettung auf Kosten der Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentnerinnen und Rentnern in Europa den Vorrang gegeben hat, hat diese Entwicklung befestigt.

Deutschland hat – unter der Regierung Merkel und zuvor dem Finanzminister Steinbrück – eine zentrale Rolle bei der Verschärfung der Krise gespielt und die Krisenländer wie Europa insgesamt destabilisiert: durch Kürzungsdiktate („Austerität“), die Sozialstaatlichkeit und soziale Gerechtigkeit beschädigen, wird die Logik des neoliberalen Finanzkapitalismus weiter bedient.

DIE LINKE will dagegen

1 | durch kurzfristige Krisen-Interventionen finanzielle und soziale Belastungen von den
2 Menschen abwenden – zu Lasten derjenigen, die die Krise verursacht und mit ihr noch Profite
3 machen;

4 2 | einen alternativen wirtschaftlichen Entwicklungspfad in Europa möglich machen, der
5 weniger krisenanfällig ist und soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt; und sie hat

6 3 | eine langfristig tragfähige Vision für die Zukunft des Projekts der europäischen Einigung.

7 Dafür ist es notwendig, mit der Talfahrt der Löhne, die durch den Niedriglohnbereich in
8 Deutschland angefeuert wird, zu brechen; die Finanzierung eines europäischen
9 Gemeinwesens durch europaweite Besteuerung von Reichtum zu verbessern; die
10 Finanzmärkte und die Banken müssen demokratisch kontrolliert und gesteuert werden. Eine
11 Umverteilung von oben nach unten würde ausreichend Mittel bereitstellen für einen
12 Politikwechsel für mehr soziale Gerechtigkeit: in Deutschland wie in Europa.

- 13 • Eine einmalige europaweite Abgabe in Höhe von **xx Prozent** wird auf jeden Euro Vermögen
14 über eine Millionen Euro erhoben. In allen europäischen Ländern soll eine Millionärssteuer
15 von **75 P**rozent auf jeden Euro Einkommen über eine Million im Jahr erhoben werden.

16 **#??#**

- 17 • Wir setzen uns für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer von mindestens **0,1**
18 **Prozent** ein.

19 DIE LINKE setzt sich gemeinsam mit den europäischen Gewerkschaften und sozialen
20 Bewegungen dafür ein, dass europäische Sozialkorridore definiert und umgesetzt werden:
21 eine Angleichung der Lebensstandards nach unten kann so vermieden werden.

23 **Für einen gerechten Weg aus der Krise: Die Gesellschaft ist** 24 **nicht für die Banken da, sondern die Banken haben der** 25 **Gesellschaft zu dienen**

26 Mit der Deutung, die Krise sei von den Bevölkerungen der am höchsten verschuldeten Länder
27 zu verantworten, ihrem Unwillen härter zu arbeiten und den „Gürtel enger zu schnallen“, wird
28 von den tatsächlichen Ursachen der Krise abgelenkt. Die wirklichen Verursacher und
29 Profiteure der hohen Staatsschulden müssen zur Verantwortung gezogen werden.

-
- 1 • Verschwiegen wird, dass die Rettung der Banken die Staatsverschuldung in die Höhe
2 getrieben hat – es profitieren nicht zuletzt deutsche Banken. Wir wollen aus der
3 Schuldenspirale aussteigen. Schulden, die auf die Bankenrettung und auf Zinszahlungen an
4 die geretteten Banken zurückgehen, sollen gestrichen werden. Die Einlagen der
5 Kleinsparer und das seriöse Kreditgeschäft der Banken sind dabei öffentlich abzusichern.
 - 6 • Wenn Rekapitalisierungen zum Erhalt des wirtschaftlich zentralen Kreditgeschäfts
7 notwendig sind, sollen diese Kosten für die öffentliche Hand ebenfalls durch die einmalige
8 Vermögensabgabe für Millionäre sozial verträglich finanziert werden. Um für künftige
9 Krisen vorzusorgen, befürworten wir die Einführung einer europäischen Bankenabgabe zur
10 Finanzierung eines neuen, verbesserten Einlagensicherungsfonds.
 - 11 • Gleichzeitig soll der Kampf gegen Steuerflucht verschärft werden:
12 Kapitalverkehrskontrollen, automatische Meldepflichten für Banken, Möglichkeit,
13 verdächtige Guthaben einzufrieren, Entzug von Banklizenzen für nicht-kooperative Banken,
14 Verschärfung der Strafen für Steuerhinterziehung.
 - 15 • Kurzfristig muss die öffentliche Kreditaufnahme von der Diktatur der Finanzmärkte befreit
16 werden. Es ist nicht einzusehen, dass sich Banken billig bei der Europäischen Zentralbank
17 (EZB) Geld leihen können, um es anschließend teuer an die Staaten weiter zu verleihen.
 - 18 • Die Europäische Zentralbank soll die Staaten in der Eurozone in einem festgelegten
19 Rahmen direkt finanzieren.
 - 20 • Die Programme zum Sozialabbau und Kürzungen in der Europäischen Union werden
21 umgehend gestoppt.
- 22 Dass die Banken sich verselbständigt haben, hat in die Finanzkrise geführt; die Rettung der
23 Banken durch die Staaten und ihre nachfolgende Zinspolitik hat die Staatsschuldenkrise in
24 den europäischen Staaten beschleunigt. DIE LINKE steht dafür, dass die Banken in die
25 Verantwortung genommen werden.
- 26 Der Bankensektor ist mittelfristig umzubauen. Die Aufgaben und Funktionen müssen neu
27 gefasst werden: Sie müssen zuallererst einen zuverlässigen und kostengünstigen
28 Zahlungsverkehr inklusive einer entsprechenden Bargeldversorgung sicherstellen. Zweitens
29 müssen Banken auf die Rolle als Kapitalsammelstellen begrenzt werden, die für Sparerinnen
30 und Sparer sichere, verständliche und nachhaltige Sparmöglichkeiten bieten, statt mit
31 deren und bankeigenem Geld riskante Geschäfte zu tätigen. Drittens müssen Banken ihre
-

1 Finanzierungsfunktion erfüllen, indem sie die Investitionen der Unternehmen und des
2 Staates zu annehmbaren Bedingungen über Kredit finanzieren. Das Ziel muss sein, den
3 Finanzsektor in seinem Volumen erheblich zu schrumpfen und seine ökonomische wie
4 politische Machtposition zurückzudrängen.

5 • Um das Bankensystem wieder funktionsfähig zu machen, müssen erst einmal alle
6 Verlustrisiken, die noch in den Bankbilanzen stecken und unter anderem die
7 Kreditvergabe erschweren, offengelegt werden. Dazu müssen die gefährdeten
8 Vermögenswerte der einzelnen Banken zu Marktpreisen in separate Einheiten
9 ausgelagert werden. Wo derzeit keine Marktpreise zu ermitteln sind, müssen die
10 „Schrottpapiere“ zum Preis von Null bewertet werden. Ein kontrollierter Konkurs unter
11 Sicherung der Spareinlagen privater Sparer ist dabei in Kauf zu nehmen.

12 • Die Einkommen von Managern sollen fest an die Einkommen einfacher Beschäftigter
13 gebunden werden. Deshalb fordert DIE LINKE, dass ein Managereinkommen das
14 Zwanzigfache eines sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in der untersten
15 Gehaltsgruppe nicht überschreiten darf.

16 • Die privaten Rating-Agenturen sind abzuschaffen und durch eine öffentliche, europaweite
17 Behörde zu ersetzen. DIE LINKE fordert die Einführung eines Finanz-TÜVs, den
18 Finanzinstrumente passieren müssen.

19 Die Banken müssen stärker reguliert werden, risikoreiche Spekulationen sind
20 auszuschließen. Das Investmentbanking ist als Geschäftsfeld abzuwickeln. Das
21 Finanzsystem braucht keine Spielbanken. Modell des neuen Finanzwesens sind Sparkassen
22 und Genossenschaftsbanken; die so zu schaffenden Banken werden wie die Sparkassen
23 aufs Gemeinwohl verpflichtet.

24 • Außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Derivate, Hedgefonds und Private-Equity-
25 Gesellschaften müssen aufgelöst werden.

26 • Privat- und Landesbanken wollen wir verkleinern und effektiver öffentlicher Kontrolle
27 unterstellen.

28 • Dispo-Zinsen sind auf höchstens fünf Prozent oberhalb des Zentralbankzinssatzes zu
29 begrenzen.

30 Banken zu regulieren kann nicht durch die Banken selbst geschehen. Sie müssen
31 demokratischen Kontrollinstanzen unterworfen werden.

- In die Gremien gehören nicht nur „Expertinnen und Experten“ oder Politiker, sondern auch Gewerkschaften, Sozialverbände, Verbraucherschutz- und Umweltverbände und andere zivilgesellschaftliche Akteure. Solche Organe prüfen und kontrollieren nicht nur die Geschäftstätigkeit, sie haben auch eine Verantwortung, zur Weiterentwicklung der Geschäftsstrategie beizutragen.

Neustart für Europa: demokratisch und sozial

Wir wollen eine Europäische Union ohne Ausgrenzung und Armut, eine EU, in der gut entlohnte und sozial abgesicherte Arbeit und ein Leben in Würde für alle gesichert sind. Sozialstaatlichkeit muss zu den Werten und Zielen der EU gehören und höchste Priorität bei der Umsetzung aller EU-Politiken haben. Die Regierung Merkel hat beim Krisenmanagement die Demokratie in Europa ausgehöhlt. Statt die Finanzmärkte zu regulieren, werden die gewählten Parlamente in ihren Entscheidungsmöglichkeiten beschränkt. Auch Sozialdemokraten und Grüne stimmten der Ratifizierung des Fiskalpaktes zu. Damit werden künftig Sachzwänge etabliert, die die Handlungsspielräume für eine andere Politik enorm einschränken und als Begründung für mehr Sozialabbau und Privatisierung genutzt werden. Ansprüche von Beschäftigten, Gewerkschaften, Erwerbslosen und sozial Benachteiligten werden als unberechtigt und unangemessen dargestellt. Im Kampf um die Neuausrichtung der EU geht es gleichzeitig auch um grundlegende gesellschaftliche Entwicklungen in den Mitgliedsstaaten, auch in der Bundesrepublik.

Die Krise in Europa ist auch Ergebnis einer falsch ausgerichteten Konzeption der Europäischen Union: Der Schwerpunkt lag von Beginn an auf einer Wirtschafts- und Währungsunion, einer Freizügigkeit des Kapitals und der Wettbewerbsvorteile der wirtschaftlich starken Länder. In der Vergangenheit sind Versuche gescheitert, gemeinsame soziale Standards oder Korridore zu definieren. Beides führt dazu, dass Einige den Kampf um Europa zu Gunsten der nationalstaatlichen Regulierungen nach hinten stellen wollen. Gleichzeitig werden auf der europäischen Ebene verstärkt und beschleunigt Entscheidungen getroffen, die die Handlungsspielräume für nationalstaatliche Politik verringern. Für die LINKE stellt sich keine Entscheidung für oder gegen das eine oder andere – wir werden die Auseinandersetzungen auf allen Ebenen führen.

1 DIE LINKE steht für einen Neuanfang in Europa: Demokratie und europäische Sozialstandards
2 müssen neu gegründet und ein Einstieg in einen neuen Entwicklungspfad gefunden werden:
3 ökologisch und sozial.

4 • Wir wollen, dass in der EU Lohndumping bestraft wird und nicht wie bisher die
5 Bemühungen, den Lebensstandard zu verbessern und höhere Löhne zu vereinbaren. Lohn-,
6 Steuer- und Sozialpolitik müssen in diesem Sinne aufeinander abgestimmt werden.

7 • Um mit dem finanzgetriebenen Kapitalismus zu brechen, bedarf es eines Neustarts in eine
8 demokratisch kontrollierte wirtschaftliche Entwicklung. Auch der DGB fordert einen
9 „Marshall-Plan für Europa“.

10 • DIE LINKE fordert ein Investitionsprogramm, das vor allem auf qualitatives Wachstum im
11 Bereich öffentlicher und sozialer Dienstleistungen und sozial-ökologische Konversion setzt.

12 Die Europäische Union muss zu einer tatsächlich demokratischen, sozialen, ökologischen und
13 friedlichen Union werden. Die Vertragsgrundlagen der Europäischen Union sind dafür nicht
14 geeignet.

15 • Die Verfassung in Europa muss die Mitgliedstaaten auf die Förderung von Wohlfahrt und
16 Wohlstand für alle verpflichten. Die Europäische Sozialcharta soll als verbindlich in den
17 Europäischen Verfassungsvertrag integriert werden. Ein Europäischer Sozialgerichtshof
18 soll ein Gegengewicht innerhalb des stark an Wettbewerbs-Kriterien ausgerichteten
19 Europäischen Gerichtshofes stiften.

20 • Die Rechte des Europäischen Parlaments und basisdemokratische Elemente in Europa
21 wollen wir stärken – zum Beispiel in der Abstimmung über die europäische Verfassung.

22 • Die Neugründung Europas setzt eine grenzüberschreitende Verständigung von „unten“
23 über die neue Struktur des europäischen Hauses voraus. Ein von der Zivilgesellschaft
24 getragener verfassungsgebender Prozess wird von zahlreichen sozialen Bewegungen und
25 Bürgerinnen und Bürger in Europa eingefordert.

26 • Zur Demokratie gehört, dass die Beschäftigten, Gewerkschaften und andere soziale
27 Bewegungen ihre Kämpfe in Europa koordinieren. Wir wollen auf ein gemeinsames
28 Streikrecht und europäisches Tarif- und Sozialsystem hin arbeiten. Dabei müssen die
29 besonderen deutschen Restriktionen des Streikrechtes beseitigt werden: das Recht auf
30 politischen Streik und Generalstreik muss in ganz Europa umgesetzt werden.

- Die Öffentlichkeit in Europa würde auf diese Weise demokratisiert. Zur Unterstützung bedarf es der Schaffung europaweiter öffentlich-rechtlicher Medien und Plattformen und eines gleichberechtigten Zugangs für politische und soziale Kräfte.

Vieles, was die Freiheits- und Grundrechte betrifft, wird auf europäischer Ebene von Parlament und Rat entschieden und in den Mitgliedstaaten lediglich umgesetzt.

Das Bestreben, gleiche Grundrechtsstandards für alle Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, wird zunehmend vom Europäischen Rat blockiert. Insbesondere die deutsche Regierung drängt, die Märkte in der EU über die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu stellen.

Europol hat weitreichende Befugnisse der Datenerhebung und Speicherung: neben Daten zu Verurteilten und Verdächtigen werden auch Informationen erhoben zu: Kontakt- und Begleitpersonen, darunter bei Ermittlungen zusammengetragenes Material wie Videos und Fotos, aber auch „Lebensweisen“ und „Gewohnheiten“, Datenspuren aller digitalen und analogen Kommunikationsmittel, Stimmprofil, Blutgruppe oder Gebiss. Auch die Speicherkategorien „rassische oder ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen oder die Gewerkschaftszugehörigkeit“ bestehen.

- DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Grundrechte in Europa gestärkt werden: Gegen Profiling und verdachtsunabhängige Datenspeicherung, für eine demokratische Kontrolle der Einhaltung der Grundrechte. im europäischen Haftbefehl und der europäischen Ermittlungsanordnung muss das Recht auf Anwalt und Übersetzer gesichert werden. Die Reisefreiheit muss innerhalb von Europa für alle gelten.

Die EU ist der größte Rüstungsexporteur der Welt, mit einem Weltmarktanteil von 34 Prozent. Trotz der Krise wuchs der Gesamtumsatz der internationalen Rüstungsgeschäfte in den letzten fünf Jahren um ein Viertel. Wir wollen Europa abrüsten. Das betrifft die Produktion und den Export von Waffen – und die Militarisierung der Außengrenzen:

- Frontex, die Agentur zur „Sicherung“ der Außengrenzen, ist und bleibt Symbol der unmenschlichen Abschottungspolitik der EU gegenüber Menschen in Not. Statt Frontex auszubauen sollten wir für eine humane und solidarische Flüchtlingspolitik eintreten.
- Wir wollen die Dublin II Verordnung, die Grundlage für die unmenschliche Asyl- und Abschottungspolitik ist, endlich abschaffen und eine neue Nachbarschaftspolitik begründen.

III Friedlich und gerecht in der Welt

Wir sind mitten in einer Welt der Umbrüche: Die Eurokrise mit ihren globalen Auswirkungen die Notwendigkeit einer globalen Energiewende angesichts des Klimawandels. Politische, wirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeit sowie die Konkurrenz um knappe Ressourcen führen zu Gewalt und Krieg. Große Teile der Weltbevölkerung leiden unter Armut und Hunger, Menschen sterben an behandelbaren Krankheiten, an mangelndem Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Um diese Herausforderungen zu bewältigen, müssen globale friedliche und kooperative Lösungen gefunden werden. Hierfür notwendig sind gewaltfreie Konfliktlösungen, konsequente Abrüstung, eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und internationale Solidarität. Ein erster Schritt wäre das Verbot von Rüstungsexporten und der Umbau der Rüstungsindustrie auf zivile Zwecke, so dass die Arbeit der Beschäftigten nicht im Dienste von Krieg und Zerstörung steht.

Die Bundesregierung antwortet vor allem mit dem Blick auf nationale Interessen und mit militärischer Logik. Auslandseinsätze der Bundeswehr, EU-Militäreinsätze, die militärische Sicherung von Handelswegen und der Export von Waffen gehören zu den Mitteln der deutschen Außenpolitik. Das gilt für die jetzige schwarz-gelbe Regierung genauso wie für SPD und Grüne.

DIE LINKE steht als einzige Partei in Deutschland für eine friedliche internationale Politik. Gewalt als Mittel der Politik lehnen wir ab. Die Vermeidung und Bearbeitung von Konflikten muss an den Ursachen ansetzen. Diese liegen oftmals in den ungerechten Wirtschaftsbeziehungen, an denen auch Deutschland beteiligt ist. Ein gerechtes Weltwirtschaftssystem dient dem Frieden.

Die Internationale Politik der LINKEN dagegen beruht auf drei Grundüberzeugungen:

1 | Menschenrechte sind universell und unteilbar. Alle Menschenrechte – einschließlich der sozialen und kulturellen – müssen uneingeschränkt für alle Menschen gelten. Das Internationale Recht und das Gewaltverbot der Charta der Vereinten Nationen sind für uns Prinzip und Grundlage in den internationalen Beziehungen.

2 | Gerechtigkeit kann nicht auf Deutschland begrenzt sein. Wir wollen gute Arbeit, guten Lohn und gute Rente für alle Menschen.

3 | Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Wir lehnen alle Kampfeinsätze der Bundeswehr und
Waffenexporte ab. DIE LINKE wird sich nicht an einer Regierung beteiligen, die Kriege führt
und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt.

Diese drei Punkte gehören zusammen: Die ungerechte und allein auf eine Steigerung des
Gewinns ausgerichtete Handelspolitik des Westens treibt Armut und Hunger in weiten Teilen
der Welt voran. Der Kampf für Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit ist oft auch ein
Kampf für Entwicklung und für eine friedlichere Form der Konfliktlösung. Und niemand kann
glaubwürdig für demokratische Menschenrechte andernorts eintreten, wenn er die sozialen
Menschenrechte im eigenen Land mit Füßen tritt.

Das Internationale Recht stärken und Menschenrechte friedlich durchsetzen

DIE LINKE ist die Partei des Völkerrechts. Für DIE LINKE sind die Vereinten Nationen das
zentrale Organ für die friedliche Verständigung zwischen den Staaten und Gesellschaften. Die
Schwächung der Vereinten Nationen durch Bündnisse wie die NATO oder „Koalitionen der
Willigen“, die eine friedliche Beilegung von Konflikten behindern und immer häufiger auf
militärische Gewalt anstelle von Dialog und Verhandlungen setzen, muss beendet werden.
Das Prinzip des Gewaltverbotes, wie es die UNO-Charta vorsieht, muss gestärkt werden.

Auch die weltweite Achtung und Durchsetzung der Menschenrechte ist dem Gewaltverbot
bzw. dem Gewaltmonopol der UNO-Charta untergeordnet. Wir stellen uns gegen jeden
Versuch, Menschenrechte gegen das Völkerrecht auszuspielen und sie als Kriegsbegehrung
zu missbrauchen, wie es alle Bundesregierungen der letzten 15 Jahre getan haben.

Wir fordern alle Menschenrechte für alle Menschen ein, ohne Ausnahme und doppelte
Standards. Menschenrechte dürfen nicht als taktische Manövriermasse genutzt werden, um
den Einsatz von Militär zu rechtfertigen – so wie es alle anderen Parteien tun. Gleichzeitig
verweigert die Bundesregierung die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum Internationalen
Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, das Einzelpersonen bei Verletzung
dieser Menschenrechte den Beschwerdeweg bei den Vereinten Nationen ermöglicht.

1 Wir wollen die Stärkung und Demokratisierung der Vereinten Nationen erreichen. Die UN-
2 Gremien müssen effektiver gestaltet und finanziell besser gestellt werden. Die Legitimität des
3 Sicherheitsrates soll erhöht werden.

- 4 • Wir setzen uns deshalb für eine stärkere Repräsentanz afrikanischer und
5 lateinamerikanischer Staaten ein und für die Gleichberechtigung der
6 Sicherheitsratsmitglieder. Ein ständiger deutscher oder ein europäischer Sitz im UN-
7 Sicherheitsrat steht dem entgegen und werden deshalb von uns abgelehnt.
- 8 • Die Generalversammlung, in der alle Mitglieder der Vereinten Nationen vertreten sind,
9 muss mehr entscheiden können.

11 **Soziale Gerechtigkeit global**

12 Die Schere zwischen Arm und Reich geht nicht nur in Deutschland immer weiter auseinander.
13 Weltweit hungern über eine Milliarde Menschen, mehr als zwei Milliarden leben von weniger
14 als zwei Dollar am Tag. Dagegen werden die wenigen Reichen immer reicher.

15 Gerechtigkeit in den internationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen ist deshalb immer
16 auch eine direkte Vorbeugung von Armut, Gewalt und Krieg. „Entwicklungshilfe“ ist oftmals
17 an erpresserische Strukturreformen geknüpft und verhindert eigenständige Entwicklung.

18 Dagegen stehen wir für eine internationale Solidarität, in der wir die ungerechten weltweiten
19 Wirtschaftsbeziehungen so verändern wollen, dass reale Entwicklungschancen für die
20 Menschen entstehen. DIE LINKE ist solidarisch mit den Menschen, die weltweit für ihre
21 demokratischen Rechte auf die Straße gehen; mit den Bewegungen, die für bezahlbare
22 Lebensmittel, bessere Arbeitsbedingungen und für Gerechtigkeit und Frieden demonstrieren.

23 Ein sparsamer Umgang mit knappen Ressourcen und die Umstellung auf erneuerbare
24 Alternativen hier in Deutschland ist auch eine Frage globaler Gerechtigkeit – und trägt dazu
25 bei, Ressourcenkonflikte zu vermeiden.

26 Die Herausforderungen, die der Klimawandel für Landwirtschaft, Wasserressourcen und
27 Lebensräume hat, müssen solidarisch und global gelöst werden. Die, die am stärksten unter
28 den Folgen leiden, benötigen besondere Unterstützung.

- 1 • Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, die regionale Wirtschaftsbündnisse unterlaufen oder
2 gefährden, müssen beendet werden. Es dürfen nicht länger neoliberale
3 Strukturanpassungen erzwungen werden.
- 4 • Der Import von Agro-Sprit (biologische Kraftstoffe) muss verboten werden, weil er die
5 Ernährung der Menschen im globalen Süden gefährdet. Die Aneignung von großen
6 Landflächen in ärmeren Ländern (landgrabbing) muss an strenge Kriterien geknüpft und so
7 reguliert werden, dass die Einkommens- und Ernährungssicherheit der Menschen
8 gewährleistet und ökologisch vertretbar ist.
- 9 • Die internationalen Finanzmärkte müssen reguliert und insbesondere die Spekulation mit
10 Nahrungsmitteln verboten werden.
- 11 • Die deutschen Gelder für Entwicklungszusammenarbeit müssen endlich auf die
12 international zugesagten 0,7 Prozent des Bruttoinlandproduktes angehoben werden.
- 13 • Rohstoffe müssen angemessen bezahlt werden, um die Einnahmen der rohstoffreichen
14 Länder des Südens zu erhöhen. Gleichzeitig soll durch eine Verteuerung der Rohstoffe
15 auch eine ressourcensparende Produktion forciert werden. Die Verarbeitung von
16 Rohstoffen in den Herkunftsländern muss gezielt gefördert werden, um einen Teil der
17 Wertschöpfung in den Herkunftsländern zu belassen.
- 18 • Deutsche Konzerne müssen zur Wahrung sozialer und demokratischer Rechte weltweit
19 verpflichtet werden. Mit gesetzlichen Regelungen, deren Einhaltung unabhängig überprüft
20 wird und mit Transparenz kann verhindert werden, dass in Deutschland Waren verkauft
21 werden, die unter unmenschlichen Bedingungen in armen Ländern geerntet, abgebaut
22 oder produziert wurden.
- 23 • DIE LINKE fordert hierfür z.B. eine gesetzliche Verpflichtung zur Offenlegung aller
24 Zulieferer für deutsche Firmen. Das gilt für die Rohstoffe wie für die Produktion selbst, für
25 die Baumwolle in T-Shirts wie für die Arbeitsbedingungen der Näherinnen und Näher.

Konflikte friedlich lösen - Auslandseinsätze beenden

28 Wenn die Regierung von „deutschen Interessen“ spricht, sind fast immer wirtschaftliche
29 Interessen wie Rohstoffsicherung oder der Zugang zu Absatzmärkten gemeint. Um diese zu
30 sichern, wird offen der Einsatz militärischer Mittel erwogen. DIE LINKE stellt sich gegen jede

1 imperialistische Politik. DIE LINKE steht für eine konsequente Friedenspolitik. Deutschland
2 und die EU sollen sich weder an bewaffneten Konflikten und Kriegen beteiligen, noch diese
3 direkt oder indirekt unterstützen. Keine Soldaten, keine Waffen, kein Geld für die Kriege
4 dieser Welt!

5 • Wir fordern den sofortigen und vollständigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und
6 die Beendigung aller anderen Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Wir sind auch gegen
7 Polizeieinsätze im Ausland, die Kriege oder autoritäre Regimes unterstützen.

8 • Der Umbau der Bundeswehr in eine Auslandseinsatzarmee muss gestoppt werden.

9 Militärinterventionen werden oftmals mit Verweis auf „Sicherheit“ gerechtfertigt. Sicherheit
10 vor Terroristen oder Sicherheit vor regionaler Destabilisierung, die militärisch hergestellt
11 werden soll. Gegen diesen Begriff von Sicherheit durch Militär stellen wir den Begriff der
12 menschlichen Sicherheit: die Sicherheit vor Hunger, Ausbeutung, Armut und Gewalt. Das
13 Erstarken von extremistischen Gruppierungen und politische wie wirtschaftliche
14 Destabilisierung haben ihre Ursachen fast immer in Ungerechtigkeit und Unterdrückung.
15 Auch die deutsche Außenpolitik trägt daran eine Mitverantwortung. Wir wollen uns dem
16 entgegen stellen und sehen das als politische, vorbeugende Aufgabe, nicht als militärische.

17 • DIE LINKE lehnt eine Verknüpfung von zivilen und militärischen Maßnahmen ab. Mit „zivil-
18 militärischer Kooperation“ und „vernetzter Sicherheit“ wird die zivile Hilfe
19 instrumentalisiert, um die wachsende Militarisierung der Außenpolitik in ein humanitäres
20 Mäntelchen zu kleiden.

21 • Zivile Instrumente, die Konflikten vorbeugen und den Ausbruch von Gewalt bei
22 bestehenden Konflikten verhindern können, müssen gestärkt werden. Hierzu müssen
23 Konfliktursachen erkannt und benannt werden. Deutschland muss auf eine zivile
24 Friedensmacht „umgerüstet“ werden und die Kapazitäten für die zivile Konfliktbearbeitung
25 müssen massiv erhöht werden. Die Rolle der UNO in der Konfliktprävention, so wie sie in
26 der Charta der Vereinten Nationen verankert ist, muss wieder gestärkt werden.

27 • Wir wollen die Mittel für den Zivilen Friedensdienst auf jährlich 100 Millionen Euro
28 aufstocken. Aus diesen Mitteln kann die Zahl der Friedensfachkräfte von derzeit 300 auf
29 mindestens 600 verdoppelt werden. Mittelfristig streben wir an, die Zahl der
30 Friedensfachkräfte auf 1000 zu erhöhen. Finanziert werden kann das mit einem Teil der
31 Gelder, die durch den Stopp der Auslandseinsätze der Bundeswehr eingespart werden. Wir

1 machen uns stark für den Aufbau eines europäischen Zivilen Friedensdienstes. Projekte
2 zur Schaffung und dem Ausbau von Kapazitäten und Fachkräften der zivilen
3 Konfliktbearbeitung in den Ländern des Südens sollen umfassend gefördert werden.

4

5 **Frieden schaffen ohne Waffen: Rüstungsexporte verbieten,**
6 **Abrüstung vorantreiben**

Im Jahr 2009 standen 135 Länder auf der Empfängerliste deutscher Rüstungsexporte. Allein im Jahr 2009 sind Genehmigungen für Rüstungsexporte im Gesamtwert von 6,9 Milliarden Euro erteilt worden. Deutschland ist weltweit der drittgrößte Exporteur von Militärgütern. Mindestens 135 von etwa 200 Ländern dieser Welt sind ganz legal Kunden der deutschen Rüstungsindustrie. Deutschland gehört weltweit zu den größten Herstellern von Kleinwaffen, d.h. von Sturmgewehren, Pistolen und Revolvern. Durch die weltweit etwa 875 Millionen im Umlauf befindlichen Kleinwaffen werden jeden Tag über 1 300 Menschen getötet, d.h. fast jede Minute stirbt ein Mensch durch Kleinwaffen. Bis zu 90 Prozent aller Kriegsoffer sterben durch diese Kleinwaffen.

7 Unsere internationale Politik zielt auf Abrüstung und Entmilitarisierung, langfristig auf die
8 Auflösung der NATO, die Stärkung der UNO und die Etablierung eines zivilen, kollektiven
9 Sicherheitssystems unter Beteiligung von Russland. Zur Vision einer Welt ohne
10 Massenvernichtungswaffen gehört auch konsequente Abrüstung im eigenen Land.

- 11 • Wir fordern ein Verbot aller Rüstungsexporte. Jede Waffe, die Deutschland exportiert, dient
12 der Aufrüstung eines anderen Landes, fördert Unterdrückung und ermöglicht die
13 Kriegsführung anderswo in der Welt.
- 14 • Für die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie müssen durch Konversionsprogramme neue
15 Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Forschung zur Rüstungskonversion sollte mit
16 öffentlichen Geldern gefördert werden.
- 17 • Bildung ohne Bundeswehr! Die Bundeswehr soll nicht mehr in Schulen oder Universitäten
18 für sich werben dürfen. An allen Universitäten soll mit einer Zivilklausel militärische
19 Forschung ausgeschlossen werden.
- 20 • Die letzten noch in Deutschland stationierten US-Atomwaffen müssen sofort abgezogen
21 werden.
- 22 • DIE LINKE setzt sich ein, alle unbemannten Kampfsysteme (bewaffnete Drohnen und
23 Kampfroboter) zu ächten.

- 1 In aktuellen Konflikten muss die Bundesregierung alle nötigen und möglichen Schritte
- 2 einleiten, um zu deeskalieren und eine friedliche Lösung möglich zu machen.
- 3

IV Gesellschaft sozial und ökologisch umbauen und die Wirtschaft demokratisieren

Die Wirtschaftspolitik der Regierung setzt auf Deregulierung und Flexibilisierung: Die wirtschaftliche Entwicklung wird dem globalen Markt überlassen. Wenn die globale Nachfrage einbricht oder transnationaler Konzerne Standorte verlagern, dann wirkt das wie ein Schicksal, das über die Beschäftigten hereinbricht. Wenn die Investitionen nicht nach anderen Kriterien gesteuert werden, verkommt die öffentliche Infrastruktur. Wir stehen dafür, dass die Gesellschaft nicht einfach Anhängsel der Wirtschaft ist, sondern dass Wirtschaft gestaltet werden kann und muss – demokratisch.

Auch die Energiepolitik der Regierung orientiert sich am Profitinteresse und zementiert den finanzgetriebenen Kapitalismus. Sie befördert zentralistische Konzernstrukturen und Megaprojekte ohne wirkliche Einbeziehung der Betroffenen. Sie erweckt den Eindruck, als könne nur die Bevölkerung die Kosten für Klimaschutz und Ökologie tragen, als gebe es dazu keine Alternative. DIE LINKE steht dafür, soziale Gerechtigkeit mit ökologischem Wirtschaften und einer nachhaltigen Lebensweise zu verbinden. Nicht verordnet, sondern als Prozess der gemeinsamen Entscheidung, wie wir leben wollen, wie wir und was wir produzieren wollen. Dabei gehören zusammen: wir müssen die Energieversorgung umbauen und umweltverträgliche und für alle zugängliche Formen von Mobilität entwickeln. Wir brauchen Alternativen zur Rüstungsproduktion und zu nicht umweltverträglichen Produktionszweigen, mit denen die Arbeitsplätze gesichert werden. Demokratie in die Wirtschaft und die Betriebe hinein stärken und Demokratie und Stärkung der Binnennachfrage.

Profitlogik in die Schranken weisen

Das alte industrielle Wirtschafts- und Entwicklungsmodell stößt an ökologische Grenzen. Die einseitige Exportorientierung der Wirtschaft kommt mit den Kürzungsprogrammen in Europa in Schwierigkeiten. Sie bremst zudem die Binnenwirtschaft, weil sie Investitionen in die Infrastruktur verhindert. Die auf den Export orientierten Wirtschaftszweige stoßen an Grenzen. Die Binnennachfrage ist schwach, weil die Löhne in Deutschland zu niedrig sind. Wir wollen eine Wirtschaft, die nicht auf Maximierung von Profiten oder Finanzmarkt-Renditen ausgerichtet ist, sondern auf die sozialen und ökologischen Bedürfnisse der Menschen. Auf

1 mittlere Sicht müssen deshalb die Strukturen in Industrie und der gesamten Wirtschaft
2 umgebaut werden: sie müssen sich stärker daran ausrichten, die Binnennachfrage und sozial-
3 ökologische und öffentliche Dienstleistungen zu fördern. Die Schaffung von guten und gut
4 bezahlten Arbeitsplätzen muss im Mittelpunkt stehen.

5 Die öffentliche Infrastruktur – von Brücken, Schienen, Straßen über Krankenhäuser und
6 Schulen – wird immer schlechter. Es wird das Vorhandene nicht repariert und saniert, in
7 Neues wird nicht investiert. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft beziffert den
8 jährlichen Finanzbedarf für den Bildungsbereich auf über 50 Milliarden Euro. Und es gebe
9 momentan einen Investitionsstau im Umfang von zusätzlich 45 Milliarden Euro.

10 • Wir wollen ein öffentliches Investitionsprogramm, das die Infrastruktur modernisiert und
11 auf ein leistungsfähiges Niveau hebt. Dadurch wird auch die Binnenwirtschaft gestärkt. Die
12 Investitionsförderung soll sich an skandinavischem Vorbild orientieren.

13 • In der Investitionspolitik sollen umweltfreundliche und attraktive Verkehrsträger und -
14 konzepte Vorrang vor dem einseitigen Ausbau von Straßen, Flughäfen und
15 Schnellbahnverbindungen haben. Dies schließt die dauerhafte Aufstockung der
16 Investitionsmittel für die Schiene auf mindestens 2,5 Milliarden Euro pro Jahr und eine
17 Erhöhung der Regionalisierungsmittel ein.

18 • Die Investitionen müssen vorrangig für den Ausbau von öffentlichen Dienstleistungen
19 eingesetzt werden, darunter insbesondere die personennahen. Das bedeutet auch: Es
20 muss für diese Aufgaben mehr Beschäftigte im öffentlichen Dienst geben.

21 Gleichzeitig muss die Dienstleistungsarbeit aufgewertet werden. In keinem anderen
22 Industrieland ist die – vor allem personennahe – Dienstleistungsarbeit im Verhältnis zur
23 Industriearbeit so schlecht bewertet.

24 • Grundsätzlich sind staatliche Fördermaßnahmen von zinsverbilligten Krediten bis hin zur
25 Forschungsförderung an Kriterien für den sozial-ökologischen Umbau und gute Arbeit zu
26 binden. Die gilt auch bei der öffentlichen Vergabe von Aufträgen. Staatliche Krisenhilfen
27 dürfen nur im Tausch gegen entsprechende Eigentumsanteile und Entscheidungsrechte für
28 die öffentliche Hand und die Belegschaften vergeben werden.

29 • Wir wollen mit einem öffentlichen Investitionsprogramm den sozial-ökologischen Umbau in
30 Ganz setzen, unter anderem mit einem sofortigen Bundesprogramm zur energetischen

Gebäudesanierung in Höhe von fünf Milliarden Euro pro Jahr. Die Förderung ist sozial zu gestalten, so dass die Sanierung nicht zu steigenden Warmmieten führt. Darüber hinaus soll der Einsatz von Solarzellen auf Behördendächern in Bund, Land und Kommunen gezielt gefördert werden.

- Wirtschaftsbereiche wie Energie, Wasser, Bildung, Gesundheit, Bildung, Banken, Verkehr oder Wohnungswirtschaft sollen in öffentliche oder genossenschaftliche Hand überführt werden. In einem ersten Schritt müssen alle Verträge über die Privatisierung von öffentlichen und kommunalen Unternehmen offengelegt werden.

Industriepolitik für die Zukunft: Ändern, was wir wie produzieren

Die Investitionsverweigerung und die Orientierung auf Shareholder in der Volkswirtschaft hat sich auch in den Unternehmensstrategien der Industrie durchgesetzt: Produkt- und Marktstrategien fragen kaum nach gesellschaftlicher Nützlichkeit und ökologische Verträglichkeit. So reduzieren Wirtschaftskonzerne selbst im Aufschwung Investitionen und Forschungsausgaben und greifen ihre Eigenkapitalbasis an, nur um den Anteilseignern möglichst hohe Gewinne auszuschütten. Produkte und Dienstleistungen, die dringend benötigt werden, aber nicht kurzfristig profitabel sind, werden nicht entwickelt. Ein Strukturwandel wurde verschlafen – auch von Bundesregierungen, die auf Industriepolitik verzichtete und alles den Marktkräften überlassen wollte. Wir wollen deshalb eine aktive staatliche Industriepolitik, die nicht weiter auf Kostensenkung, Arbeitsplatzabbau und Verdrängungskonkurrenz setzt, sondern dem Gemeinwohl verpflichtet ist.

Es reicht nicht, auf regenerative Energien umzusteigen: der Ressourcen- und Energieverbrauch muss insgesamt sinken. Das richtet sich nicht gegen „die“ Industrie: Wir wollen eine alternative Produktion voran bringen. Eine neue Industriepolitik muss sich folgende Ziele setzen: eine stärkere Konzentration auf den Binnenmarkt, gute Arbeitsplätze anbieten, Voraussetzungen für ein gutes Leben schaffen. Die LINKE kämpft für eine sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaft. Ohne eine öffentliche Finanzierung, ein sozial-ökologisches Investitionsprogramm und die Organisation von gerechten Übergängen wird der Umbau nicht gelingen.

- Die LINKE setzt sich für ein Modellprojekt einer CO₂-freien Fabrik ein: Die CO₂-freie Fabrik zeichnet sich aus durch einen hohen Anteil der Energie- und Brauchwasserrückgewinnung, der Eigenerzeugung erneuerbarer Energien, der Kraft-Wärme-Kopplung und interner Stromspeicher. Effiziente Motoren, Pumpen und Getriebe sparen Energie und Geld. Sozial-ökologische Beiräte, die sich aus Unternehmensvertretern, Beschäftigten, Vertretern der Kommunen und Region, Anwohnerinnen und Anwohner, Verbraucherinnen und Verbraucher und Umweltverbänden zusammen setzen, sollen diesen Umbau fachlich begleiten und mitentscheiden.

Für diesen Umbau der Industrie werden verbindlich ökologische Zielvorgaben und mehrjährige Stufenpläne gesetzt, damit die vorhandenen Effizienzpotenziale zügig ausgeschöpft werden. Der Verbrauch von Rohstoffen und Energie kann so absolut gesenkt werden, Schadstoff- und Treibhausgasemissionen sinken ebenfalls. Ein Instrumentenmix aus Anreizen, Geboten und Transparenz soll die Schonung von Ressourcen belohnen und deren Verschwendung bestrafen.

- Die Unternehmen sollen verpflichtet werden, Energie- und Rohstoffmanagementsysteme zu unterhalten und ihre Ergebnisse öffentlich zugänglich zu bilanzieren. Wir wollen ein Mengenregulierungssystem für ausgewählte Rohstoffe einführen. Damit soll vor allem der Verbrauch von seltenen Ressourcen gesenkt werden und von denen, deren Förderung und Nutzung mit unverträglich hohen ökologischen oder sozialen Belastungen einhergeht.

Allein mit der Steigerung der Ressourceneffizienz können im verarbeitenden Gewerbe bis ins Jahr 2030 etwa 70 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

- Wir wollen die Unternehmensberichterstattung reformieren. In Zukunft müssen der Energie- und Rohstoffverbrauch sowie Beschäftigung und Arbeitsbedingungen fester Bestandteil von Bilanzen und Jahresabschlüssen sein. Eine verpflichtende Offenlegung und externe Kontrolle von Umweltdaten und Sozialstandards sollen sich auch auf Aktivitäten etwaiger Tochterfirmen, Zulieferer oder Auftragsfertiger erstrecken.

- Wir wollen eine Reform der Unternehmensberichterstattung. In Zukunft müssen der Energie- und Rohstoffverbrauch sowie Beschäftigung und Arbeitsbedingungen fester Bestandteil von Bilanzen und Jahresabschlüssen sein. Eine verpflichtende Offenlegung und externe Kontrolle von Umweltdaten und Sozialstandards sollen sich auch auf Aktivitäten etwaiger Tochterfirmen, Zulieferer oder Auftragsfertiger erstrecken.

- Unternehmen werden verpflichtet, die Produktion von Elektrogeräten an dem Standard des jeweils effizientesten Geräts zu orientieren, um die Energieeffizienz kontinuierlich zu verbessern (Top-Runner-Modell).
- Die Unternehmen müssen die Produktverantwortung für den gesamten Lebenszyklus eines Produktes übernehmen, ihre Produkte nach ihrer Lebensdauer zurück zu nehmen, zu recyceln und vor allem auch zerstörungsfrei demontierbar zu machen. In Verbindung mit verlängerten Gewährleistungspflichten führt dies zu langlebigeren Produkten, die repariert statt weggeworfen werden.

Wirtschaft demokratisieren: Von der Mitbestimmung zur Selbstbestimmung

Demokratie darf nicht an der Bürotür, am Werkstor oder dem Eingang zum Krankenhaus enden. Wir treten für eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung ein, in der Demokratie auf Wirtschaft ausgedehnt wird, statt dass sie den Anforderungen von Märkten und Konkurrenz untergeordnet wird. Dazu gehört wie beschrieben ein Finanzsektor unter demokratische Kontrolle. Auch auf betrieblicher Ebene muss die Sozialbindung des Eigentums gesichert werden.

Die Ausgestaltung einer sozialen Wirtschaft mit regionalen Wirtschaftskreisläufen muss klaren Maßstäben folgen, die Verteilungsmaßnahmen, demokratische Kontrolle, Teilhabe und Mitspracherechte für alle beteiligten Gruppen umfasst. Hierbei spielen für uns Genossenschaften eine wichtige Rolle, die vor dem Hintergrund der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise eine klare Alternative für ein soziales und nachhaltiges Wirtschaften darstellen. Wir wollen das Genossenschaftsprinzip ausbauen und das Genossenschaftsrecht stärken. Eine Demokratisierung der Wirtschaft ist möglich über erweiterte Mitbestimmungsrechte, Belegschaftsanteile und überbetriebliche Beiräte. Langfristig sollen strukturbestimmende Großunternehmen in gesellschaftliche Eigentumsformen überführt werden; ebenso Unternehmen der Daseinsvorsorge, Finanzinstitute und die Energiewirtschaft.

- Um die paritätische Mitbestimmung der Beschäftigten, die Rechte von Gewerkschaften und Betriebsräten zu verbessern, müssen die Antistreikparagraphen abgeschafft werden.

- Wir wollen das Mitbestimmungs- und das Streikrecht auf Veräußerungen, Übernahmen und Verlagerungen von Unternehmen oder Unternehmensteilen ausweiten und mit den Gewerkschaften gemeinsam das Recht auf politischen Streik durchsetzen.

Dieser Umbau, der auf allen Ebenen erfolgt, wird von Branchendialogen fachlich begleitet und von Branchen-Beiräten koordiniert; in ihnen sitzen Unternehmen, Wissenschaft, Umwelt- und Konsumentenverbände sowie Gewerkschaften. Die Beiräte haben je Ebene besondere Aufgaben: Erstellung von Umbau- und Fortschrittsberichten, fachliche Begleitung von Umbauprozessen, Mitentscheidung über die Vergabe von Fördermitteln. Sie haben auf ihrer jeweiligen politischen Ebene ein Initiativrecht.

- Beteiligungsformen wie Planungszellen und Bürgerpanels sollen entwickelt werden, so dass nicht nur Verbände, sondern auch eine zufällige, aber trotzdem repräsentative Auswahl von Betroffenen aus allen Bevölkerungsgruppen wirksam einbezogen werden
- Wir streben eine Demokratisierung politischer Entscheidungen an: durch Gremien wie Beiräte und Kammern, die nicht nur Beratungs-, sondern auch Initiativrechte haben, sowie die Erleichterung von Bürgerentscheiden auf allen Ebenen.

Die Macht der Monopole brechen: Energieversorgung in die Hände der Bevölkerung

Statt auf internationale Großprojekte zu setzen, die auf Kosten der Menschen vor Ort gehen und die Preise in die Höhe treiben, streitet DIE LINKE für eine Energiedemokratie: demokratisch gesteuert, 100 Prozent regenerativ, regional und dezentral – die Preise sozial gestaltet. Wir setzen uns ein für Re-Kommunalisierungen, für die Neuvergabe der Netzkonzessionen an Stadtwerke oder andere öffentliche Unternehmen, den Aufbau genossenschaftlicher Versorger und dafür dass sich immer mehr Familien Solarzellen aufs Dach oder ein Blockheizkraftwerk in den Keller bauen lassen und Mitglieder von Energiegenossenschaften oder Lieferanten kommunaler Anbieter werden. So bleiben die Preise unter Kontrolle, die Wertschöpfung und die Steuereinnahmen verbleiben in der Region. Viele kommunale und regionale Beispiele zeigen schon jetzt, wie eine Dezentralisierung der Energieproduktion mit einer Demokratisierung von Macht- und Eigentumsverhältnissen verbunden werden kann. . Auf Bundesebene bedarf es entsprechender Vorgaben für die Planung von Trassen und für die Förderung von in erster Linie dezentraler und vollständig

1 erneuerbarer Versorgungsstrukturen. Deshalb muss auch das Erneuerbare-Energien-Gesetzes
2 (EEG) verteidigt und reformiert werden. All diese Punkte können sofort umgesetzt werden.
3 Wenn nötig und wo möglich, schließt das auf mittlere Frist die Entmachtung der großen
4 Stromkonzerne und ihre Überführung in demokratisch legitimierte und kontrollierte Träger
5 ein.

6 Strukturen verändern heißt:

7 • Wir wollen ein schärferes Wettbewerbs- und Kartellrecht für Strom-, Gas- und
8 Mineralölkonzerne schaffen, um die Forderungen gesetzlich notfalls leichter durchsetzen
9 zu können.

10 • Unberechtigte Industrie-Rabatte bei Ökosteuer, Netzentgelten, Emissionshandel oder im
11 Erneuerbare-Energien-Gesetz zu Lasten der Privathaushalte wollen wir zügig abschaffen.
12 Um die dezentrale Energiewende voranbringen, wollen wir Förderprogramme für
13 Kommunen ausbauen, die ihre Energieversorgung in die eigene Hand nehmen wollen.

14 Zentral ist für uns: Um Energiearmut zu vermeiden, muss der Basisverbrauch für alle
15 bezahlbar bleiben; Vielverbraucher sollen mehr bezahlen, um diese Maßnahme
16 mitzufinanzieren. Das ließe sich unmittelbar umsetzen.

17 • Wir wollen die Grundversorgung sicherstellen und Verschwendung eindämmen: Jeder
18 Energieversorger wird dazu verpflichtet, einen Sockeltarif für Strom einzuführen, durch den
19 jeder Privathaushalt ein kostenloses, an der Haushaltsgröße orientiertes Grundkontingent
20 an Strom erhält.

21 • Zahlungsunfähigkeit darf nicht dazu führen, dass Menschen im Dunkeln sitzen oder frieren
22 müssen.

23 • Die Bundesregierung muss ein Konzept für ein effektives staatliches Amt ausarbeiten, das
24 die Energiepreise kontrolliert. Diesem Amt wird ein Beirat zur Seite gestellt, in dem
25 Vertreterinnen und Vertretern von Verbraucher-, Umwelt- und Sozialverbänden und
26 Gewerkschaften sitzen.

27 • Der Ausstieg aus der Atomwirtschaft muss unumkehrbar sein. Deshalb: Atomausstieg ins
28 Grundgesetz. Eine Haftpflichtversicherungspflicht für AKW-Betreiber zwingt Betreiber zu
29 einer realistischen Kostenberechnung und beschleunigt den Ausstieg aus der
30 Hochrisikotechnologie – es muss verhindert werden, dass die öffentliche Hand alle Risiken
31 trägt. Das Atommüllendlager Gorleben akzeptieren wir nicht mehr als

Entsorgungsnachweis für atomaren Müll. Gorleben kommt als Endlager nicht in Betracht; den Schwarzbau des Endlagers werden wir beenden. Auch den Betrieb des bereits genehmigten Endlagers Schacht Konrad lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir eine breite gesellschaftliche und wissenschaftliche Debatte um die Kriterien eines geeigneten Endlagers.

- Wir wollen den Ausstieg aus der Kohlestromversorgung vorbereiten und ein Kohleausstiegsgesetz mit Restlaufzeiten und schrittweisen Abschaltungen bis spätestens 2040 für das letzte Kohlekraftwerk durchsetzen. Wir wollen keine neuen Kohlekraftwerke mehr genehmigen. So wollen wir einen Klimaschutzpfad im Stromsektor vorgeben und Planungssicherheit für Investoren herstellen: Für die Kraftwerksbetreiber, für den Stromtrassen- und Speicherausbau sowie für regenerative Energien und Gaskraftwerke mit der Kraftwärmekopplung Brückentechnologie. Der Emissionshandel hat versagt. Deshalb sind wir für verbindliche Vorgaben.

- Erdgasförderung: Wir wollen ein Verbot der unterirdischen Speicherung von CO₂, Fracking, und eine umfassende Reform des Bergrechts. Bei der Erdgasförderung oder anderen Bereichen des Rohstoffabbaus wollen wir demokratische Mitentscheidungsrechte sichern und den Interessen von Umwelt und Menschen Vorrang vor Wirtschaftsinteressen einräumen.

- Wir wollen die CCS-Risikotechnologie, die dauerhafte Verpressung von CO₂, untersagen.

DIE LINKE hält an ambitionierten Klimaschutzzielen fest: Wir wollen bis 2020 den Treibhausgasausstoß in der Bundesrepublik gegenüber 1990 halbieren; bis 2050 um mindestens 90 Prozent reduzieren. Den Anteil der erneuerbaren Energien an Stromversorgung der wollen wir bis 2020 auf 50 Prozent erhöhen.

Mobilität für alle: flexibel, ökologisch, bezahlbar

„Einen großen Teil meines Lebens verbringe ich im Stau: zwischen Zuhause, Kinder in die Schule fahren, dann zur Arbeit, nach der Arbeit Erledigungen, mit dem Auto zum Supermarkt. Da wir etwas außerhalb wohnen müssen, gibt's kaum Alternativen zum Auto, nicht flexibel genug und zu teuer. Heike, 51, Kreuzbruch, Brandenburg

Mobilität wird immer teurer. Viele werden deshalb von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Die Mobilitätspauschale in den Hartz-IV-Sätzen deckt in vielen Fällen nicht

1 einmal die Kosten eines Sozialtickets ab. Und in vielen Städten, vor allem in Dörfern gibt es
2 kein Sozialticket.

3 Gleichzeitig wird in der Arbeit vorausgesetzt, dass die Beschäftigten mobil sind, auch die Job-
4 Center setzen Mobilität als zumutbar voraus. Investitionen in öffentlichen Nah- und
5 Fernverkehr als Alternative zum Auto werden durch Liberalisierungen und Profitorientierung
6 reduziert, die Qualität gemindert. Auf dem Land ist man fast zwangsläufig auf ein Auto
7 angewiesen.

8 Der Anteil des Verkehrs an den schädlichen CO₂-Emissionen ist auf etwa 20 Prozent
9 gestiegen, Tendenz steigend. Daran ändert auch die Hoffnung auf ein paar Elektroautos
10 nichts, die sich ohnehin nur Wohlhabende leisten können. Auch Biokraftstoffe haben eine
11 negative Ökobilanz, weil sie weltweit Nutzflächen brauchen, die besser für den Anbau von
12 Nahrungsmitteln genutzt werden. Zunehmend werden Flächen versiegelt und Landschaften
13 durch Straßenbau zerstört. Am stärksten steigen CO₂-Ausstoß, Verkehrslärm und
14 Luftschadstoffe aufgrund des LKW-Verkehr und der Luftfahrt.

15 Wir wollen Mobilität für alle! Der öffentliche Verkehr muss barrierefrei ausgebaut werden und
16 die Nutzer erheblich weniger kosten. Wir setzen auf Verkehrsvermeidung, kurze Wege und
17 energiesparende Verkehrsmittel. Statt erzwungener, ungewollter Mobilität wollen wir eine
18 Wiederaneignung des Öffentlichen und der Stadt als Lebensraum.

19 Der öffentliche Personennah- und -fernverkehr sollte unter Einbeziehung von
20 Interessenvertretungen der Fahrgäste, Beschäftigten, Umweltverbände und anderen
21 Betroffenen kooperativ und demokratisch reguliert und betrieben werden. Die intelligente
22 Vernetzung der Mobilität zu Fuß, per Rad, mit Bus und Bahn sowie Leihautos/CarSharing ist
23 eine gute Voraussetzung für neue sozial-ökologische Lebensweisen in den Städten und auf
24 dem Land. Vom Verkehr entlastete, grüne Städte bieten Freizeit- und
25 Erholungsmöglichkeiten, Arbeit und Leben sind räumlich integriert. Die gute Anbindung auf
26 dem Land nimmt den Druck vom Zuzug in die Städte und stabilisiert regionale
27 Wertschöpfungsketten.

28 • Zusammen mit sozialen Initiativen streiten wir für die flächendeckende Einführung von
29 Sozialtarifen und einer Sozial-Bahncard für einkommensschwache Haushalte.

30 • Im ländlichen Raum wollen wir ein flexibles Angebot wie Bürgerbusse oder kostengünstige
31 Anruf-Sammeltaxis, um Leben im ländlichen Raum attraktiver zu machen.

1 Um der neuen Nachfrage nach ökologischen Formen der Mobilität zu entsprechen, müssen
2 die Angebote des Nah- und Fernverkehrs ausgebaut und dabei gute, tarifgebundene Arbeit in
3 öffentlicher Trägerschaft geschaffen werden.

4 Langfristig wollen wir einen entgeltfreien öffentlichen Nahverkehr. Erfahrungen zeigen, dass
5 immer mehr Menschen öffentlichen Verkehr nutzen, wenn er entgeltfrei und steuerfinanziert
6 ist.

7 Die Verkehrswegeplanung ist in den letzten Jahren beschleunigt worden, der Einfluss von
8 Anwohnerinnen und Anwohnern wird so eingeschränkt. DIE LINKE tritt für eine
9 Demokratisierung der Entscheidungen ein: wir wollen die Einrichtung von Bürgerräten auf
10 Bundes-, regionaler und kommunaler Ebene. Diese Beiräte setzen sich zusammen aus
11 Interessenvertreter der Fahrgäste, Beschäftigten, Umweltverbände und Betroffenen
12 Bürgerinnen und Bürgern, um zusammen mit Parlamenten über Anforderungen, langfristige
13 Investitionen und Ausgestaltung der vernetzten Mobilitätsdienstleistungen zu entscheiden.

- 14 • Bei der Planung von Verkehrsprojekten müssen Planungsbehörden die Bürgerinnen und
15 Bürger sowie Interessenvertretungen von Anfang an und stärker einbeziehen und
16 Volksentscheide in einem frühen Stadium möglich werden. Wir wollen eine grundlegende
17 Reform der Bundesverkehrswegeplanung hin zur umweltgerechten Mobilitätsplanung.
- 18 • Um den Pendlerverkehr zu reduzieren, ist ein neues Leitbild der Regionalplanung und
19 Strukturpolitik nötig, das die verschiedenen Lebensbereiche wieder zusammenführt. Im
20 Güterverkehr gilt es, eine intelligente Verknüpfung von Transport- und Logistiksystemen
21 mit Vorrang von Schiene und umweltfreundlicher Schifffahrt zu fördern.
- 22 • Die KfZ-Steuer für neu angeschaffte Fahrzeuge wollen wir auf ökologische Kriterien
23 umstellen. Es muss durchgesetzt werden, dass die Feinstaub- und Stickoxidgrenzwerten
24 auch eingehalten werden. Das steuerliche Dienstwagenprivileg muss schrittweise
25 abgebaut werden.
- 26 • Die Pendlerpauschale muss zunächst sozial gerecht in eine Zulage umgewandelt werden
27 und einen Anreiz zum Benutzen des Umweltverbunds (Öffentlicher Nahverkehr, Fahrrad)
28 bieten.
- 29 • Um Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern, wird die Mehrwertsteuer für den
30 Schienenpersonenfernverkehr sofort auf den ermäßigten Satz von sieben Prozent gesenkt.
31 Es wird endlich eine Steuer auf Flugbenzin eingeführt.

- 1 • Im Güterverkehr sollten sich dessen hohen sozialen und ökologischen Kosten in einer
2 steigenden Mineralölsteuer und einer verbindlichen LKW-Maut niederschlagen sowie in
3 längeren Lenk- und Ruhezeiten für LKW-Fahrerinnen und -Fahrer. Gute Arbeit gilt auch für
4 sie!
- 5 • Eine Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik ist für die Einführung eines
6 Tempolimits von 120 Stundenkilometern auf Autobahnen – setzten wir's um.
- 7 • Die Einführung von Monster-LKWs, so genannten Gigalinern, wollen wir untersagen. An
8 bestehenden Verkehrswegen und Flugplätzen muss Verkehrslärm durch strenge
9 Grenzwerte und aktiven Lärmschutz deutlich verringert werden. Wir treten auch für ein
10 Nachtflugverbot ein.
- 11 • DIE LINKE will den Import von Agrotreibstoffen verbieten, weil er die
12 Nahrungsmittelproduktion in Ländern des globalen Südens verdrängt und so den Hunger
13 befördert. Die Nutzung und Förderung sollte beschränkt werden auf den Einsatz
14 regionaler, reiner Pflanzenölkraftstoffe im Agrarbereich und beim ÖPNV.
- 15 • Zusammen mit sozialen Initiativen wie „Bahn für alle“ setzen wir uns gegen die
16 Privatisierung der Deutschen Bahn und für eine breite demokratische Kontrolle ein, die
17 sich an Wirtschaftlichkeit und den Bedürfnissen der Bevölkerung und nicht an Renditen
18 orientiert. Den Ausbau eines konkurrierenden Busfernnetzes lehnen wir ab.
- 19 Langfristig soll der Schienenverkehrssektor ausschließlich unter öffentlichem Einfluss sein.
20 Der Bund muss den Erhalt und den erforderlichen Ausbau der Schienenwege in vollem
21 Umfang sichern und den Ländern dauerhaft ausreichende Mittel für die Verkehrsleistungen
22 und den Infrastrukturausbau im öffentlichen Personennahverkehr zur Verfügung stellen.

Regionale Entwicklung und gleiche Lebensverhältnisse

25 Gegen die Verflechtungen des globalen finanzgetriebenen Kapitalismus wollen wir eine
26 Strukturpolitik setzen, die regionale Wirtschaftskreisläufe fördert. Nur so können
27 „gleichwertige Lebensverhältnisse“ verwirklicht werden, die auch mit einer erweiterten
28 demokratischen Mitbestimmung und Teilhabe verbunden sind.

- 29 • Netzwerke zwischen regionalen Hochschulen, Gewerkschaften, kleinen und mittleren
30 Betrieben und Genossenschaften sollen gefördert werden. Ein Modell könnten regionale

Struktur- und Wirtschaftsräte sein, wie sie aus gewerkschaftlichen Diskussionen entwickelt worden sind.

- Wir wollen die Regionalvermarktung stärker fördern. Die öffentliche Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge muss verbessert werden sowie die medizinische Versorgung, die kulturellen Angebote und die Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe. Regionale Energiekreisläufe und Bio-Energiedörfer sollen gestärkt, regionale Märkte für Nahrungs- und Futtermittel sollen gefördert werden.
- Wir wollen uns mit einer solchen Politik besonders auf den Osten des Landes und ehemalige Industriezentren konzentrieren.

Gerechtigkeit für die Menschen in Ostdeutschland: Löhne und Renten angleichen

Ziel linker Politik ist es, die soziale und ökonomische Spaltung Deutschlands in Ost und West zu überwinden. Wir wollen den Auftrag des Grundgesetzes und des Einigungsvertrages endlich Wirklichkeit werden lassen. 23 Jahre nach der Deutschen Einheit leben die Menschen in den ostdeutschen Bundesländern mit einer annähernd doppelt so hohen Erwerbslosenquote. Die Einkommenshöhe erreicht lediglich 80 Prozent des Westniveaus. Der Niedriglohnsektor ist doppelt so groß, so dass am Ende des Erwerbslebens die Alterseinkünfte um 18 Prozent niedriger liegen als im Westen. Kinderarmut ist weit verbreitet und die Lebenserwartung von Männern, die im Niedriglohnsektor arbeiten, sinkt.

- Bis zum Jahr 2016 wollen wir für eine Angleichung des Rentenrechts zwischen Ost und West sorgen. Für DIE LINKE ist es völlig inakzeptabel, dass Ostdeutsche nach 45 Jahren durchschnittlichen Verdienstes weniger Rente im Monat erhalten als Menschen im Westen. Deshalb stehen wir für ein gerechtes Rentensystem, dass eine deutliche Verbesserung für die Rentnerinnen und Rentner in Ostdeutschland bringt.

Ostdeutschland braucht eine Zukunftsperspektive, die im sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft liegt.

- Wir wollen die Regionalplanung demokratisieren, die Rolle von Gewerkschaften, Verbänden, Vereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren beim Umbau stärken, regionale Leitbilder entwickeln und gesellschaftlich verankern, um Modellregionen des

- 1 sozial-ökologischen Umbaus zu schaffen. Die Erfahrungsvorsprünge im Osten können bei
2 den anstehenden Strukturreformen in den alten Bundesländern sinnvoll genutzt werden.
- 3 • Die fortschreitende Spaltung insbesondere am ostdeutschen Arbeitsmarkt muss beendet
4 werden. Der Kahlschlag bei der ‚aktiven Arbeitsmarktpolitik‘ muss gestoppt werden. Die
5 bislang erfolgten Kürzungen stellen insbesondere finanzschwache Kommunen vor
6 unlösbare Aufgaben. DIE LINKE fordert deshalb eine Umkehr in der Arbeitsmarktpolitik, in
7 der ‚Gute Arbeit‘ das Leitmotiv auch am ostdeutschen Arbeitsmarkt ist. Die Tarifsysteme
8 müssen funktionieren, Niedriglöhne ausschließen und die Tarifbindung der Unternehmen
9 muss erhöht werden.
 - 10 • Der Solidarpakt II ist der wichtigste Eckpfeiler für die Entwicklung der ostdeutschen
11 Bundesländer und darf nicht angetastet werden. Bereits jetzt muss über mögliche
12 Mechanismen und Instrumente einer Anschlussförderung auch nach 2019 für
13 strukturschwache Regionen in Ost und West intensiv nachgedacht werden.
 - 14 • Im Zuge des sozial-ökologischen Umbaus ist die ‚Gemeinschaftsaufgabe Regionale
15 Wirtschaftsstruktur‘ (GRW) als wichtigstes ostdeutsches Wirtschaftsförderinstrument
16 finanziell langfristig zu sichern. Vorrangig soll in Zukunftsbranchen und
17 Zukunftstechnologien investiert werden. Dies gilt ebenso für die Innovationsprogramme für
18 den ostdeutschen Mittelstand wie ‚ZIM‘ oder ‚Innovationskompetenz Ost‘. DIE LINKE setzt
19 sich zudem für eine Neuauflage der Investitionszulage ein, die vor allem kleinen und
20 mittelständischen Unternehmen zu Gute kommt.
- 21 Insgesamt muss umfangreicher in Wissenschaft und Forschung investiert werden, um so die
22 Innovationsleistungen in Ostdeutschland weiter zu erhöhen.
- 23 • Das für die ostdeutsche Forschungsförderung wichtige Programm „Zwanzig20“, das mit
24 einem Gesamtbudget von 500 Millionen Euro bis zum Jahr 2019 ausgestattet sein soll,
25 muss finanziell auf sichere Beine gestellt werden.
 - 26 • Die Städtebauförderung, Stadtumbauprogramme und das Programm ‚soziale Stadt‘ sind
27 bedarfsgerecht mit entsprechenden Bundesmitteln auszustatten und programmatisch so
28 fortzuentwickeln, dass Städte und Gemeinden in die Lage versetzt werden, die
29 Herausforderungen der demografischen Entwicklung, des Stadtumbaus und der
30 Konversion, des sozialen Zusammenhalts und der Integration sowie des Klimawandels und
31 des energetischen Umbaus zu bewältigen.

- Dazu gehört, dass die ostdeutschen Wohnungsbauunternehmen von den so genannten Altschulden (etwa sieben bis acht Milliarden Euro) befreit werden und diese im Interesse der Mieterinnen und Mieter einerseits und der öffentlichen Unternehmen andererseits gestrichen und durch die bislang profitierenden Banken zu tragen sind. Die freigesetzten finanziellen Ressourcen sollen für eine echte Aufstockung der Städtebauförderung, zur beschleunigten energetischen Sanierung der Wohnungsbestände sowie für deren barrierefreien Umbau verwendet werden.

Den ländlichen Raum lebenswert machen. Natur und Tiere schützen

Abseits der Zentren, landwirtschaftlich geprägt: Ländliche Räume versorgen mit Nahrung, Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten sowie notwendiger Landschaftspflege. DIE LINKE will den ländlichen Raum stärken. Viele ländliche Regionen - vor allem in Ostdeutschland - stecken zunehmend in einer strukturellen Krise: hohe Erwerbslosigkeit, fehlende wirtschaftliche Alternativen, dramatischer Bevölkerungsrückgang, besonders durch die anhaltende Abwanderung junger Leute auf der Suche nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. In Zeiten knapper öffentlicher Kassen wird vielerorts vom Anspruch gleichwertiger Lebensverhältnisse Abschied genommen und Förderung auf Wachstumszentren konzentriert. Strukturschwache ländliche Räume geraten dadurch in weiteren Rückstand.

DIE LINKE hält an der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse fest und tritt für einen solidarischen Ausgleich ein. Wir wollen die flächendeckende Land- und Forstbewirtschaftung stabil erhalten und durch nicht-landwirtschaftliche Gewerbe und Dienstleistungen stärken:

- Agrarförderprogramme sollen sozial und ökologisch ausgerichtet werden. Wir wollen den Ökolandbau fördern und ausweiten, die biologische Vielfalt auf Acker und im Stall soll erhalten bleiben. Der Einsatz von Mineraldüngern und Pflanzenschutzmitteln soll durch verbindliche Übergangsregelungen verringert werden.
- Wir wollen das Recht auf freien Nachbau von Saatgut sichern und treten der Marktmacht von Saatgut und Gentech-Konzernen entgegen.
- Der Kauf von landwirtschaftlichen Flächen durch internationale Konzerne und die Spekulation damit soll unterbunden werden.

1 • Regionale Stoffkreisläufe sollen durch Anbau einheimischer Futterpflanzen und
2 Stickstoffüberschussabgaben verbessert werden. Agro-Gentechnik und Biopatente wollen
3 wir verbieten. Das Gentechnikgesetz und die Kennzeichnung müssen verschärft werden.

4 • Wir unterstützen den Einsatz regionaler Pflanzenölkraftstoffe im Agrarbereich und beim
5 ÖPNV.

6 Wir wollen den Naturschutz stärken und vor Privatisierung schützen:

7 • Mit Ausnahme von Umwelt- und Naturschutzverbänden sollen die geschützten Flächen in
8 öffentlicher Hand bleiben. Der Flächenverbrauch muss reduziert werden und wir wollen
9 mehr unzerschnittene verkehrsarme Landschaftsräume schaffen.

10 • Die Hochwasser- Rückhalteflächen sollen ausgeweitet, der Moorschutz ausgebaut werden.

11 • Für Bürgerinnen und Bürger sowie Umwelt- und Naturschutzverbände wollen wir
12 umfassende Informations-, Beteiligungs- und Klagerechte.

13 Auch die Tierhaltung wollen wir verbessern. Die Haltungsform muss an die Tiere angepasst
14 werden, nicht die Tiere an eine tiergerechte Haltungsform, die nur ökonomischer Effizienz
15 verpflichtet ist.

16 • Der Einsatz von Antibiotika muss deutlich reduziert werden; wir wollen Notfonds für
17 Betriebe bei neuen oder unbekannten Tierkrankheiten.

18 • Quälerische Praktiken in der Tierhaltung müssen unterbunden werden: Keine
19 Amputationen, Gruppenhaltung von Legehennen, Kastrationen ohne Betäubung oder
20 Heißbrandmarkung. Transporte von lebenden Tieren wollen wir auf maximal vier Stunden
21 begrenzen. Die Haltung von Wildtieren in Zirkussen, Delfinarien und Privathaushalten
22 wollen wir untersagen.

23 • Lebensmittel sollen mit Tierschutzsiegeln gekennzeichnet werden.

24 • Tierversuche dürfen nur in streng begrenzten Ausnahmefällen genehmigt werden.

25 Papier ist geduldig. Tierschutzrechtliche Bestimmungen müssen auch durchgesetzt werden.

26 Um hier Vollzug zu ermöglichen, müssen die Behörden vor Ort finanziell und vor allem
27 personell besser ausgestattet werden als bisher. Anerkannte Tierschutzvereine müssen
28 Verbandsklagerecht erhalten.

Tourismus: ökologisch verträglich und sozial gerecht

Beim Tourismus geht es um Möglichkeiten von Erholung, Bildung, Kultur, Gesundheit, Sport und Naturerleben im Leben vieler Menschen. Wir wollen, dass daran alle Menschen teilhaben können. Seit längerem prägt die Vertiefung der sozialen Spaltung unserer Gesellschaft auch den Tourismus.

- Der Landtourismus soll ausgebaut werden, weil er als Säule regionaler Wirtschaftsentwicklung zugleich einen ökologisch nachhaltigen Sozialtourismus fördert.
- Wir wollen, dass die mehr Mittel zur Finanzierung des sozialen Tourismus bereitstellt, besonders für Reisen von Kindern und Jugendlichen, Familien und Alleinerziehenden mit Kindern und für umfassende Barrierefreiheit.
- Gute Ausbildung und gute Arbeit müssen auch in dieser Branche gesichert sein.

V Demokratische Teilhabe: Für eine Demokratie, in der es was zu entscheiden gibt

Demokratie hat soziale Voraussetzungen. Demokratie setzt voraus, dass alle Menschen an der Gesellschaft, an Kultur und Bildung teilhaben können. Wer das Gefühl hat, dass es nichts zu entscheiden gibt, dass alle wichtigen Fragen schon vorentschieden sind, zieht sich aus der Demokratie zurück. Wirtschaftliche Macht zieht demokratische Ohnmacht nach sich. Deshalb muss Demokratie in wirtschaftliche Macht eingreifen. Wir erleben gegenwärtig das Gegenteil: die europäischen Parlamente werden im Zuge der Krisenbearbeitung ihres Einflusses beraubt. Kanzlerin Merkel fordert eine „marktkonforme Demokratie“. Soziale Ungleichheit schadet der Demokratie. Wir wollen einen neuen Weg einschlagen.

Demokratie bedeutet mehr, als alle vier Jahre Wahlen abzuhalten oder im Parlament abzustimmen. Demokratie ist die Grundlage des Gemeinwesens. Dies bedeutet, dass alle möglichst wirksam auch an den Entscheidungen beteiligt werden, die für alle bindend sind. Die dafür geeigneten und notwendigen sozialen Bedingungen wollen wir stärken. Die Bürgerrechte wollen wir schützen und für neue Formen der demokratischen Beteiligung eintreten.

Unser Ziel ist, eine nachhaltige Demokratisierung der Demokratie, von Staat und Gesellschaft zu befördern. Fehlentwicklungen innerhalb und außerhalb des Parlaments müssen korrigiert, neue Impulse gegeben werden. Politische, soziale und kulturelle Teilhabe und die dazu notwendigen Rechte sind universell zu sichern. Soziale und demokratische Rechte sind unteilbar. Grundrechte müssen für alle Bürgerinnen und Bürger in gleicher Weise gelten, sie dürfen nicht durch eine neue Statusbildung für Arbeitslose, Hartz-IV-Empfängerinnen und Empfänger, Migrantinnen und Migranten oder für außerparlamentarische Initiativen und Bewegungen eingeschränkt werden.

Die Beteiligung an Wahlen und Entscheidungen muss auf allen Ebenen auf Hindernisse überprüft und verbessert werden.

- Die Barrierefreiheit von Wahllokalen und Wahlvorgang ist längst überfällig. Das selbstverständliche Recht zu wählen ist unabhängig vom Gesundheitsstatus für Menschen mit und ohne Behinderungen zu wahren. Das Wahlverbot für betreute Personen und psychisch kranke und behinderte Menschen muss abgeschafft werden.

-
- 1 • Wir wollen Volksentscheide mit niedrigen Zugangshürden auf Bundesebene sowie
2 umfassende Informations- und Auskunftsrechte einführen, die Gesetzgebung und
3 Regierungshandeln für die Bürgerinnen und Bürger durch Open-Data transparent machen.
 - 4 • Die Oppositionsrechte in Plenen und Ausschüssen in allen Parlamenten wollen wir stärken.
5 Initiativen und Aktivitäten der Bürger und Bürgerinnen, die mehr Beteiligung bei Infrastruktur-
6 und Großprojekten einfordern – wie bei Stuttgart 21 oder dem Endlager in Gorleben –, haben
7 in den letzten Jahren immer wieder gezeigt, dass Entscheidungen der etablierten Politik
8 fragwürdig waren und große Demokratiedefizite ans Tageslicht befördert. Längst geht es
9 nicht mehr allein um Vorabinformation und Transparenz, sondern um realen Einfluss der
10 Bürgerinnen und Bürger auf ihre Angelegenheiten vor Ort, in den Ländern und auf
11 bundespolitischer und europäischer Ebene.
 - 12 • Den geheimen Einflussnahmen der Wirtschaft auf Parlamente und Regierungen muss ein
13 Riegel vorgeschoben werden. Dies gilt in besonderer Weise für so genannte Private-Public-
14 Partnership-Verträge. Ökonomische, ökologische und technische Großprojekte müssen in
15 Bund, Ländern und Kommunen mit allen Informationen Gegenstand von parlamentarischen
16 Beratungen sein. Es sind verbindliche Bürgerinnen- und Bürgerforen einzurichten.
17 Planfeststellungsverfahren sind so anzulegen, dass allen ausreichend Zeit bleibt, sich zu
18 informieren, ihre Betroffenheit zu überprüfen und sich verbindlich zu beteiligen. Eine
19 Beschleunigung des Planfeststellungsverfahrens lehnen wir ab und wollen das
20 Beschleunigungsgesetz, mit dem die rot-grüne Regierung den Bau von Autobahnen
21 erleichtern wollte, rückgängig machen.
 - 22 • Der Einfluss des Lobbyismus auf die Politik muss zurückgedrängt werden. Korruption und
23 Bestechung, Vorteilsgewährung, Vorteilsnahme und Intransparenz dürfen nicht die Mittel
24 der Einflussnahme sein. Wir wollen ein verbindliches und transparentes Lobbyregister
25 einführen und treten für ein Beschäftigungsverbot von Lobbyvertretern in
26 Bundesministerien und Abgeordneten bei Lobbyvertretern ein. Die Nebenverdienste von
27 Abgeordneten sind zu veröffentlichen. Unternehmensspenden an Parteien wollen wir
28 verbieten.
 - 29 • Wir brauchen eine Demokratisierung der Wirtschaft: in Unternehmen herrschen alles
30 andere als demokratische Zustände. Mitbestimmungsrechte auf betrieblicher und
31 Unternehmensebene müssen ausgeweitet, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die
32 Gesellschaft am Produktivkapital beteiligt werden! Wir brauchen neue Strukturen –
-

beispielsweise in Form von Branchen-Räten –, die demokratischen gesellschaftlichen Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen garantieren und so eine wirkliche Vergesellschaftung bestimmter Bereiche möglich machen (vergleiche Kapitel 4).

DIE LINKE wirbt für die Idee einer „Neuen Solidarität von unten“. Die Demokratisierung der Demokratie darf nicht dazu führen, den Einfluss sozialer Schichten zu stärken, die durch Bildung, Einkommen oder Zugang zur Öffentlichkeit ohnehin privilegiert sind. Ressourcen müssen öffentlich bereit gestellt werden, die es breiten Bevölkerungsschichten ermöglichen, demokratische Teilhabemöglichkeiten auch in Anspruch zu nehmen: Das betrifft technische und räumliche Infrastrukturen, Rechtsberatung und finanzielle Mittel.

Freiheit und Sicherheit: Bürgerrechte ausbauen

Die Grund- und Bürgerrechte geraten auch in fortgeschrittenen parlamentarischen Demokratien immer wieder unter Druck. Sie werden aus ökonomischen Gründen relativiert oder mit der Begründung, die Freiheit zu schützen, der Sicherheit geopfert. Plötzlich steht zur Diskussion, Militär im Inneren einzusetzen oder unter Folter erzwungene Geständnisse doch zu nutzen. Die Versammlungsfreiheit und das Recht auf öffentliche Meinungsäußerung der Bürgerinnen und Bürger werden immer wieder massiv eingeschränkt. Der öffentliche Raum wird im Namen der Sicherheit einer permanenten Überwachung unterworfen, ebenso werden Beschäftigte in den Betrieben oftmals durch Kontrolle und Beobachtung ihrer Persönlichkeitsrechte beraubt. Um die Computer von Privatpersonen vor Durchsuchungen des Staates zu schützen, musste das Bundesverfassungsgericht eigens ein neues Grundrecht schaffen – und konnte den Schutz doch nicht umfassend durchsetzen.

DIE LINKE kämpft für die Verteidigung und Wiedereinsetzung der Grund- und Bürgerrechte.

- Wir wollen parlamentarische Beobachter bei Demonstrationen rechtlich institutionalisieren.
- Das politische Sonderstrafrecht (§§ 129a und 129b StGB) muss abgeschafft werden, die Strafgesetze reichen zur Verbrechensbekämpfung aus;
- Wir wollen die Privatisierung von Sicherheit durch Ordnerdienste, Schwarze Sheriffs verhindern bzw. rückgängig machen. Es ist schon schwierig genug, staatliche Sicherheitsbehörden zu überwachen, bei privaten Diensten ist das unmöglich.

- Wir wollen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sichern: gegen Vorratsdatenspeicherung und Online-Durchsuchungen, Video-, Späh-, Lauschangriffe und Rasterfahndung. Mit Blick auf die sozialen Medien (facebook, myspace) müssen die Bürgerrechte erneuert und gesichert werden. Dies schließt einen Schutz vor Mobbing ebenso ein wie das Recht auf eine vollständige Löschung aller gespeicherten Daten.
- Um ihre Teilhabe an der Gesellschaft zu sichern, müssen die Rechte von Frauen und Kindern gestärkt werden.
- Wir wollen die Streichung der §§ 218, 219 StGB. Frauen müssen besser vor geschlechtsspezifischer Gewalt gesichert werden. Frauenhäuser müssen bedarfsgerecht finanziert werden.
- Der Verfassungsschutz, das hat der NSU-Skandal bewiesen, schützt die Demokratie nicht, sondern gefährdet sie. Wir wollen deswegen den Verfassungsschutz zugunsten einer unabhängigen Beobachtungsstelle „Neonazis, Rassismus, Antisemitismus“ auflösen.

Kein Fußbreit den Nazis: Antifaschismus ist gelebte Demokratie

Rassismus, Nationalismus und eine allgemeine Ideologie der Ungleichheit der Menschen sind das Kennzeichen der extremen Rechten in all ihren Schattierungen. Sie sind jedoch keine gesellschaftlichen Randphänomene. Soziale Ausgrenzung und die Ent-Sicherung der Lebensverhältnisse sind der Nährboden, auf dem faschistische Politik wächst. Gerade in Zeiten der Krise versuchen rechte Gruppierungen aus dieser Entwicklung Kapital zu schlagen. Eine starke Linke, das zeigt der Blick auf die Verhältnisse in anderen Ländern Europas, kann eine Barriere gegen das Anwachsen von antidemokratischen, nationalistischen und rassistischen Tendenzen sein. Als Teil der demokratischen Gesellschaft steht auch DIE LINKE gegen Ungleichheitsideologien, Rassismus, Demokratiefeindlichkeit und Neofaschismus ein.

Die Mord- und Terrorserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ hat die tödliche Gefahr von rechts und das Versagen des Verfassungsschutzes in aller Deutlichkeit gezeigt. Sie zeigt sich auch an knapp 1 000 rechten Gewalttaten im Jahr und an mehr als 160 Todesopfern rechter und rassistischer Gewalt seit 1990, von denen staatliche Statistiken nur ein knappes Drittel überhaupt anerkennen.

Ohne ein breites gesellschaftliches Engagement gegen rechts kann der Kampf gegen die Nazis und gegen alle Ideologien der Ungleichheit nicht gewonnen werden. Deshalb setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass dieses antifaschistische Engagement anerkannt und gefördert wird.

- Die Bundesprogramme gegen rechts müssen dauerhaft und umfassend gefördert und alle Hindernisse für die Programme (z.B. die Extremismusklausel) beseitigt werden. DIE LINKE setzt sich darüber hinaus für eine antifaschistische Erinnerungskultur ein.

- DIE LINKE unterstützt ein Verbot der NPD. Es wird das Problem von Rechtsextremismus und Rassismus nicht lösen, steht aber für eine gesellschaftliche Ächtung und verhindert staatliche Unterstützung für die Strukturen der Extremen Rechten.

- Gruppierungen und Individuen, die sich gegen rechtsradikale und rassistische Bestrebungen wenden, dürfen von Seiten staatlicher Stellen nicht diskriminiert und unter Vorwänden rechtlich und polizeilich verfolgt werden. Angesichts der Vielzahl von Fällen, in denen diejenigen polizeilich verfolgt wurden, die rechte Politik beobachten, skandalisieren und gegen sie protestieren, wollen wir eine bundesweite Ombudsstelle einrichten, die administrativen und polizeilichen Übergriffen nachgeht.

Demokratie für alle, die hier leben

DIE LINKE tritt für eine weltoffene Gesellschaft ein, für ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander in Anerkennung der Verschiedenheit aller Menschen. Das erfordert gleiche Rechte auf soziale und politische Teilhabe für alle in Deutschland lebenden Menschen.

Die Politik der sozialen Ausgrenzung durch Lohndumping und Leiharbeit, Sozialraub und Privatisierungen, Hartz-IV, Studiengebühren, Zerstörung der gesetzlichen Rente und ein sozial selektives Bildungssystem haben dazu geführt, dass Armut besonders unter Migrantinnen und Migranten zugenommen und sich verfestigt hat. 15,7 Millionen Menschen in Deutschland haben einen Migrationshintergrund, mehrheitlich sind sie deutsche Staatsangehörige. Sie sind fast doppelt so häufig von Erwerbslosigkeit betroffen, ihr Armutsrisiko ist dreimal höher als das der übrigen Bevölkerung. Diese Diskriminierung liegt an der unsozialen und ausgrenzenden Politik der bisherigen Bundesregierungen.

DIE LINKE lehnt eine Migrations- und Integrationspolitik ab, die Rechte danach vergibt, ob Menschen als „nützlich“ fürs Kapital gelten: Quoten, Kontingente und Punktesysteme sind

1 Instrumente einer neo-kolonialen, selektiven Einwanderungspolitik. Statt Verschärfungen des
2 Aufenthaltsrechts und rassistischer Debatten über angebliche Integrationsverweigerer
3 brauchen wir gezielte Förderangebote und eine konsequente Anti-Diskriminierungspolitik. Wir
4 wollen die strukturellen Benachteiligungen beim Zugang zu Bildung und Ausbildung, zum
5 Arbeitsmarkt und zu sozialen Dienstleistungen beseitigen.

6 • Darüber hinaus fordert DIE LINKE erleichterte Einbürgerungsmöglichkeiten für in
7 Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten. Ihr Wahlrecht auf Bundes-, Landes- und
8 kommunaler Ebene soll ausgedehnt werden, damit sie gleichberechtigt die Gesellschaft
9 mitgestalten können. Wir wollen doppelte Staatsbürgerschaften ermöglichen.

10 • Die Angebote freiwilliger Integrationskurse sollen verbessert werden. Die
11 diskriminierenden Deutsch-Tests beim Ehegattennachzug und im Aufenthaltsrecht wollen
12 wir abschaffen.

13 • Der Familiennachzug von Kindern, Ehegatten und (gleichgeschlechtlichen)
14 Lebenspartnerinnen und -partnern darf nicht behindert werden.

15 • Qualifikationen, die im Ausland erworbenen wurden, sollen anerkannt werden.

17 **Asylrecht ausbauen, europäischen Flüchtlingsschutz** 18 **solidarisch gestalten**

19 Das Asylrecht gerät immer wieder ins Visier rechter Kampagnen. Bis weit in die bürgerliche
20 Mitte reichen Vorwürfe, Asylsuchende würden Betrug und Missbrauch betreiben. In den
21 vergangenen Jahren zielten solche Kampagnen besonders auf Roma aus den
22 Nachfolgestaaten Jugoslawiens, die in Deutschland Schutz vor massiver Diskriminierung
23 suchen. In einer Logik der Abschreckung werden Asylsuchende in Deutschland einem
24 diskriminierenden und ausgrenzenden Regime von Schikanen unterworfen. Der Rechtsschutz
25 im Asylverfahren wird auf vielen Wegen ausgehebelt. Zugleich errichtet die EU an ihren
26 Außengrenzen ein militärisches Abschottungsregime.

27 • Wir fordern eine humane Flüchtlingspolitik auf deutscher und europäischer Ebene sowie
28 eine andere Wirtschafts-, Ressourcen- und Handelspolitik zur Bekämpfung von Armut und
29 Hunger, um die Ursachen von Konflikten und damit von Flucht und Vertreibung zu
30 beheben.

- Schluss mit den Schikanen gegen Flüchtlinge: Das Asylbewerberleistungsgesetzes, die Residenzpflicht und Unterbringung in Lagern müssen sofort abgeschafft werden. Asylsuchenden steht die gleiche Grundsicherung zu.
- Wir wollen ein Bleiberecht für alle Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, die länger als fünf Jahre in Deutschland leben. Das Grundrecht auf Asyl muss wieder hergestellt werden.
- Die EU-Abschottungsagentur FRONTEX muss abgeschafft werden und durch ein faires und solidarisches System der Flüchtlingsaufnahme in Europa ersetzt werden.

Selbstbestimmt und mittendrin: Eine Gesellschaft ohne

Hindernisse

Alle Menschen müssen mit ihren Möglichkeiten als vollwertige Bürgerinnen und Bürger gewürdigt und gefördert und dürfen nicht auf Menschen mit Mängeln reduziert und bevormundet werden – dieses Menschenbild beruht auf den Leitlinien der UN-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Rechte behinderter Menschen und ist Grundlage der LINKEN Politik. Das erfordert ein neues Denken und Handeln bei politisch Verantwortlichen, Bürgerinnen und Bürgern sowie Betroffenen selbst, das wir gemeinsam mit Betroffenen und Verbänden weiter voranbringen wollen.

Die UN-Behindertenrechtskonvention muss in Deutschland praktisch umgesetzt werden. Behindertenpolitik ist Querschnittspolitik: Sie geht von einem wirkungsvolleren Antidiskriminierungsgesetz über barrierefreies Wohnen und Wählen bis hin zu guter Arbeit für Menschen mit Behinderungen. Alle Gesetze und Verordnungen sind deshalb auf der Grundlage der UN-Behindertenrechtskonvention zu überprüfen.

- Der Nationale Aktionsplan zur Umsetzung der UN Behindertenkonvention soll unter wirklicher Beteiligung von Betroffenen und ihrer Interessenvertretungen fortgeschrieben und konkretisiert werden. Nachprüfbare Zielvorgaben, Umsetzungsfristen und eine ausreichende Finanzierung sind unumgänglich – Menschenrechte dürfen nicht unter Kostenvorbehalt gestellt werden.
- Wir unterstützen Initiativen, die Landesgleichstellungsgesetze zu vereinheitlichen und auf die Kommunen zu erweitern. In den Ländern und Kommunen müssen zudem

1 hauptamtliche, unabhängige und ressortübergreifend tätige Landesbehindertenbeauftragte
2 eingerichtet werden.

3 In der Bundesrepublik leben fast zehn Millionen Menschen mit Behinderungen. Immer mehr
4 Menschen „erwerben“ zudem eine Behinderung: durch schlechte Arbeitsbedingungen, Stress
5 und sozialen Druck. Fehlende Investitionen in den Kommunen, Leistungskürzungen und die
6 Aussonderung von Menschen aufgrund ihrer Behinderung schränken die
7 Gestaltungsmöglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben ein. Statt voller gesellschaftlicher
8 Teilhabe und Selbstbestimmung erleben Menschen mit Behinderungen oftmals die
9 Unzugänglichkeit von öffentlichen Räumen, Schulen, Praxen und Verkehrsmitteln, die
10 Ausgrenzung in Sonderschulen und Heime und die Diskriminierung in vielfältigen
11 Lebenslagen.

12 Wir setzen uns für die Unterstützung von Menschen mit Behinderungen und ihren
13 Interessenvertretungen ein. Das beinhaltet z.B. die Förderung unabhängiger Beratung, die
14 Unterstützung von Betroffenenverbänden und Stärkung der Rechte von Betriebs- und
15 Personalräten, Schwerbehindertenvertretungen sowie Werkstatträten und
16 Frauenbeauftragten in Behinderteneinrichtungen.

17 • Bestehende bauliche und kommunikative Barrieren müssen durch ein
18 Investitionsprogramm beseitigt werden. Öffentliche Investitionen und Fördergelder sollen
19 zukünftig an das Kriterium der Barrierefreiheit gebunden werden.

20 • Barrierefreie Mobilität ist gut für alle – hierfür sind barrierefreie Verkehrsmittel, ein
21 ausreichendes Platzangebot sowie ein Begleitservice unerlässlich.

22 • Die erforderlichen Rahmenbedingungen und finanziellen Mittel müssen bereit gestellt
23 werden, um das Recht auf inklusive Bildung in allen Bildungswegen und -einrichtungen für
24 das gesamte Leben zu sichern.

25 • Um behinderungsbedingte Nachteile durch z.B. spezielle Hilfsmittel, persönliche Assistenz
26 oder bauliche Maßnahmen auszugleichen, braucht es ein bundeseinheitliches
27 Teilhabesicherungsgesetz. Die Leistungen sollen ohne Einkommens- und
28 Vermögensprüfung bedarfsdeckend zur Verfügung gestellt werden und gute, tarifliche
29 Arbeitsbedingungen für die Assistenzkräfte garantieren.

30 • Um das Recht auf gute Arbeit für Menschen mit Behinderungen zu verwirklichen, wollen
31 wir die Mindestbeschäftigungsquote auf sechs Prozent anheben und die Ausgleichsabgabe

1 bei Verstoß mindestens verdreifachen. Der Sonderstatus von Werkstattbeschäftigten muss
2 abgeschafft, ihre Arbeitnehmerrechte müssen gestärkt sowie gleicher Lohn bei gleicher
3 Arbeit durchgesetzt werden.

4 5 **Für eine moderne Drogenpolitik: Kriminalisierung und** 6 **Ausgrenzung entgegenwirken**

7 Der Konsum von Drogen gehört zum Alltag. Missbrauch von Cannabis ist nicht
8 gesundheitsschädlicher als der von Alkohol oder Zigaretten. Aber er wird anders
9 behandelt. Der Missbrauch von Drogen aller Art kann zu schweren gesundheitlichen, sozialen
10 und gesellschaftlichen Problemen führen. Um diese individuellen und gesellschaftlichen
11 Probleme möglichst gering zu halten, setzt sich DIE LINKE für eine aufgeklärte Drogenpolitik
12 ein.

- 13 • Da der Missbrauch von Drogen oft eng mit den konkreten Lebensumständen der
14 Menschen zusammen hängt, bedarf es ausreichender und bedarfsorientierter Angebote
15 der psychosozialen Begleitung und Betreuung von Rauschmittelabhängigen auf freiwilliger
16 Grundlage.
- 17 • Wir wollen die Möglichkeiten zur Drogensubstitution verbessern, indem für die
18 entsprechenden Ärzte Rechtssicherheit geschaffen und die Aushändigung von
19 Ersatzmitteln erleichtert wird. Die Behandlung mit Diamorphin, einem synthetischem
20 Heroin, muss flächendeckend ermöglicht werden.
- 21 • Um die Gesundheitsgefahren für Konsumentinnen und Konsumenten zu verringern, wollen
22 wir Drug-Checking-Angebote zur Prüfung der Verunreinigung von Drogen ausbauen und für
23 Risikogruppen kostenlos sauberes Spritzbesteck zur Verfügung stellen.

24 Die bisherige repressive Drogenpolitik fördert drogenbezogene Probleme wie die organisierte
25 Drogenkriminalität oder den sozialen Abstieg und Gesundheitsrisiken für Abhängige. DIE
26 LINKE setzt sich für eine Gesellschaft ein, die nicht auf Strafe und Repression gegen
27 Drogenkonsumentinnen und -konsumenten setzt, sondern mit Prävention und Aufklärung
28 dem Drogenmissbrauch vorbeugt.

- 1 • DIE LINKE steht dafür, das international vereinbarte Werbeverbot für Tabakprodukte
2 endlich auch in der Plakat- und Kinowerbung umzusetzen und ebenso im Sponsoring
3 anzuwenden.
- 4 • Um die Gefahren der Spielsucht zu verringern, setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass es in
5 Gaststätten weniger Spielautomaten gibt und diese weniger suchtauslösende
6 Eigenschaften haben.
- 7 • DIE LINKE setzt sich dafür ein, den Anbau von Cannabis zum eigenen Bedarf zu
8 genehmigen sowie Cannabis-Clubs auf nicht-kommerzieller Basis zu erlauben. Dabei muss
9 der Jugendschutz sowie ein entsprechendes Werbeverbot gesichert sein. Wir wollen die
10 Möglichkeiten erleichtern, Cannabis als Arzneimittel medizinisch einzusetzen und zu
11 erforschen.
- 12 • Wir setzen uns für eine Enquete-Kommission ein, die die Wirkung der bisherigen
13 Drogenpolitik untersucht, dabei internationale Erfahrungen einbezieht und Ansätze für eine
14 Präventions- und Aufklärungsarbeit auf der Basis suchtmmedizinischer Erkenntnisse liefert.
- 15 • Durch eine Regulierung des Drogenmarktes wollen wir ihn der organisierten Kriminalität
16 entziehen und die katastrophalen Folgen des Drogenkrieges in Anbau- und Transitländern
17 verringern.
- 18 • Um auch international ein Umdenken in der Drogenpolitik zu erreichen, fordern wir die
19 Bundesregierung auf, das Suchtstoffabkommen der Vereinten Nationen sowie die
20 Drogenstrategie der Europäischen Union hin zu einer menschlichen und aufgeklärten
21 Drogenpolitik zu beeinflussen.

23 **Freie Zeit genießen: Vielfalt und ein gutes Leben**

24 Zeit haben, um auszuspannen, sich zu erholen, Fragen und Interessen nachzugehen – von der
25 politischen Gestaltung hängt ab, wie zugänglich diese Möglichkeiten sind, wie demokratisch
26 freie Zeit ist. Lesen, ins Rockkonzert gehen, im Internet surfen, laufen gehen oder ins
27 Fitnessstudio, Fernsehen oder ins Kino gehen, Schwimmen oder in die Bibliothek gehen oder
28 Radio hören. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass jeder und jede diese Vielfalt selbstbestimmt
29 nutzen kann.

1 Privatisierung und Deregulierung gefährden Orchester und bildende Künste, Bibliotheken und
2 Programmkinos, Schwimmhallen und Sportmöglichkeiten, die ohnehin der Subventionierung
3 bedürften. Die Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse macht es für den
4 überwiegenden Teil der Kreativen immer schwerer, von Kultur, Sport und Musik zu leben,
5 geschweige denn gut zu leben. Vielfalt benötigt mehr als den Erhalt des Status Quo, damit
6 alle an ihr teilhaben können.

7 Vielfalt braucht auch Räume zum Ausprobieren und Entdecken, damit alle herausfinden
8 können, was sie wollen und können. Damit Talente wie kulturelle Traditionen entdeckt und
9 gefördert werden, braucht es Musikunterricht wie Theaterabonnements, Marmor für eine
10 Plastik wie Mal- oder Probenräume, 400-Meter-Laufbahnen wie Radwege. Das ist keine Frage
11 des Geschmacks, sondern linker Politik.

12 • Mit öffentlich geförderter Beschäftigung wollen wir insbesondere in den Bereichen
13 Soziales, Kultur und Ökologie sinnvolle und zusätzliche tariflich abgesicherte Arbeitsplätze
14 schaffen, die nicht unter dem Mindestlohn liegen dürfen.

15 • Öffentliche Jugendclubs, Kultureinrichtungen, Bibliotheken und vieles mehr sind für uns
16 Bestandteile einer elementaren Daseinsvorsorge, die wir öffentlich organisieren und
17 ausreichend ausstatten wollen. Dafür ist die Finanzausstattung der Kommunen deutlich
18 zu verbessern.

19 Wir wollen die Zugangsbedingungen zum Sport für alle verbessern. Sport treiben zu können
20 soll nicht vom Einkommen und sozialen Status abhängen. Wir fördern behindertengerechten,
21 integrativen, natur- und umweltverträglichen Sport.

22 • Das Sportstättenförderprogramm für die Sanierung und den Bau von Sportstätten für den
23 Breitensport wollen wir neu auflegen. Fans und Aktive in den Vereinen sollen stärker an
24 der Gestaltung der Sportstätten beteiligt werden.

25 • Wir wollen öffentlich finanzierte Beschäftigung im Bereich des Breitensports schaffen.

26 • Die Mittel für Fanprojekte gegen Gewalt und Diskriminierung sollen erhöht werden. Wir
27 wenden uns gegen pauschale Verdächtigungen und Überwachungen von Fans bestimmter
28 Vereine oder Sportarten.

29 • Allen Menschen mit Behinderungen muss die umfassende Teilhabe am Sport möglich
30 sein.

Kultur für alle statt prekär kreativ

Kultur machen wir, wo wir unser Leben, unseren Alltag und unsere Gesellschaft herstellen – uns über Beschränkungen klar werden – und darüber, was noch möglich und wünschenswert wäre. „Kultur“ ist nicht nur Kunst und Literatur, Theater und Architektur. DIE LINKE tritt für eine demokratische Kultur ein, in der keine Kulturtradition einer anderen übergeordnet wird, weder regionale oder lokale, noch eine „Hochkultur“ über die Alltagskulturen. Damit Kultur ein Ausdruck unterschiedlicher Lebensrealitäten und Interessen sein kann, bedarf es einer breiten Förderung. Aber viele Kommunen stehen aufgrund der so genannten Schuldenbremse vor dem finanziellen Aus. Kürzungen setzen oft bei den so genannten freiwilligen Leistungen wie der Kultur an. Schließungen oder Rechtsformänderungen von öffentlichen Einrichtungen und ein massiver Personalabbau haben in den letzten Jahren dazu geführt, dass sich das Gewicht des privatwirtschaftlichen Sektors zu Ungunsten des öffentlichen Kultursektors verschoben hat. Die Dominanz marktwirtschaftlicher Strukturen hat nicht zuletzt Folgen für die Lage der Künstler und Kulturschaffenden.

- Wir wollen gute, existenzsichernde Arbeit und soziale Sicherung im Kulturbereich. Für bildende Künstlerinnen und Künstler soll eine Ausstellungsvergütung eingeführt werden.
- Die Verwertungsgesellschaften wollen wir demokratisieren. Die Verhandlungsmacht der Kreativen gegenüber den Verwerterinnen und Verwertern durch eine Reform des Urhebervertragsrechts muss gestärkt werden.

Wir wollen eine Stärkung des öffentlichen und frei-gemeinnützigen Bereichs und ein Ausbau des kooperativen Kulturföderalismus.

Die UNESCO-Konvention für kulturelle Vielfalt, Förderung der Vielfalt von Kulturen muss im Einwanderungsland Deutschland umgesetzt werden. Die Kultureinrichtungen müssen sich stärker interkulturell öffnen.

Demokratisierung der Medien: besser über sich selbst bestimmen

Die demokratische Gesellschaft lebt von einer lebendigen Öffentlichkeit und der Vielstimmigkeit der Diskussion. Medien tragen darin zur umfassenden Information sowie zur

1 Meinungs- und Willensbildung bei. Dass Medien kommerzialisiert und von Machtverhältnissen
2 geprägt sind, schwächt die Demokratie. Öffentlich-rechtliche Medien sollten dazu ein
3 Gegengewicht bilden, doch orientieren sie oft selbst auf Quoten oder geraten unter Druck von
4 parteilichen Mehrheiten im Rundfunkrat. Kritische Berichterstattung und
5 Qualitätsjournalismus – damit die Information der Bevölkerung – werden so erschwert. Für
6 Journalistinnen und Journalisten in den privaten Printmedien wird der Meinungskorridor eng:
7 ihre Arbeitsplätze hängen von Gewinn und Werbeeinnahmen ab. Ohne Unterstützung und
8 Kontrolle durch die Öffentlichkeit besteht die Gefahr, dass die Medien selbst zur Gefährdung
9 der Demokratie beitragen.

10 Wir wollen die Vielstimmigkeit der Öffentlichkeit erhalten. Dazu gehört auch die Verteidigung
11 hochwertiger Rundfunk- und Fernsehsendungen gegen den immer noch weiteren Druck durch
12 Kommerzialisierung. Wir treten dafür ein, die Interessen von allen in der Medien- und
13 Filmindustrie abhängig und oft prekär Beschäftigten sicherzustellen.

- 14 • Wir wollen gute Arbeitsbedingungen für Medien- und Filmemacher schaffen: „Fair Work“ in
15 der Medienproduktion.
- 16 • Wir treten ein für die Gewährleistung der Kommunikations- und Medienfreiheit: Dafür
17 wollen wir in traditionellen und digitalen Medien eine demokratische
18 Medienordnung gestalten. Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wollen wir reformieren und
19 Rundfunkräte quotieren. Die Redaktionsstatute sollen eine hohe Mitbestimmung der
20 Beschäftigten verankern.
- 21 • Die Kartellgesetze sollen verschärft werden, um die Medienkonzentration einzudämmen.
- 22 • Die öffentliche Ausrichtung des Journalismus ist neu zu organisieren – über alternative
23 Finanzierungsmodelle, nutzergenerierte Verbreitungsformen und gemeinwirtschaftliche
24 Vergütungsansätze.
- 25 • Wir wollen Medienkompetenz und Medienbildung umfassend stärken: in der vorschulischer
26 Bildung, in Schule und Unterricht, in zivilgesellschaftlichen Projekten und in der
27 Arbeitswelt.
- 28 • Barrierefreiheit in den Medien und die Vertretung von Behindertenverbänden in den
29 Rundfunkräten sind für uns auch zukünftig ein wichtiges Thema.

Für ein offenes und freies Internet: Digitale Spaltungen bekämpfen

Mit dem Internet hat sich verändert, wie Menschen kommunizieren und mit Informationen umgehen. Das digitale Netz kann die Möglichkeiten der politischen Partizipation erweitern. Aber wir sehen auch vielfältige Gefahren: staatliche Überwachung nimmt zu und die kommerziellen Datensammlungen in den sozialen Netzwerken gefährden die informationelle Selbstbestimmung.

Wir betrachten das Netz als öffentliche Ressource. Für DIE LINKE ist Netzpolitik Gesellschaftspolitik. Wie wollen, dass das Internet als Raum der sozialen Innovation offen bleibt, und fördern die Potenziale des Netzes, solidarisches Handeln und neue soziale Ökonomien zu ermöglichen.

Im Kampf um ein modernes Patent- und Urheberrecht geht es darum, Wissen produktiv weiter verwenden zu dürfen und das Recht auf private Nutzung in Einklang mit dem Recht der Schöpferinnen und Schöpfer geistiger Werke auf angemessene Bezahlung in Einklang zu bringen. Die private Aneignung von Wissen in Form von Urheber- und Patentrechten darf auch nicht zur ökonomischen oder kulturellen Entwicklungsschranke werden.

Wir wollen die demokratischen und sozialen Potenziale, die die digitale Revolution ermöglicht, frei setzen. Wir setzen auf einen fairen Interessenausgleich zwischen den Schöpferinnen und Schöpfern geistiger Werke und Kulturgütern einerseits und ihren Nutzerinnen und Nutzern andererseits. Kurzfristig wollen wir die Stellung der Urheberinnen und Urheber stärken:

- Verträge, in denen die Urheber gegen ein einmaliges Honorar sämtliche Nutzungsrechte abtreten, entspringen oft dem wirtschaftlichen Druck. Wir wollen sie verbieten.

Den egalitären Zugang zum Netz wollen wir auch technisch zu sichern. Wichtig ist uns die Trennung von Netzbetrieb und Dienste-Angebot. Die Sicherung der Neutralität des Netzes ist – wie die Versorgung mit Wasser und Strom – eine wichtige infrastrukturelle Aufgabe, die nicht dem Markt überlassen bleiben darf. Zensur und Netzsperrern wollen wir verhindern. Wir wollen die Privatisierung der Rechtsdurchsetzung im Netz stoppen und die Deep Packet Inspection, d.h. den Blick in die Datenpakete durch Provider („Postboten“) oder staatliche Stellen, unterbinden.

-
- 1 • Mehr Partizipation: Wir wollen Bürgerhaushalte stärken und „Open Data“ durchsetzen:
2 nicht genuin schützenswerten öffentlichen Daten wie Archivdaten oder Rechtstexten
3 sollen frei zugänglich sein. Quellcodes von Behördensoftware wollen wir offen legen.
 - 4 • Wir wollen einen gleichberechtigten Zugang aller Menschen zum Netz, also eine
5 flächendeckende Breitbandversorgung gerade in strukturschwachen Regionen und für alle
6 sozial wie gesellschaftlich Benachteiligten.
 - 7 • Wir wollen ein Förderprogramm für öffentliche Einrichtungen (Bibliotheken, Verwaltungen,
8 Schulen, Krankhäuser, etc.) auflegen, damit diese in der Lage sind, kostenlosen Zugang
9 zum Netz anzubieten. Auch in Städten und Gemeinden wollen wir kostenfreie Funknetze
10 einrichten. Die so genannte Störerhaftung ist dahingehend zu ändern, dass es
11 Privatpersonen erlaubt wird, ihre Internetanschlüsse jederzeit mit anderen zu teilen.
 - 12 • Der Ausschluss sozial Benachteiligter aus der digitalen Kommunikation werden wir
13 beenden, internetfähige Endgeräte sollen als Teil des soziokulturellen Existenzminimums
14 anerkannt werden. Informations- und Partizipationsangebote wollen wir barrierefrei
15 gestalten. Die Telefongesellschaften werden verpflichtet, einen Sozialtarif für eine
16 Internetflatrate anzubieten, der fünf Euro pro Monat nicht überschreiten darf. Der Tarif ist
17 allen Haushalten anzubieten, Mindestrente oder Mindestsicherung beziehen.
 - 18 • Das Recht auf eine unversehrte Privatsphäre und Datenschutz muss auch in Sozialen
19 Netzwerken. Wir wollen einen „Datenschutzbrief“, der Kundinnen und Kunden über bei
20 Unternehmen und Behörden gespeicherte Daten informiert, ebenso wie die Stärkung von
21 Widerspruchsrechten und Löschansprüchen.
- 22 Langfristig müssen wir über neue Modelle der Finanzierung kreativer Werke nachzudenken.
23 Wir wollen freie Software und offene Technologien fördern und unabhängige Bloggerinnen
24 und Blogger sowie innovative Online-Plattformen mit öffentlichen Mitteln unterstützen.
- 25 Schlechte Arbeitsbedingungen, unfaire Löhne, ökologisch und gesundheitlich untragbare
26 Zustände in Zuliefer- und –Produktionsbetrieben im IT-Sektor, in der Gewinnung und
27 Verarbeitung von unentbehrlichen Metallen und seltenen Erden müssen ein Ende haben.
28 Deshalb setzen wir uns international für Fair-Work in der IT-Industrie ein.
- 29

Gemeinsam das Land verändern.

Unser Programm für die Wahl und die Politik der nächsten Legislaturperiode besteht aus einer Vielzahl von Vorschlägen und Projekten. Sie hängen zusammen mit unserer Vorstellung von einer solidarischen Alternative, dem demokratischen Sozialismus. Wir streiten für eine Gesellschaft, in der Selbstverständliches wieder gelten soll: dass niemand in Armut leben muss, alle von Arbeit gut leben können sollen, der Lebensstandard im Alter gesichert ist, dass Reichtum nicht in den Händen weniger bleiben soll, sondern dass er in die Gesellschaft, zum Wohle aller investiert wird, dass in der Außenpolitik gilt: Nie wieder Krieg. Heute müssen diese einfachen Dinge neu gestaltet werden.

Oft sieht es aus, als würde Gesellschaft und Politik nur im Parlament und im Fernsehen gemacht. Doch soziale und demokratische Verbesserungen werden nur in enger Zusammenarbeit von außerparlamentarischen, sozialen Bewegungen und linken Kräften im Parlament erreicht – und gegen Widerstände. DIE LINKE und die LINKEN sind dabei. Wir knüpfen Verbindungen. Uns ist wichtig, was wir zusammen verändern. Der Horizont ist offen, wir können ihn gemeinsam gestalten. Gerecht für alle.

...

#wird noch weiter konkretisiert#